Nr. 1 · Mai 99 · 48. Jhg.

Frankfurter Studentinnen Zeitschrift · In Fm gratis, auswärts 5 Mark

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

+ Kanak Attak
+ E-geld-Debatte
+ v.a.m.

AN OFFICIAL HUMANISM PRODUCTION

KOSO-WARS

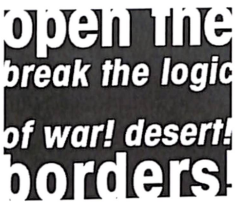
EPISODE III • IN THE NAME OF LOVE

The dark side of antifascism

editorial 3

Die Last der Krieger 5
Über den rot-grünen Kriegshumanismus und die (Un-) Möglichkeiten eines bewegten Antimilitarismus

»Nie wieder Krieg!« (1948) 9
»Nie wieder Srebrenica?« (1995)



Dieser Song gehört uns! 16
Interview mit Imran Ayata, Laura Mestre Vives und Vanessa Barth von »Kanak Attak«

Kanak-Attack und basta! 17
Ein Manifest gegen Mültikültüralizm, gegen demokratische und hybride Deutsche sowie konformistische Migranten

Kämpfen oder Klappe halten 23
Mihriban, 30, Gemüseverkäuferin

StaatsVolksBürgerschaft 25
Anmerkungen zu Staatsbürgerschaft, Nationalstaat und ›Fremde‹

Ach wie gut, daß niemand weiß ... 31
Kommentar zu »Haider im Kontext« (aus: diskus 3/98)

RE-FORM-VOLUTION 36
Kritische Anmerkungen zur Existenzgeldforderung

Politik ohne festen Boden unter den Füßen 40
Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung

True Colours 43

garip dünya 49

impressum 55

Kaum ein Jahr nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten verkündeten die USA den Anbruch einer neuen Weltordnung. Zusammen mit den restlichen »zivilisierten Nationen« demonstrierten sie der Welt bzw. einem ehemals befreundeten Diktator in der Golfregion, was darunter zu verstehen war. Mit dem Krieg gegen den Irak hatten die USA und ihre Verbündeten gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Dadurch, daß die UNO bzw. der Weltsicherheitsrat den Angriff legitimierten, war einerseits Russland – damals ökonomisch noch nicht vom Segen des IWF und der G7 abhängig – eingebunden, die UNO ideologisch noch einmal aufgewertet und zugleich de facto zu einer Akklamationsinstanz degradiert. Gleichzeitig konnte der Doktrin, wonach der Westen freien Zugang zu wirtschaftlichen Gütern und Ressourcen haben müsse, Geltung verschafft werden. Wer schon damals nicht so recht glauben mochte, daß Weltmächte aus humanistischen Motiven Kriege führen, kam schnell auf den Gedanken, daß wohl das Golf-Öl die wahre Ursache des Konflikts sein müsse. Das Verhältnis von vermeintlichen ökonomischen Interessen und Kriegspropaganda ließ sich in ein moralisch mehr oder weniger eindeutiges Urteil transformieren und die neue deutsche Friedensbewegung versammelte sich hinter der Parole »Kein Blut für Öl«. Die populäre Parole war zwar Ausdruck einer Skepsis gegenüber der Kriegspropaganda, allerdings auf der Basis einer ökonomistisch verkürzten »Imperialismusanalyse«. Der Angriff der NATO gegen Jugoslawien läßt sich offensichtlich nicht in derartige Schemata pressen. Dennoch gibt es vereinzelte Stimmen, die auch jetzt Öl-Pipelines und deren Verlauf als handfeste Interessen der NATO-Staaten ausmachen. Das Argument ist jedoch genau so hilflos, wie der Hinweis, die USA/NATO könnten mit dem gleichen »Recht« in Laos, der Türkei oder Indonesien intervenieren. Bodenschätze gibt es weltweit vermutlich ebensoviel wie Menschenrechtsverletzungen durch Regierungen. Erklärt ist damit gar nichts. Aber auch der politische Gebrauchwert dieser »Demaskierungs«-Strategie erweist sich als ziemlich fragwürdig, wenn die Antwort auf die rhetorische Frage »Warum denn nicht in der Türkei intervenieren?« lautet: »Wir werden natürlich nicht an allen Stellen der Welt gleichzeitig unsere Vorstellungen realisieren können«. (Roland Koch, in der *FAZ*, 4.4.99)

Nötig scheint eine eingehendere Beschäftigung mit der Geschichte der Ethnisierung sozialer Konflikte in Jugoslawien, der Herausbildung ethno-nationalistischer Gruppen, die nach dem Ende des Kalten Krieges den Verteilungskampf um Ressourcen, Territorium und Macht mit ethnischen Kategorien führten und führen, sowie der massiven Unterstützung dieser Strategien durch den Westen.

Dabei ist es eine Sache, aufzuzeigen, daß es den USA möglicherweise um die hegemoniale Einbindung eines ökonomisch und politisch unabhängiger und mächtiger werdenden Europa geht. Oder daß schon an der Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens durch Deutschland das Interesse der westlichen Nationen zu erkennen war, die Republik Jugoslawien zu zerschlagen, die immerhin als einer der Anführer der Blockfreien, eines »dritten Wegs« zwischen Sowjetkommunismus und Kapitalismus, hohe moralische und politische Autorität besaß und im Vakuum nach der Blockkonfrontation als gefährlicher Konkurrent bei der Neuordnung Europas angesehen wurde. Entscheidend dürfte aber sein, daß eine Opposition gegen die NATO-Angriffe, die weder moralisch-pazifistisch noch pro-serbisch argumentieren will, darauf angewiesen ist, die aktuelle politische Konjunktur, sowohl die internationalen Verhältnisse als auch die hiesigen Herrschaftsverhältnisse, zum Ausgangspunkt für politischen Widerstand zu machen. Der Versuch etwa, die deutsche Beteiligung an den Angriffen über Parallelisierungen mit der deutschen Geschichte zu skandalisieren, ist da wenig hilfreich. Sicher gibt es historische Kontinuitäten, die bereits an der Anerkennungspolitik Genschers aufzuzeigen sind: Es war eben kein Zufall, daß gerade Kroatien deutsches Einflußgebiet geworden ist. Die Skandalisierung jedoch geht angesichts der Legitimationsideologie, mit der die rotgrüne Regierung den Krieg in der Zivilgesellschaft führt, nach hinten los. Menschenrechte und nicht »nationales Interesse« oder das Völkerrecht sind der diskursive Angelpunkt der deutschen Außenpolitik. Mit dem Topos der Menschenrechte gehen in gewissem Sinn ideologische Versatzstücke der Neuen Linken und ihrer Erben selbst in den bundesdeutschen Mainstream ein und lassen die Gegner der Angriffe, die mit der territorialen Souveränität von Nationalstaaten oder internationalem Recht argumentieren, als staatsfixierte Paragraphenreiter erscheinen. Scharpings »legal, illegal, scheißegal« gegenüber Gysis Kritik, der Krieg verletze Völkerrecht und Grundgesetz, tritt untergründig dieses Erbe an. Der Menschenrechte-Diskurs wird kurzgeschlossen mit einem abstrakten Antifaschismus, der, weil er noch nie nach den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Ursachen des Nationalsozialismus gefragt hat, jeden regionalen Potentaten, der gerade nicht in die Weltordnung passt, mal eben zu einem »neuen Hitler« definieren kann. Denn die geradezu dialektische Lehre, die aus

dem Nationalsozialismus zu ziehen sei, heiße nicht »Nie wieder Krieg«, sondern »Nie wieder Auschwitz«. Dabei wird en passant der Holocaust verharmlost und zugleich Geschichtsabwicklung betrieben. Denn die Nazis sind jetzt ja die anderen und Deutschland sozusagen auf der Seite der Aliierten. Die Schuld ist abgegolten. Der abstrakte Antifaschismus bindet so die als diskursives »Belastungs«-material anwesende Geschichte in die eigene Strategie ein und transformiert sie zugleich in einen Diskurs über die militärische, außenpolitische und letztlich auch zivilgesellschaftliche »Normalisierung« Deutschlands.

Zur Zeit der Abfassung dieses Editorials, in der fünften Woche der Bombardements, führen die Feststellung, daß die jugoslawische Regierung offensichtlich nicht so einfach aus dem Amt zu bomben ist, der zunehmende Ruf nach Bodentruppen (insbesondere in der US-amerikanischen Öffentlichkeit) und der kaum noch zu ignorierende »Kollateralschaden« anscheinend zu einer Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung, vielleicht Anzeichen der Befürchtung, die öffentliche Meinung könnte umkippen. Waren anfangs die Skeptiker geduldet, konnte man ihre Bedenken gut verstehen, weil man sie doch selbst teilte, so schäumt es jetzt etwa gegen die PDS, ihre Opposition sei nichts weiter als ein Mitgliederanwerbetrick, Verrat an der Nation und sie selbst sei die »fünfte Kolonne Belgrads« (Schröder). Was unter Pathologisierung abweichender Meinungen zu verstehen ist, zeigt die *Frankfurter Rundschau*, die die statistisch höhere Ablehnung des Kriegs durch Ostdeutsche bezeichnenderweise von einem Psychotherapeuten (!) kommentieren läßt. (*FR*, 16. 4. 99)

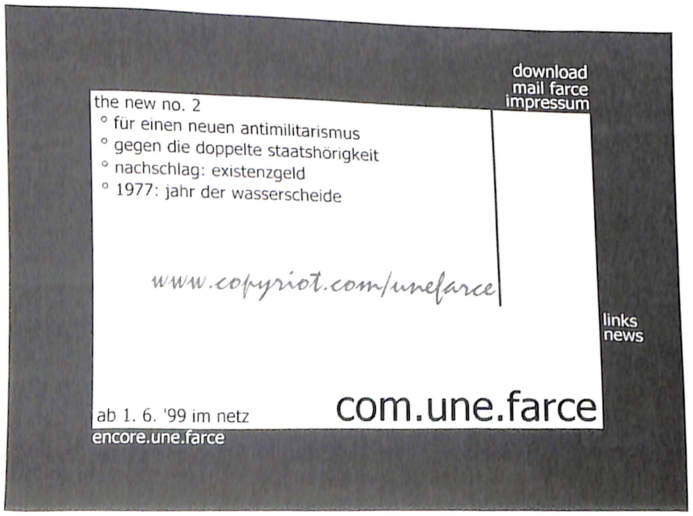
Man kann nur staunen, wie Menschen, die noch vor einem Monat in den Augen der hiesigen Mehrheitsbevölkerung nicht mehr waren als »Hütchenspieler« und »Asylschmarotzer«, nun ein überwältigendes Mitgefühl entgegengebracht wird (Spenden von mehr als 150 Mio. DM) und die nordhessischen Gemeinden sich um die wenigen Flüchtlinge, die Deutschland bereit war aufzunehmen, auch noch prügeln. Es scheint, als könne man Ablehnung oder Zustimmung gegenüber Flüchtlingen einfach an- und ausknipsen wie eine Küchenmaschine. Die Medien präsentieren uns jedenfalls stets den politisch opportunen Deutschen, dem, wenn das Asylrecht ausgehebelt werden soll, das Boot zu voll ist und der jetzt eben den »guten« Kosovo-Albanern helfen möchte.

Wirklich widerwärtig aber wird es, wenn diejenigen, die die Aufnahme von Flüchtlingen verweigern, den Kritikern des NATO-Angriffs vorwerfen, daß *die Menschen* ihnen wohl egal seien. Inzwischen dürfen sogar hilfsbereite Privatleute in Deutschland keine Flüchtlinge bei sich aufnehmen, es werden keine Visa mehr erteilt.

Den Vorwurf, die Vertreibung der Menschen habe erst mit den NATO-Angriffen begonnen, kontern Scharping und Co. regelmäßig mit dem Hinweis, diese habe schon vor über einem Jahr begonnen. Aber die deutsche Asylpolitik kannte schon vorher nur die Maxime »Alle raus«, wie die Lageberichte des Außenministeriums (auf deren Grundlage in Asylverfahren entschieden wird) zur Situation in Kosovo zeigen. Vor dem Beginn der Luftangriffe hieß es dort noch: »Eine explizit an die albanische Volkszugehörigkeit anknüpfende politische Verfolgung ist auch in Kosovo nicht festzustellen.« (nach *FR*, 23. 4. 99) Das nennt man wohl Wahrheitspolitik. Der bayrische Innenminister Beckstein hat im Zynismuswettbewerb neue Maßstäbe gesetzt, als er meinte, man müsse die in Deutschland lebenden Kosovaren dabei unterstützen, sich der UCK anzuschließen. Da kaum anzunehmen ist, daß Beckstein plötzlich sein Herz für nationale Befreiungsbewegungen entdeckt hat, liegt der Verdacht nahe, daß hier dem völkischen Phantasma vom »ethnisch gesäuberten« Deutschland ausnahmsweise ohne Abschiebung zugearbeitet werden soll.

Da eine unmittelbare, praktische Verhinderung des objektiven Wahnsinns gegenwärtig kaum möglich erscheint, stellt sich die Frage, wo überhaupt Ansatzpunkte für eine politische Intervention liegen könnten, die sich weder zum Bestandteil der Strategie einer Kriegspartei machen läßt, noch sich darin erschöpft, permanent deren »wirkliche Interessen« aufzuzeigen. Wenn die Politik von EU und NATO darin besteht, die »völkisch korrekte« Parzellierung des Balkan voranzutreiben, dann müssen diejenigen Kräfte gestärkt werden, die für ein demokratisches Jugoslawien eintreten, in dem ethnische Kriterien keine Rolle spielen, auch um mit der Logik ethnifizierender Zuschreibungen (*die* Serben gegen *die* Kosovaren) von westlicher Seite zu brechen. Nicht zuletzt gilt es, das zynische Grenzregime der EU-Länder und damit den verlogenen Menschenrechts-Fake anzugreifen: *Let us defy the mad logic of war!*

Redaktion diskus



Die Redaktion *diskus* plant für Mitte Mai eine Diskussionsveranstaltung zum Krieg im Kosovo. Ort und Termin stehen zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Heftes noch nicht fest, daher: Watch out for flyers!

Weitere Veranstaltungstermine können beim AStA der FH Frankfurt (069/153 32 48) und im Internet unter der Adresse www.navigate.org/gegenkrieg/ abgerufen werden.

Break the logic of war! Desert! Open the borders!
Resolution unter: www.teleportacia.org/

Die Last der Krieger

Über den rot-grünen Kriegshumanismus und die (Un-)Möglichkeiten eines bewegten Antimilitarismus

Mit der Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Bombardements auf Jugoslawien befindet sich Deutschland das erste Mal seit der Kapitulation des Nationalsozialismus 1945 in einem Angriffskrieg. Die politische Verantwortung dafür übernehmen jene, die sich 1968 zum Marsch durch die Institutionen aufgemacht haben. Der Protest gegen den Vietnamkrieg der USA und den Mief der postfaschistischen BRD-Gesellschaft waren bei diesem Aufbruch von zentraler Bedeutung.

Die *BILD-Zeitung* bringt am Tag, nach dem einiges anders sein wird, ein geradezu väterliches Verständnis für die rot-grünen Regierenden auf. Unter der Headline »Die Last des Krieges« und neben der Aufforderung »... schauen Sie in ihre Gesichter ...« sehen wir die wirklich Mitleid erregenden, ausgezehrten Gesichter von Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping. Die »Angst um unsere Soldaten« treibt sie in die Schlaflosigkeit. Den jungen Soldatenvätern (diesen Titel erhält insbesondere Scharping) wird aber auch klar gemacht, und das ganz im Habitus des Wehrmacht-Opas, daß jetzt hart zugegriffen werden muß: »Der Geschichte ist es egal. Sie hat noch nie Rücksicht auf Einzelschicksale genommen.«

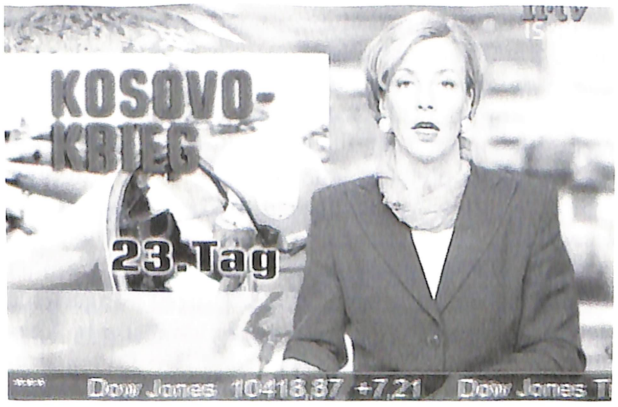
Diese kleine Szene aus der Männerwelt des Krieges kann als Treueeid des deutschnationalen Konservatismus gelesen werden, der der Linken am Steuer der Nation traditionell nicht viel zutraut. Ist mit der feierlichen Aufnahme der rot-grünen Kriegertroika in den Männerbund nun alles rechts von der PDS in einen harten nationalistischen Block zusammengeschnürt? Ist es endgültig entschieden, daß der unter Kohl eingeschlagene Rechtskurs zur selbstbewußten Nation durch den rot-grünen Wechsel nunmehr nicht gebremst, sondern vielmehr beschleunigt wird? Einiges spricht dafür. Aber was heißt das für die fragmentierte Rest-Linke?

Mit diesen Fragen ist ein weites und nicht unwichtiges Feld eröffnet. Es kann hier also nur um ein erstes Abtasten und das Bemühen gehen, die Fragen weiter zu präzisieren.

Ansetzen werde ich dabei am Kriegshumanismus, mit dem die leidenden 68er an der Macht an der medialen Heimatfront Stellung bezogen haben. Außerdem werde ich dem einige Überlegungen zur schönen neuen Weltordnung der nach wie vor konkurrenzförmigen Staatenwelt anfügen. Schließlich möchte ich, in der dunklen Höhle der Rest-Linken sitzend, die knurrenden antideutschen Genossinnen – auf die Gefahr hin, eine schallende Ohrfeige einzustecken – zur Disko *für* einen bewegten Antimilitarismus einladen.

Der Kriegshumanismus und die durchgeladene »Automatik des Militärischen«

Die Schröder-Fischer-Scharping-Position zeichnet sich in der Tat in vielerlei Hinsicht durch die selbst proklamierte »außenpolitische Kontinuität« aus. So auch bzgl. der Diskursstrategie des Kriegshumanismus.[1] Im Zeichen der Bündnistreue sind ihnen militärische Interventionen der NATO geheiligte Mittel um »unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten« zu verteidigen, so Schröder in der ersten TV-Ansprache, in dem ein Bundeskanzler »seinem Volk mitteilt, es befinde sich im Krieg.« (*BZ* 25.3.99) Im Gegensatz zu den Medien hat der Kriegshumanismus der deutschen Außen- und Militärpolitik »große Probleme mit dem Wort Krieg.« (Scharping, *FR* 27.3.99). Schröder beteuert gar, »wir führen keinen Krieg« gegen die serbische Bevölkerung. Die Angriffe der NATO bemühten sich vielmehr um die Beendigung der »humanitären Katastrophe« im Kosovo und richteten sich ausschließlich gegen die Militärmaschinerie des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic als dessen Verursacher. Krieg wird zur humanitären und friedensbewegten Angelegenheit umgedeutet.



Ich bediene mich in diesem Zusammenhang bewußt der militärischen Metapher »Heimatfront«, da sich mit dem Kriegsausbruch auch die Diskursstrategie der Regierung merklich militarisiert hat. Es findet also jenseits des eigentlichen Kriegschauplatzes Jugoslawien ein innenpolitischer Kampf um die Köpfe statt, der von ersterem nicht unbeeinflußt bleibt. Die Frage, wie sich diese Verbindung des Militärischen mit dem Politischen in der deutschen Zivilgesellschaft herstellt, ist aufs engste mit der nach der Produktionsweise des politischen Diskurses verknüpft und läßt sich auf den paradoxen Begriff des Kriegshumanismus bringen.

Zur Funktionalität der humanistisch sauberen Kriegsführung trägt die militärstrategische Manipulation der medialen Bilder entscheidend bei. Bereits beim Golfkrieg sind hierbei die filmenden Bomben an der TV-Heimatfront zum Einsatz gekommen. Die Grenze zwischen Computersimulation und ›authentischem Bild‹ verwischt bis zur Ununterscheidbarkeit. Dem Hobby-Piloten an der heimischen PlayStation sind solche Bilder vertraut; ein Zielobjekt, ein Blitz, Bäng. PC- und NATO-Pilot strecken die Faust in die Luft – »Strike!«. Die Menschen, die zur Zeit in Jugoslawien in Echtzeit sterben, werden allenfalls als Menschensimulationen behandelt und wahrgenommen. Ihr Tod und der jener, der durch die Militärzensur beider Seiten gänzlich ungenannt bleibt, findet nicht statt. Das ermöglicht es einem Blair, Clinton oder Schröder sich als »Weltverbesserer« (*Stern*) in Szene zu setzen.

Dem ehemaligen Chef der Hardthöhe Volker Rühe (CDU) ist die prekäre Lage dieser Diskursstrategie gerade im kriegsentwöhnten Deutschland durchaus bewußt. Im familialen Habitus des großen erfahrenen Bruders warnt er vor einer »Automatik des Militärischen« hin zum Einsatz von Bodentruppen; es sei »wichtig, jetzt ganz kühlen Kopf zu bewahren«. (*FR* 26. 3. 99) Denn bei einem NATO-Einmarsch unter Beteiligung der Bundeswehr in Jugoslawien würde sich die Wahrscheinlichkeit nicht unwesentlich erhöhen, daß bald schwer verbergbare bodybags mit deutschen Soldaten die Heimatfront erreichen und zu einer Niederlage gegen die jetzt schon aufgebrachten Soldatenmütter führen könnten. Obwohl Rühe diese Befürchtung nicht offen ausspricht, verfehlt sein Rat die Intention, doch cool zu bleiben. Soldatenvater Scharping antwortet mit Verweis auf die Soldaten und ihre Familien erregt: »Das war unverantwortlich.« (*FR* 27. 3. 99)

Wenn die »Automatik des Militärischen« einmal durchgeladen und abgefeuert wird, droht – angesichts der Eskalation des Krieges – die rationalistische Vorstellung vom kühlen Kopf, der über den Ereignissen schwebend Krieg als kalkulierbares Mittel der Politik einsetzt, dramatisch an Realitätsbezug zu verlieren. Kompensatorisch werden dynamisch immer größere diskursive Kaliber aufgefahren. Dieser Wirkungszusammenhang zwischen militärischer und politischer Kriegsführung ist auch in den ersten Tagen des Kosovo-Kriegs zu beobachten.

Zum einen schlugen mit Beginn der NATO-Bombardements die einzelnen Gefechte der jugoslawischen Einheiten im Kosovo gegen die Guerilla-Aktionen der seperatistischen UÇK in eine offene Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung um, die wiederum zur Verschärfung der NATO-Luftangriffe führen. Zum anderen versicherte die rot-grüne Kriegertroika zu Kriegsbeginn, Milosevic zur Unterschrift unter das Abkommen von Rambouillet bomben zu wollen. Er galt also zunächst noch als Verhandlungspartner. Ein deutlicher Einschnitt in der »Stoßrichtung« ihrer diskursiven Kriegsführung war an dem Tag zu vernehmen, an dem »Schröder als eiserner Kanzler« (*Die Welt*) den Vermittlungsversuch des russischen Premiers Jewgeni Primakow zum Scheitern verurteilte. Nahezu synchron verlief dazu die Massierung der Bombardements.

Die Regierenden haben in ihren Parteien »mit schweren Widerständen gegen die Bombardements zu kämpfen«, wie die Kriegsberichterstattung der *Welt* zu melden hat. Und dazu fahren sie ein bereits im Golfkrieg erprobtes Geschütz auf. Eines, das zwar von den Machthabern der anderen NATO-Staaten auch benutzt wird, aber im postfaschistischen Deutschland eine besondere innenpolitische Bedeutung erlangt. Mit einer Begeisterung für soldatische Killphantasien, an die sich selbst Steven Spielberg noch nicht herangetraut hat, malen Scharping und Fischer den Vertreibungterror im Kosovo aus. »Schieße einem Mann in den Kopf, schneide einem anderen die Kehle durch, vergewaltige eine Frau – und der Rest wird rennen«, redet sich Joschka in Rage. Scharping will starke Hinweise auf die Existenz serbischer KZs haben; seine »ganz persönliche Meinung«: Milosevic gehört vor ein »Kriegsverbrechertribunal«. (*Die Welt*, 1. 4. 99) Auch Milosevic, wie vor ihm Saddam Hussein, kommt die Ehre zuteil, gewissermaßen als ausgebürgerter Hitler (»Pfui, Deutschland ist jetzt demokratisch!«) gleichsam eingebürgert zu werden. Denn in der Gleichsetzung Milosevics mit Hitler bekämpfen *diese* mit Staat und Vaterland versöhnten 68er nicht nur die parteiinternen Anti-Kriegs-DissidentInnen, sondern ebenso ihren gescheiterten Antifaschismus – worauf noch zurückzukommen wäre.

Die Eskalation des politischen Diskurses, vorausgesetzt sie behält ihre kompensatorische Wirkung auf die öffentliche Meinung, wird sich wahrscheinlich im Einsatz von Bodentruppen materialisieren. Auch der Umgang mit den Flüchtlingen aus dem Kosovo deutet auf einen weiteren Eskalationswillen hin. Ganz abgesehen davon, daß Rot-Grün die systematische Abschiebepolitik nach Rest-Jugoslawien trotz der sich zuspitzenden Krise fortsetzte, werden die jetzt flüchtenden Menschen nicht ohne Absicht in der Hauptsache in den verarmten Balkanländern belassen. Das scheinheilige Argument, mit einer bedingungslosen Aufnahme der Flüchtlinge durch den Westen würde Milosevic belohnt, kann nicht darüber hinwegtäu-

schen, daß hier eine Zuspitzung des Flüchtlingselends produziert werden soll; Menschen als Eskalationsmunition.

Der Kriegshumanismus nimmt also drei Unterteilungen der unmittelbar betroffenen Menschen vor, die wiederum auf zwei Darstellungsebenen inszeniert werden: Auf der bildlosen Ebene der Militärzensur beider Seiten einerseits die unsichtbaren Menschensimulationen jener, die den NATO-Bombardements zum Opfer fallen. Und andererseits die blutig, aber genauso bildlos ausgemalten Opfer der jugoslawischen Polizei- und Militäreinheiten. Umso bilderreicher ist das politisch gewollte Flüchtlingselend in den Anrainerstaaten Jugoslawiens. Humanism kills!

Aber wie steht es nun um das Verhältnis zwischen dem Militärischen, das aus der Luft offensichtlich keinen Bombenfrieden herbeiführen kann, und dem Politischen, das sich der innenpolitischen Zustimmung zur humanistischen Kriegsführung ebenfalls mit (diskursiver) Eskalation zu versichern sucht? Eine gewisse Verwirrung über Ursache und Wirkung ist dabei nicht nur verständlich, sondern – produktiv gewendet – sogar angebracht. Denn wir haben es mit einem symbiotischen Verhältnis mit dynamisch wechselnder Dominanz zu tun. Mit dem Beginn der NATO-Bombardements, soviel ist bis hier hin wohl deutlich geworden, gewann die Eskalationslogik des Krieges die Oberhand über das politische Handeln der Machthabenden. Was sich wiederum nur mit der Abnahme der zivilgesellschaftlichen Zustimmung wieder verändern wird. Dabei ist das Militärische aber nichts der Politik Äußerliches. Um sich diesen Umstand zu vergegenwärtigen, wird es nötig, den Blick auf die internationalen Staatenbeziehungen zu lenken.

Schöne neue Weltordnung – neorascism within

Mit dem Kosovo-Krieg ist eine neue Qualität erreicht, mit der die konkurrierenden staatlichen Interessen inner- und außerhalb der NATO ausgetragen werden. Hierzu gehört die programmatische Demontage der UN und der Bruch mit dem Völkerrecht, die eine offene Brüskierung und die damit verbundene innenpolitische Destabilisierung Rußlands in Kauf nimmt. Und nicht zu übersehen sind die Konflikte, die sich innerhalb der »westlichen Wertegemeinschaft« selbst abspielen. Der vermeintliche Sieger des Kalten Kriegs, die USA, hat zunehmend Mühe, seine Position als verbliebene Großmacht aufrecht zu erhalten. Die wirtschaftliche Konkurrenz mit dem Euro-Block, in dem wiederum Deutschland nicht konfliktlos seine Hegemonie auszubauen bemüht ist, ist mit einem zunehmenden Wetteifern um den Posten des Weltpolizisten verbunden. Hierin kann auch ein entscheidender Grund dafür ausgemacht werden, warum der Westen auch in der neuerlichen Krise auf dem Balkan von Anfang an das Kalkül militärischer Intervention mit einbezog. Der Schein von der einen freien Welt, wie es im Kalten Krieg so blumig hieß, kann mit einem gemeinsamen Krieg gegen einen regionalen Diktator vorläufig gewahrt werden. Vorläufig, denn die neoimperialistische neue Weltordnung hat sich alles andere als stabilisiert.

Die Militär-Politik-Symbiose findet dabei besonderen Ausdruck im *politischen* »Friedensabkommen von Rambouillet«, in dem die *militärische* Provokation enthalten ist, die gesamte Bundesrepublik Jugoslawien für NATO-Streitkräfte zugänglich zu machen. Wer, wie so manch Grüner, versichert, es seien alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft worden, verwechselt die NATO wohl eher mit dem Raumschiff Enterprise. Slobodan Milosevic ist auch nicht irgendein regionaler Diktator. Sein Regime hat in den letzten zehn Jahren einen ständigen Machtverlust hinnehmen müssen; und dies an postsozialistische Regime, die mehr oder weniger offen von einzelnen NATO-Ländern unterstützt wurden (z. B. Kroatien von der BRD, Bosnien von den USA). Mit der Luftwaffenunterstützung der muslimisch-kroatischen Koalition 1995 in Bosnien ist die NATO zudem zur aktiven Kriegspartei geworden.

Womit wir wieder beim gescheiterten Antifaschismus der rot-grünen Kriegertroika gelandet wären, der sich dazu genötigt sieht, die antifaschistische Lehre »Nie wieder Auschwitz!« der des »Nie wieder Krieg!« vorzuziehen. Diese Relativierung der Shoa erhält ihre besondere Brisanz gerade in der ideologischen Gemeinsamkeit von NATO und Milosevic – der neorassistischen Ethnisierung des Sozialen. Diese wurde eben nicht nur von den (ex-)jugoslawischen Eliten betrieben, die mit der Erosion der sowjetischen Hegemonie ihren Anteil am Machtkuchen retten bzw. gewinnen wollten. Auch der Westen, und hier insbesondere Deutschland, ist an einer ethnischen Parzellierung Jugoslawiens interessiert, um sich den Zugriff auf die wenigen ökonomischen Rosinen zu erleichtern – divide et impera. Insofern kann Slavoj Zizek zugestimmt werden, wenn er zu dem Schluß kommt: »Die neue Weltordnung gebiert selbst die Monströsitäten, die sie bekämpft«. (*DIE ZEIT* 31.3.99)

Im unerträglichen Antifaschismus eines Joschka Fischers zeigt sich das Drama der institutionalisierten 68er, den Kosovo zum neuen Vietnam und einen entmenschlichenden Humanismus zum neuen anti-emanzipatorischen Korsett gemacht zu haben. Und was bedeutet das hier und jetzt, aber auch längerfristig für die Rest-Linke?

Antimilitaristische Politik

»An eine imperialistische Kriegspartei appelliert man nicht, man kritisiert sie, wenn die Kräfte zur praktischen Kritik nicht reichen«, donnert es seitens des Ex-Mitglieds des Kommunistischen Bunds und des Ex-Grünen Thomas Ebermann und seinem Mitstreiter

Heiner Möller von der *bahamas*. Ihre Waffen der Kritik richten sich nicht nur gegen die rot-grüne Kriegsregierung. Es sind die sechzehn ex-grünen Ex-GenossInnen um Jutta Ditfurth (die wiederum insbesondere an die nicht-ex-grünen MdBs appellieren »Stoppt diesen Krieg – sofort!«), denen hier die Leviten gelesen werden. (Vgl. *Jungle World* 14/99)

Es gibt zweifelsohne einiges am wahren Humanismus einer Jutta Ditfurth, an der Rest-Friedensbewegung bis hin zu grünen Dissidenten wie Hans-Christian Ströbele zu kritisieren. Das gilt ebenso für die juridisch beschränkte Position Gregor Gysis und der PDS mit ihrer offenen Flanke zum deutschtümelnden Antiamerikanismus im *Neuen Deutschland*.

Bezweifeln möchte ich hingegen, daß der aufgerichtete antideutsche Granitblock, der sich hier in der Haltung ›Heiner und Thomas gegen den Rest der Welt‹ ausdrückt, irgendetwas an den nicht ausreichenden »Kräften zur praktischen Kritik« verändert. Wer regierigen Grünen das Hakenkreuz in die Sonnenblume drückt und deren moralistischen AnklägerInnen gleich Überläuferpläne in die Schuhe schiebt, hat das Pulver seiner dogmatischen Donnerbüchse bald verschossen. Die Gewissheit um die eigene radikale Wahrhaftigkeit fordert einen hohen Preis.

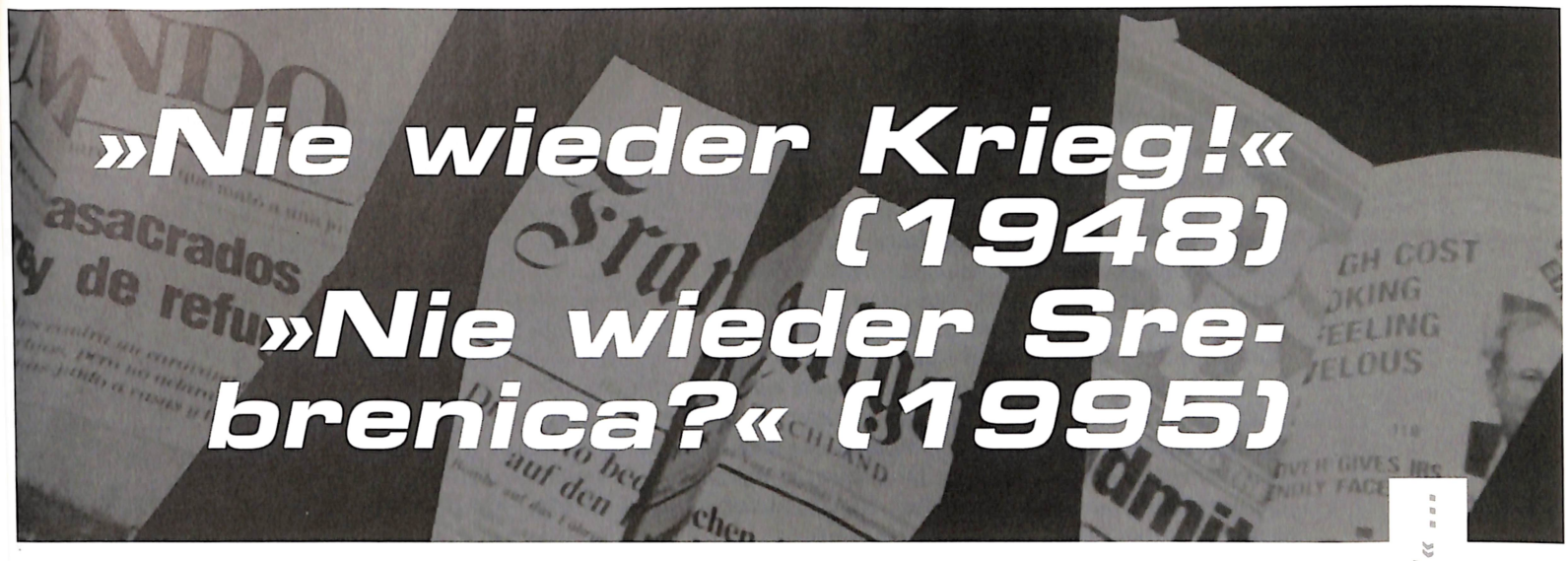
Angesichts grüner Linker im Staatsdienst wie Angelika Beer oder Ludger Volmer, die sich die Normalisierungsmaschine mit brennender Seele an den Körper heften oder einer grünen Hinterbänklerin, die der neuen NATO-Strategie das Wort redet, sind die Erinnerungen an devote Sozialdemokraten unterm wilhelminischen Imperialismus oder gar an die Überfälle auf souveräne Staaten durch Nazi-Deutschland durchaus zu benennen. Diese berechtigten Erinnerungen aber mit der gegenwärtigen politischen Konjunktur gleichzusetzen, hat eine Einengung der Analyse und den Verzicht zur Konsequenz, den »Stellungskrieg« (Gramsci) um eine andere Gesellschaft wieder aufzunehmen.

Einengung der Analyse, weil bei Ebermann/Möller implizit immer noch die Vierte Reich-These mitklingt, nach der sich Geschichte zwanghaft wiederholt. Der unerträgliche Antifaschist Fischer ist mit einer solchen Kritik weder analytisch faßbar, weil sie der anstehenden selbstkritischen Aufarbeitung der Neuen Linken aus dem Weg geht, noch politisch angreifbar, weil hier identische Argumentationsstrukturen aufeinanderstossen; der Diskursmächtigere gewinnt. Leute wie Jutta Ditfurth oder Hans-Christian Ströbele zudem mit dem Vorwurf »politisch-emotionaler Nähe« zur Kriegsregierung aus der Linken auszugrenzen, so befürchte ich, hat eher den performativen Effekt, zur Konsolidierung der Grünen als national-liberalem Fischer-Chor beizutragen. Vielmehr scheint es mir den Versuch wert zu sein, die im erweiterten Sinne grünen Anti-Kriegs-DissidentInnen ernst zu nehmen und in eine streitbare Debatte mit einzubeziehen. Das könnte zumindest eine Möglichkeit sein, die »Analyse der Kräfte und ihrer Interessen im Krieg«, wie sie von Thomas Ebermann und Heiner Möller durchaus engagiert begonnen worden ist, politisch fruchtbar zu machen.

Lang genug war die Geschichte der Linken eine Geschichte von rechthaberischen Sektiererkämpfen. Es käme nun darauf an, und das schließt den Autoren dieses Textes mit ein, jenseits der ausgrenzenden Kommunikationsrituale Wege zu einer bewegten Linken ausfindig zu machen.

Dirk Kretschmer

|1| Zur Diskursstrategie des CDU-geführten Verteidigungsministeriums und ein wenig mehr vgl. Dirk Kretschmer: Mission Impossible? Die neue Bundeswehr als Friedenstruppe für den Standort Deutschland, in: Buntenbach/Kellershohn/Kretschmer (Hg.) 1998: *Ruck*-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg: DISS



»Nie wieder Krieg!« (1948) »Nie wieder Srebrenica?« (1995)

Das Zustandekommen eines massenhaften Widerstandes gegen den Angriffskrieg der BRD und der NATO wird sich nicht am Punkt der immer wieder zitierten Verletzung des Völker- und Grundrechtes entscheiden. Von zentraler Bedeutung wird sein, wie wir zu dem Stellung beziehen, was im ehemaligen Jugoslawien passiert, was – je nach Kalkül oder Überzeugung – als »humanitäre Katastrophe«, »ethnische Säuberung« oder »Völkermord« bezeichnet wird. Die moralische Legitimation für diesen Krieg ist das Verhindern eines Staats-Verbrechens, dem man – so die KriegsbefürworterInnen – nicht mit dem Gesetzbuch unter dem Arm, sondern nur noch mit der Waffe in der Hand entgegentreten kann.

Was bewegt diese Kriegs-Regierung, den Nationalismus und großserbischen Chauvinismus der jugoslavischen Regierung zu geißeln, während sie für sich selbst ganz selbstverständlich einen »normalen« Nationalismus reklamiert?

Was hat der ganz »normale« deutsche Nationalismus mit dem Krieg gegen Jugoslawien zu tun?

Aufgrund der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die unterschiedlichen Interessen der alliierten Siegermächte führten dazu, daß Deutschland geteilt wurde: Aus den drei Besatzungszonen der kapitalistischen Siegermächte wurde die BRD, aus der sowjetischen Besatzungszone entstand die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

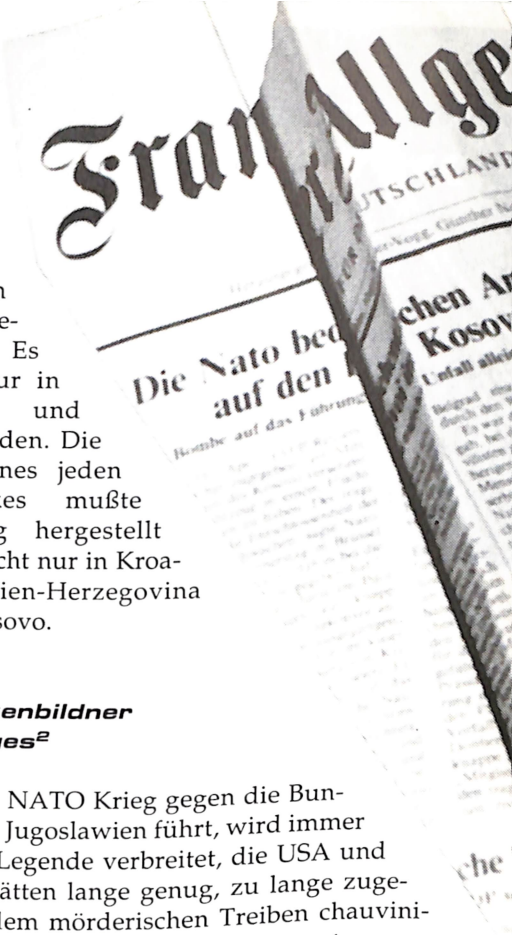
Nach dem Ende des 1. Weltkrieges wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen gegründet. Kosovo wurde Serbien zugeschlagen. Nach dem deutsch-italienischen Einmarsch auf dem Balkan schenkte Nazi-Deutschland Albanien den Kosovo. Nach dem Ende des »1000-jährigen Reiches« wurden die faschistischen Gebietsaufteilungen wieder rückgängig gemacht. 1946 wurde völkerrechtlich verbindlich Jugoslawien, bestehend aus sechs Republiken (Serbien, Kroatien, Slovenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien) anerkannt – wobei zu Serbien die autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina gehörten.

Das Faktum der Teilung, das Faktum zweier unabhängiger Staaten, wurde in der BRD nie anerkannt. Die BRD hielt sich, sowohl verfassungsmäßig, als auch politisch die Wiedervereinigung vor – selbstverständlich mit friedlichen Mitteln. Jeder DDR-Bürger hatte gleichzeitig die Staatszugehörigkeit zur BRD und konnte bei Flucht in den Westen darauf Anspruch erheben. Unterhalb direkter militärischer Interventionen ließ die BRD nichts aus, die DDR ideologisch, politisch und wirtschaftlich zu destabilisieren. Nach dem Zusammenbruch des Ostblockes war die Zeit gekommen, die Wiedervereinigung Deutschlands mit aller Macht zu verwirklichen.

Aus der Opposition zur herrschenden SED-Regierung (»Wir sind das Volk«), wurde eine deutsch-nationale Massenbewegung (»Wir sind ein Volk«). Diese Transformation einer sozialen und gesellschaftlichen Oppostion gegen das herrschende SED-Regime in eine deutschnationale Massenbewegung wäre ohne die operative, finanzielle, und ideolgische Unterstützung der im Bundestag vertretenen Parteien, von CSU bis hin zur SPD, so nicht möglich gewesen. Ein bis dahin nie (mehr) für möglich gehaltener Rassismus und Antisemtismus wurde in der Folge zum »normalen« Alltag dieses wiedervereinigten Deutschlands. Mit einer parteiübergreifenden 2/3-Mehrheit wurde schließlich 1993 das Asylrecht abgeschafft und in fiktive »sichere Drittländer« exportiert. Die noch hier verbliebenen Flüchtlinge wurden mittels administrativer Maßnahmen (wie z. B. die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes) zu Menschen minderen Wertes markiert, in den sicheren Tod ausgewiesen (z. B. durch Ausweisungen in die Türkei) oder von Neonazis durch die Straßen gejagt und zusammengeschlagen. In vielen deutschen Städten und Gemeinden existieren braune »befreite Zonen« – von der Polizei

unbehelligt, von den politisch Verantwortlichen heruntergeredet, von Teilen der Bevölkerung begrüßt. Um die Grenzziehungen nach dem 2. Weltkrieg zu annulieren, bedurfte es im Fall der DDR keiner Panzer, keiner Soldaten, keiner Sonderpolizei.

Weder die realen Opfer der deutschen Wiedervereinigung, noch die Opfer im Zuge des wiederentdeckten ganz normalen deutschen Nationalismus machen die Opfer der jugoslawischen Regierung kleiner oder erträglicher. Was sich auf dem Balkan ereignet, ist ein erschreckendes Beispiel dafür, was passiert, wenn gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen ethnifiziert werden, wenn Volkszugehörigkeit zum zentralen Element einer Politik wird, hinter der politische und gesellschaftliche Gegensätze verschwinden sollen bzw. zum verschwinden gebracht werden.[1] Es sind die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Interessen, die darin zum Tragen kommen, die dem jeweiligen Nationalismus ein äußerlich blutiges oder unblutiges Ansehen verschaffen. Das allgmeine Recht auf eine ›nationale Identität‹, auf einen ›legitimen‹ Nationalismus bestreiten am allerwenigsten diejenigen, die in Jugoslawien – vordergründig – einem nationalistischen Chauvinismus den Krieg erklären. Die nach dem Tod Titos (1980) begonnene und gezielt betriebene Ethnifizierung Jugoslawiens war weder unvermeidlich, noch zwangsläufig. Es war und ist ein mörderisches Zusammenspiel: Auf der einen Seite machtpolitische Eliten in den verschiedenen Republiken Jugoslawiens, die sich von einer Abspaltung einen klaren Gewinn versprachen. Auf der anderen Seite eine Vielzahl europäischer Staaten, die an der Zerschlagung Jugoslawiens ein massives politisches und wirtschaftliches Interesse hatten. Und diejenigen, die sich für ein anderes Jugoslawien einsetzten, das weder irgendwelche Volksmythen, noch irgendwelche Versprechungen besagter neuer Weltordnung bemühte, wurden in dem Konflikt zwischen den nationalistischen Projekten aufgerieben. Die jeweiligen nationalen Eliten, die einen eigenen Staat begründen mußten, wußten sehr wohl um ihre Schwierigkeiten. Das eine ›Volk‹ gab und gibt es in keinem Staat auf dieser Erde. Es existiert nur in Mythen und Volkslegenden. Die Realität eines jeden Staats-Volkes mußte erst blutig hergestellt werden. Nicht nur in Kroatien, Bosnien-Herzegovina oder im Kosovo.



Die Maskenbildner des Krieges[2]

Seitdem die NATO Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien führt, wird immer wieder die Legende verbreitet, die USA und Europa hätten lange genug, zu lange zugeschaut, dem mörderischen Treiben chauvinistischer Großmachtpolitik nichts entgegengesetzt. Tatsächlich haben die USA und verschiedene europäische Staaten seit über 15 Jahren in aller Stille die ökonomischen Voraussetzungen für die anschließende staatliche Zerstückelung Jugoslawiens (mit-) geschaffen. So forderte die US-Geheimdirektive von 1984 (NSDD 133) klar und eindeutig, das Entfachen von »stillen Revolutionen«[3]. Was darunter zu verstehen ist, gilt heute – in Jugoslawien wohlbemerkt – als militärischer Interventionsgrund. Bis zum Tod Titos war Jugoslawien ein Schanier zwischen dem kommunistischen Ostblock und dem kapitalistischen Westen. Eine Mischung aus Privat- und Kollektivwirtschaft, kapitalistischen Zugeständnissen und sozialistischen Errungenschaften. Dieses Wirtschaftssystem befand sich jedoch bereits in den 70 er Jahren in der Krise und in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Westen. Nach Titos Tod öffnete die jugoslawische Regierung europäischen Kreditgebern und Investoren endgültig Tür und Tor. Die Folgen dieser Politik, die Folgen dieser strukturellen Anpassungsprogramme an den kapitalistischen Weltmarkt waren und sind verheerend: Das Wirtschaftswachstum fiel von durchschnittlich + 6,1 % jährlich, bis es 1990 bei - 0,6 % angelangte.[4] Hunderte Fabriken wurden in den Konkurs geschickt, zehntausende ArbeiterInnen entlassen. Die Strukturreformen hatten erklärtermaßen die Abschaffung der vergesellschafteten Betriebe zum Ziel. An die Kredite waren gleichfalls die Bedingungen geknüpft, das Sozialsystem abzubauen. Die neuen und alten, zum größten Teil kommunistischen Machteliten in Jugoslawien verdienten daran. Die gezielte Verschlechterung der Lebensbedingungen schürte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Schuldige waren – bislang in die Stabilisierung der jugoslawischen Föderation eingebundenen, oder unterdrückten – nationalistischen Stereotypen folgend rasch

gefunden.[1] Die Erdrutschsiege rechter und nationalistischer Parteien sind Ausdruck davon. Die »stillen Revolutionen« nahmen konkrete Gestalt an. Dieselben Staaten, die die Kredite vergaben und die daran geknüpften Bedingungen diktierten, waren auch daran beteiligt, die blutige Ernte dieser Wirtschaftspolitk einzutreiben. Europäische Staaten, die sich in der Zerschlagung separatistischer Bestrebungen und Bewegungen (England/IRA, Spanien/ETA, Frankreich/korsische Nationalbewegungen, Türkei/PKK) *im eigenen Land* völlig einig sind – und dabei demokratische bzw. rechtsstaatliche Prinzipien ohne Probleme außer Kraft setzten und setzen, trugen mit dazu bei, den nationalistischen Parteien den Weg zur Macht zu ebenen.

Die Zerschlagung Jugoslawiens wäre ohne den bedeutenden Beitrag Deutschlands nicht zustande gekommen. Deutschland hat am 23.12.1991 als *erster* westeuropäischer Staat Kroatien als unabhängigen Staat anerkannt und massiv daran mitgewirkt, daß andere europäische Staaten diesem Schritt folgten. »In nur einem Tag wurden aus der kroatischen Krajina 200 000 Serben vertrieben, übrigens mit politischer, militärischer und propagandistischer Hilfe der USA.«[5]

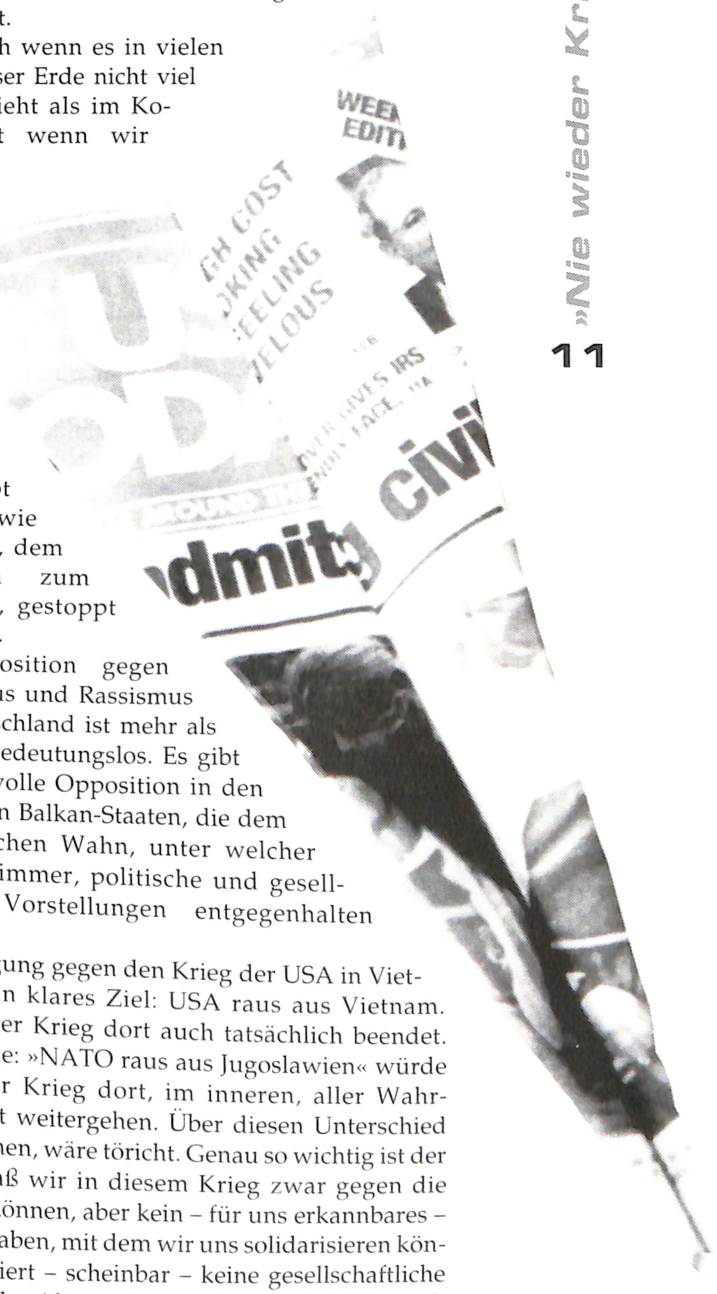
Der Forderung »NATO raus aus Jugoslawien« halten rot-grüne KriegsbefürworterInnen »Nie wieder Srebrenica« entgegen. Sie übersehen dabei zweierlei. Zum einen die damalige Rolle des Westens, der NATO: »Als sich der französische Kommandeur der UN-Truppen für Exjugoslawien (UNPROFOR), General Bernard Janvier, mehrmals weigerte, NATO-Luftstreitkräfte zur Verteidigung der UNO-Schutzzone Srebrenica gegen serbische Angriffe anzufordern, handelte er auf direkte Anweisung von Präsident Jacques Chirac.« schreibt der Sprecher der BAG Frieden bei Bündnis 90/Die Grünen, Uli Cremer 1998 und fährt fort: »Vermutlich hätte ein Anruf in Belgrad genügt, um die Massenmorde von Srebrenica zu verhindern.«[6] Das Massaker in Srebrenica geschah unter den wachsamen Augen des Westens, der an einer »Frontbegradigung« so Cremer, interessiert war, um die Aufspaltung Jugoslawiens voranzutreiben. Und an die Massaker, die am gleichen Ort zuvor an serbischen Menschen verübt worden waren, erinnert nur noch die SPD-Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht, anläßlich des Ostermarsches in Frankfurt am 5.4.99 – Außenminister Joschka Fischer, damals ebenfalls Mitglied einer deutschen Delegation in Srebrenica, weiß davon *heute* nichts mehr.

Die humanitäre Katastrophe – oder Wenn Brandstifter einen Brand löschen

Als AntimperialistIn erübrigt es sich, Deutschland zur Einhaltung von Verfassungsrechten bewegen. Die Forderung an diesen Staat, seine eigenen Gesetze und internationale Rechtsgarantien einzuhalten, nährt nur die Illusion an einen Staat, der diese einzuhalten gewillt ist. Die Geschichte Nachkriegsdeutschlands ist voll von Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen bis hin zur faktischen Aufhebung. Der Kriegseintritt Deutschlands hat am allerwenigsten damit zu tun, eine »humanitäre Katasthrophe« zu verhindern. Um diese und andere humanitäre Katastrophen zu verhindern, braucht es am allerwenigsten eine NATO, sondern eine andere Weltwirtschaftsordnung, in der millionenfacher Hungertod und Verelendung nicht länger Basis unermeßlichen Reichtums in den Händen weniger ist.

Wir wissen nicht, wann man von einem »Völkermord« reden kann oder soll. Der Versuch, auch innerhalb der Linken, Fakten für einen Völkermord zu sammeln oder Gründe dagegenzuhalten, die für einen ganz »normalen« Krieg sprechen, wird dem tatsächlichen Leid vom Krieg betroffener Menschen nicht gerecht. Sicher ist, daß kein Krieg, von Vietnam bis Kurdistan, an dem sich NATO-Mitgliedstaaten beteiligten, die Zivilbevölkerung verschont hat.

Doch auch wenn es in vielen Ländern dieser Erde nicht viel anders aussieht als im Kosovo, selbst wenn wir davon keine tagtäglichen Bilder bekommen, bleibt die Frage, wie dieser Krieg, dem ZivilistInnen zum Opfer fallen, gestoppt werden kann.



Die Opposition gegen Nationalismus und Rassismus hier in Deutschland ist mehr als gering und bedeutungslos. Es gibt keine machtvolle Opposition in den verschiedenen Balkan-Staaten, die dem nationalistischen Wahn, unter welcher Fahne auch immer, politische und gesellschaftliche Vorstellungen entgegenhalten könnte.

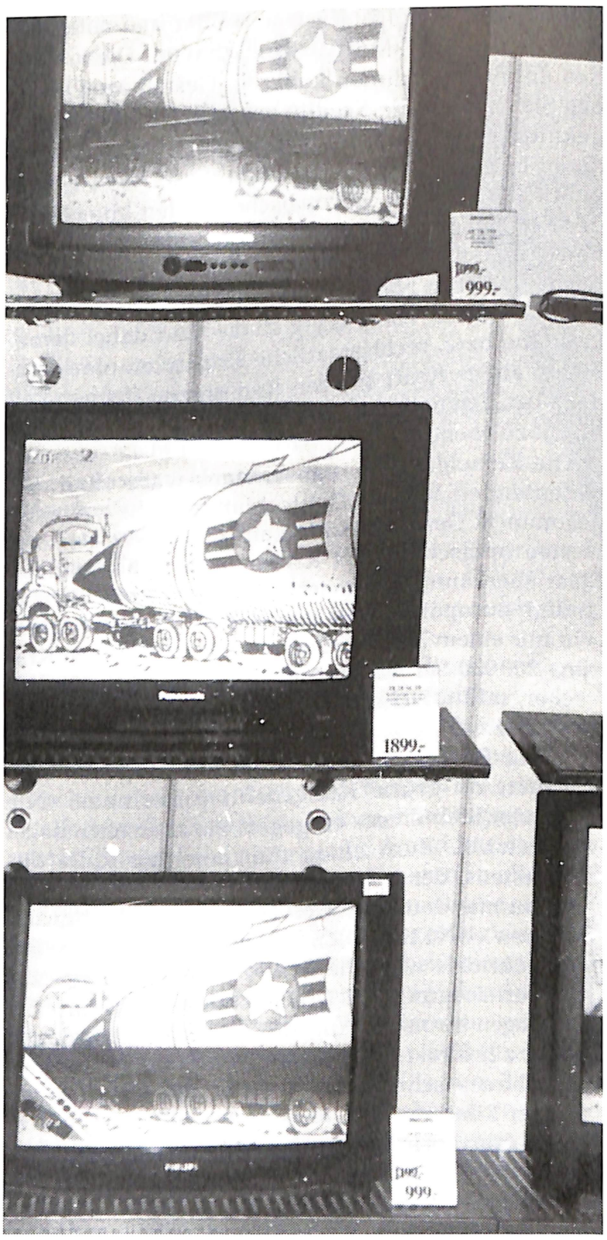
Die Bewegung gegen den Krieg der USA in Vietnam hatte ein klares Ziel: USA raus aus Vietnam. Damit war der Krieg dort auch tatsächlich beendet. Mit der Parole: »NATO raus aus Jugoslawien« würde hingegen der Krieg dort, im inneren, aller Wahrscheinlichkeit weitergehen. Über diesen Unterschied hinwegzugehen, wäre töricht. Genau so wichtig ist der Umstand, daß wir in diesem Krieg zwar gegen die NATO sein können, aber kein – für uns erkannbares – Gegenüber haben, mit dem wir uns solidarisieren können. Es existiert – scheinbar – keine gesellschaftliche oder politische Alternative, weder zur NATO, noch zum Krieg zwischen der UCK und der jugoslawischen Armee.

Ist der NATO-Angriff auf Rest-jugoslawien tatsächlich das ›kleinere Übel‹? - Eigentliche Kriegs-Ziele

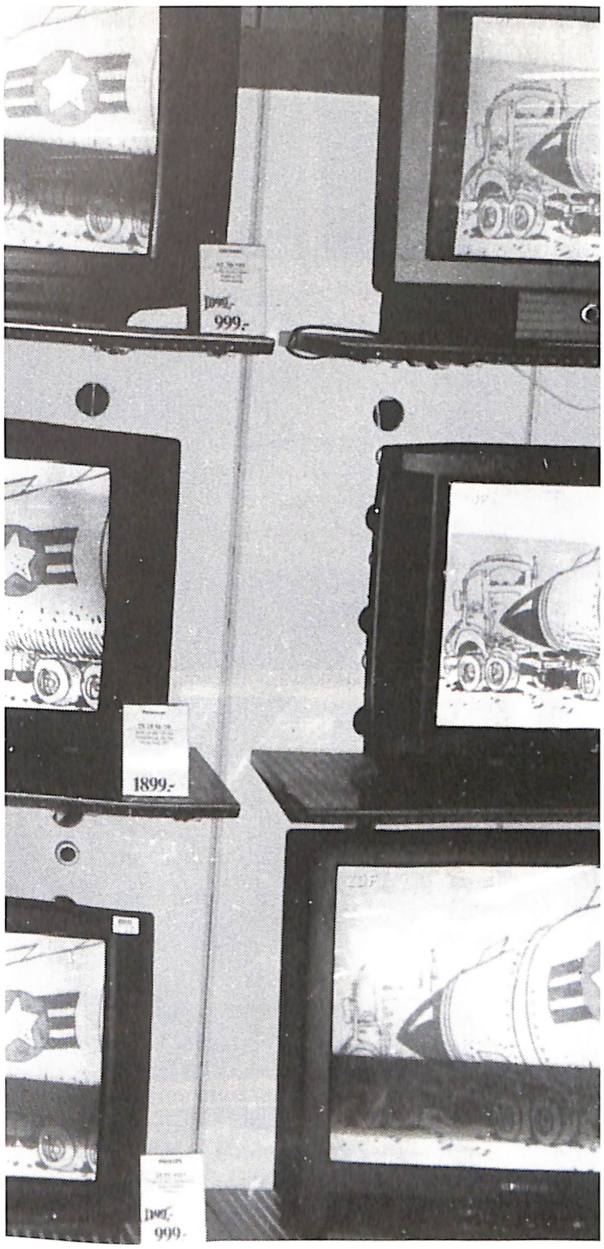
Die Frage: Was können ›wir‹ tun, um eine Politik der ethnischen Säuberung zu verhindern, ist heuchlerisch, wenn sie von jenen kommt, die hier jeden antinationalistischen Widerstand, jede antinationale Politik verfolgen. Warum wird jetzt gefragt und nicht anläßlich brennender Flüchlingswohnheime? Die von den KriegsbefürworterInnen aufgestellte Alternative – zuschauen oder eingreifen – stellt die realen Verhältnisse nicht nur auf den Kopf, sie ist schamlos. Wenn deutsche Staatspolitik (bestenfalls) zugeschaut hat, dann hier, als rassistische Pogrome und Angriffe Alltag wurden. Ganz im Gegensatz, wie gezeigt, zur deutschen Balkan-Politik. Ganz real ist mit diesem NATO-Angriff das eingetreten, was die NATO zu verhindern vorgab. Der Flüchtlingsstrom schwillt ins unermeßliche an. Grund zu fliehen haben nun viele: Nicht nur Kosovo-AlbanerInnen, sondern auch Menschen aus Restjugoslawien und all jene, die im Kosovo die UCK zu fürchten haben. Die Nachbarstaaten sind gänzlich überfordert und die NATO-Mitgliedsstaaten haben vor nichts mehr Angst, als diese Menschen aufzunehmen. Man stelle sich nur vor, Mazedonien, Albanien und Montenegro würden nur an-nähernd so reagieren, wie Deutschland! Unter den aufmerksamen Augen der internationalen Presse verhungern Flüchtlinge, sterben an Unterernährung, obwohl die Vertreibung von Kosovo- AlbanerInnen, laut NATO-Hauptquartier, »von langer Hand« vorbereitet wurde, also allen NATO-Kriegsbeteiligten bekannt gewesen sein müßte.

Zu Beginn der NATO-Angriffe war das offizielle politische Ziel, die jugoslawische Regierung an den Verhandlungstisch ›zurückzubomben‹. Die jugoslawische Regierung hatte den politischen Teil dieses Abkommens, den dort verankerten Autonomiestatus für den Kosovo, anerkannt. Was sie ablehnte, war die Stationierung von NATO-Truppen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Appendix des Vertragsentwurfes von vornherein die Absicht formulierte, Milosevic nicht unterschreiben zu lassen. Die NATO-Verhandlungstaktik in Rambouillet lief von Anfang an darauf hinaus, die Verhandlungen scheitern zu lassen, um eine Legitimation für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien in die Hand zu bekommen.

Bereits fünf Tage nach den Angriffen der NATO wurden folgerichtig all die Stimmen lautgestellt, die das Rambouillet-Abkommen für überholt und einen unabhängigen Staat Kosovo als einzige Lösung ansehen. Damit nähert sich die seit über zehn Jahren betriebene Zerschlagung und Aufteilung Jugoslawiens der letzten Phase. Es geht nun nicht mehr um einen Autonomiestatus Kosovos, sondern um einen eigenen Staat. Das Wort vom »NATO-Protektorat« macht die Runde. Und das, was – laut Nachrichtensprecherin der Tagesschau – die NATO am meisten »befürchtete«, trat am 6.4.99 ein: die jugoslawische Regierung verkündete einen einseitgen Waffenstillstand, mit dem Angebot, alle militärischen Einheiten aus dem Kosovo zurückzuziehen, verbunden mit der Zusicherung, daß die Flüchtlinge in den Kosovo zurückkehren können.



Worum es der NATO wirklich geht, machten NATO-Sprecher und Bundeskanzler Schröder noch am selben Tag deutlich: Um die vollständige Zerschlagung der jugoslawischen Armee und der anschließenden Stationierung von NATO-Streitkräften – koste, was es wolle. In diesem Krieg geht es um eine Pax-NATO, darum, den Hinterhof der Weltmacht Europa in den Griff zu bekommen. Es geht um das Durchsetzen politischer, militärischer und ökonomischer Einflußgebiete über die Staaten der gerade erfolgten kleinen NATO-Osterweiterung hinaus. Für diese Schlußfolgerung muß man kein Anhänger jugoslawischer Politik sein: »Die Juso-Vorsitzende kam nach der Lektüre des Textes zu dem Schluß, den Serben sei ›quasi ein NATO-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien diktiert‹ worden.«[7] Man muß nicht spekulieren, was damit gemeint ist. Ein Blick nach Bosnien-Herzegovina genügt. Die bosnische Regierung schätzt, daß der Wiederaufbau 47 Milliarden US-Dollar kosten wird. Die wirtschaftlichen und politischen Interessen der kreditgebenden (NATO-)Länder sind bereits in die Verfassung einge-



schrieben: »Der Hochkommissar hat volle Exekutivrechte in allen zivilen Angelegenheiten. Er kann sogar Regierungsentscheidungen sowohl der bosnischen Föderation als auch der bosnisch-serbischen Republik Srpska außer Kraft setzen.«[8] Genug Demokratie für ein Land, das nicht von einem demokratischen WählerInnenvotum gelenkt wird, sondern einzig und alleine von den Diktaten, die die europäischen Kredit-Geber mit jedem Kredit verknüpfen und ein Vorgeschmack auf das »Protektorat Kovovo«.

Mit dem Bombenkrieg der NATO werden immer mehr Menschen zu Flüchtlingen, nicht nur im Kosovo. Die Ausweitung der »militärischen Ziele« der NATO, die Bombenangriffe auf Belgrad, zielen auch auf eine Bevölkerung, die sich nicht gegen das serbische Regime erhoben hat, sondern zu Hunderttausenden gegen die NATO-Angriffe auf die Straße geht. Spätestens seit dem Golf-Krieg kann man wissen, was unter »militärischen Zielen« und deren »Ausweitung« gemeint ist. Bekannt geworden sind bisher: Tabakfabriken, Ölraffinerien, Treibstofflager, Umspannwerke, Sendeanlagen, Automobilwerke, (Eisenbahn-)Brükken, Kliniken, Trinkwasseranlagen, Telefonzentralen, bishin zu »fehlgeleiteten« Marschflugkörpern mitten in Wohngebiete. Professor Noam Chromsky kommt nach dem Golf-Krieg 1991 zu folgendem Ergebnis: »Es war ein Angriff auf die Wasser- und Energieversorgungssysteme und andere Infrastruktureinrichtungen, der genau den Effekt biologischer Kriegsführung hatte [...] Der Zweck der biologischen Kriegsführung [...] bestand darin, die Bevölkerung für die Zeit nach dem Krieg als Geißel zu nehmen.«[9] *Nach* dem US-allierten Krieg gegen den Irak starben mehr Menschen, als während des gesamten Krieges. Über die späteren Folgen des Krieges für die jugoslawische Bevölkerung wird es hier vermutlich wenig Bilder geben.

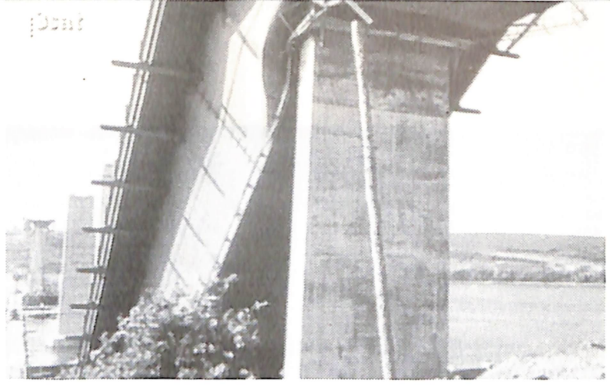
Zu einem ›gerechten‹ Krieg gehört, wie wir spätestens seit Saddam Hussein wissen, immer ein Diktator. Auch der gewählte Präsident von Jugoslawien, Slobodan Milosevic, kann nur ein Diktator sein. Und da bekanntlich ein Diktator alleine regiert, erfahren wir so gut wie nichts über die jugoslawische Opposition. Nichts wäre schädlicher, als von dieser zu erfahren, daß es tatsächlich auch andere Vorstellungen zu dem NATO-Luftkrieg gibt. In den ersten drei NATO-Kriegstagen kam noch der jugoslawische Oppositionsführer Zoran Djinjic zu Wort. Als er sich gegen die NATO-Bombardements wandte, schaltete man ihn ab. Das freie Belgrader Radio B 92, Forum für viele oppositionelle Bewegungen, nahm kurz vor seiner Schließung durch serbische Behörden Stellung: »Mit jeder Bombe, die einschlägt, vergrößert sich die humanitäre Katastrophe, die die NATO eigentlich verhindern sollte. Das Kind wird mit dem Bad weggebombt.« Auch das Belgrader Zentrum für Menschenrechte wurde gerne zitiert, solange es für die Kriegsvorbereitungen der NATO nützlich war. Heute stört es bestenfalls: »Die Bomben nur einer Nacht haben all das zunichte gemacht, wofür sich mutige Menschen in serbischen Nichtregierungs-Organisationen und demokratischen Gruppen in zehn harten Jahren eingesetzt haben [...]«[10]. Auch Ibrahim Rugova, als politischer Führer der Kosovo-Albaner vom Westen auserkoren, verlor für einige Tage im Zuge der »Informationsüberlegenheit« sein Leben. Die Exilregierung der LDK übernimmt seine Aufgaben prompt und erklärt, »sie habe die Führung der Partei übernommen.«[11] Mittlerweilen progagiert die UCK ihr politisches Ziel ›Groß-Albanien‹ ungeschminkt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann dieser nationalistische Chauvinismus ausreichend bewaffnet und instruiert ist, um als »Bodentruppen« für eine weitere »humanitäre Katastrophe« zu sorgen.

Der erste Angriffskrieg Deutschlands seit der militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands

Egal wie dieser Krieg ausgeht, in Deutschland feiern die VertreterInnen des gängigen und völlig ›normalen‹ Nationalismus schon heute ihren Sieg: »Könnte es sein, daß sich Deutschland seit wenigen Tagen definitiv im *Zustand der Normalität* befindet? [...] Bundesluftwaffe

[...] an vorderster Front [...] seit Frühjahr 1945 stehen wir wieder mittendrin [...] der längst fällige Durchbruch zur kompletten Normalität [...] Auf dem Sektor der Ökonomie hat die Bundesrepublik die Normalisierungsprozesse bereits seit Jahrzehnten abgeschlossen. Jetzt ist auch die ganze Palette der Außenpolitik erfaßt.« Diese Worte stammen nicht aus Belgrad. Diese Kommentierung ist nicht der *BILD-Zeitung* entnommen. Es ist der Kommentar einer liberalen Zeitung, der *FR* vom 25.3.99, ein Tag nach den ersten Bombardements auf Bundesrepublik Jugoslawien.

Ideologisch wurde bereits vor 1989 daran gearbeitet, das Nachkriegsdeutschland von der »ewigen Schuld« zu befreien. Man erklärte sich für ›normal‹ und ›grundlegend zivilisiert‹. Mit der Wiedervereinigung wurden die letzten, erkennbaren Folgen des verlorenen Weltkrieges beseitigt. »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.« (Ex-Bundeskanzler Kohl, 30.1.91). Während mit der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, wie z.B. der Gleichsetzung Nazi-Deutschlands mit der SED-Regierung, die bis dato anerkannte »besondere« Verantwortung Deutschlands auf das europäisch übliche Maß zusammengeschliffen wurde, näherte sich die deutsche Bundeswehr ihrem ersten ›direkten‹ Kampfeinsatz: mal mit deutschen Kriegsschiffen im Mittelmeer und Minensuchbooten vor der Küste Kuweits während des US-allierten Angriffes auf den Irak (1991), mal mit Bundeswehr-Sanitätern und Verbandsmaterial in Kambodscha (1992/93), ein anderes Mal als Soldaten eines Nachschublagers in Somalia (1993/94). Die Produktpalette reichte von den »Engeln von Phnom Penh« (Verteidigungsminister Rühe), bishin zur friedenssichernden Militärtruppe in Bosnien (1996). Der lange Weg zur »außenpolitischen »Normalität«[12] hatte nicht die territoriale Verteidigung im Auge. Damit war und ist die BRD auf NATO-Höhe. »(Auch) die Allianz wurde ausschließlich als Bündnis zur Verteidigung des Territoriums der Mitgliedsstaaten gegründet (Art. 5). Hat sich diese Verteidigungsaufgabe überholt, weil der Feind abhandengekommen ist, so ist es legitim, sich nach neuen Aufgaben und einer neuen Legitimation umzuschauen – was man spätestens seit 1989 intensiv tut.«[13] Auf der 50. Jahrestagung der NATO diesen Jahres soll die Neudefinition der NATO beschlossen werden: weg von der territorialen Verteidigung, hin zur Verteidigung von globalen Interessen. Damit ist das völkerrechtliche Dogma nationaler Souveränität im Umgang mit »innerenen Angelegenheiten« *anderer* Staaten endgültig Schnee von gestern. Militärische Interventionspraxis ist alles andere als neu. Doch es macht einen Unterschied, ob sie sich dabei über eigene Gesetze hinwegsetzen muß oder diese ihrer Praxis anpassen kann – ohne auf massiven Widerstand zu stoßen.



Langfristige Perspektiven und ein historischer Augenblick

Die vielen kleinen politischen und militärischen Schritte zur Beteiligung der deutschen Bundeswehr an

Angriffskriegen sind abgeschlossen. Gegen die 50. NATO-Tagung zu demonstrieren, ist bereits zu spät. Der blutigen Wirklichkeit jener »Weltinnenpolitik« etwas entgegen zu setzen, kann nur ein langfristiges Ziel sein. Die Heuchelei derer, die hier den ›regulären‹ Nationalismus pflegen und deren barbarischer Konsequenz in Ex-Jugoslawien scheinbar den Krieg erklären, wird uns noch lange begleiten. Um dagegen einen wirkungsvollen Widerstand zu entwickeln, existieren hier weder die Vorausetzungen, noch ein gemeinsames Selbstverständnis. Es wird einen langen Atem brauchen – und weit mehr als die tagtäglichen Bilder vom NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien.

Worauf es jetzt ankommt, ist die politische und moralische Legitimation für diesen NATO-Angriffskrieg zu stören, vielleicht sogar zu kippen. Wir können uns an kein (Wahl-)Versprechen erinnern, das die rotgrüne Regierung nicht (bereits) gebrochen hat. Mit einer einzigen Ausnahme: das über alle Parteigrenzen hinweg weisende Versprechen, »außenpolitische Kontinuität« zu wahren. Mit dem dritten Balkankrieg Deutschlands lösten die Koalitionspartner nicht nur ihr Versprechen ein, sie gaben dem bis dahin nebulös gebliebenen Wahlkampfslogan der SPD ein klares und unmißverständliches Ziel: »Wir sind bereit.« Dieser dritte Balkankrieg Deutschlands steht nicht nur in außenpolitischer Kontinuität, er ist zugleich ein Novum in der deutschen Geschichte: Mußte sich die SPD noch 1914 damit begnügen, Kriegskredite als parlamentarische Opposition mitzubewilligen, hatte die SPD 1939 keine Gelegenheit mehr, ihre nationale, vaterländische Gesinnung unter Beweis zu stellen, so kann sie nun zum ersten Mal selbst Krieg führen. Die SPD brauchte dafür über 100 Jahre, die Grünen/Bündnis 90 schafften es in knapp 20 Jahren. Auch wenn der Verrat an den eigenen Prinzipien (Gewaltfreiheit, NATO-Austritt, Rotation, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie) in einem rasenden Tempo vonstatten ging – es gibt noch einen beachtenswerten Teil grüner Parteimitglieder, die diesen Angriffskrieg ablehnen. Wenn es eine Chance gibt, die deutsche Beteiligung an diesem Krieg zu kippen, dann an diesem Punkt. Ein Ende der rot-grünen Kriegskoalition wäre ein wichtiger Schritt.

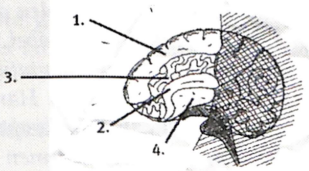
Am 13.5.1999 findet ein Sonderparteitag der Grünen statt. Wenn es gelänge, dort eine Konfrontation zu forcieren, die zum Ziel hat, der grünen Regierungsfraktion das Vertrauen zu entziehen, wäre der Bruch der rotgrünen Regierungskoalition möglich. Ganz real-politisch gesprochen: das ist zu schaffen. Wir wollen die Grünen – völlig illusionslos – weder vom Antiimperialismus, noch vom Antikapitalismus überzeugen. Um die grüne Regierungsfraktion an der Fortsetzung dieses Angriffskrieges zu hindern, reicht der Verweis auf das grüne Wahlkampfprogramm 1998:« Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.« Was für die grüne KriegstreiberInnenfraktion Geschwätz von gestern ist, muß auf diesem Sonderparteitag zum Ende rot-grüner Kriegspolitik beitragen.

autonome l.u.p.u.s. gruppe
am 29. NATO-Kriegstag 1999

Kontaktadresse:
Grün, Antikriegsplenum
c/o Exzeß, Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt
Telefon (Montag und Donnerstag um 20.00 h) und Fax: 069/77 46 70

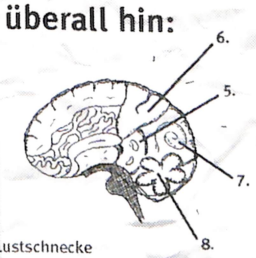
|1| vgl. hierzu Ex-Anit-NATO Gruppe Freiburg: »Der Osten bleibt rot. Vom Staatskapitalismus in die Barbarei. Texte zum Zusammenbruch des ›Sozialismus‹ und zum Krieg in Jugoslawien«, Freiburg 1993
|2| vgl. dazu einen längeren Text zum US-allierten Krieg gegen den Irak (1991) in autonome L.U.P.U.S.-Gruppe: »Geschichte, Rassismus und das Boot«, Berlin 1992, S. 57–84
|3| Michael Chossudovsky: »Wie Jugoslawien zerstört wurde«, o. O., o. J., S. 2
|4| Die Weltbank, zitiert nach M. Chossudovski: Bericht über die Entwicklung der Weltwirtschaft, 1991
|5| Snezana Bogavac, Korrespondentin der unabhängigen jugoslawischen Nachrichtenagentur Beta, in *FR* v. 1.4.99
|6| Uli Cremer: »Neue NATO – neue Kriege?«, Hamburg 1998, S. 42f.
|7| *FR* v. 10.4.99
|8| Michael Chossudovsky, a.a.O.
|9| *FR* v. 30.1.1992
|10| *FR* v. 6.4.99
|11| *FR*, Ostern 1999
|12| *FR* v. 25.3.99
|13| Norman Paech, Völker-und Verfassungsrechtler, in *FR* vom 26.3.99

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:



1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:



5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska
internationalistisch - feministisch - links - anders.
Probeheft bestellen: alaska, Bernhardstrasse 12, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34
Heft 225: Antirassismus II
Heft 226: Welt-Wirtschaft

Dieser Song gehört uns!

Interview mit Imran Ayata, Laura Mestre Vives und Vanessa Barth von »Kanak Attak«

Nicht erst die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft hat deutlich gemacht, daß diejenigen Positionen, die sich gegen die Unterwerfung von MigrantInnen unter die Hegemonialkultur und ihre Sortierung nach sozialen und politischen Kriterien wenden, gesellschaftlich marginalisiert sind. Insbesondere in der Opposition gegen die Unterschriftenkampagne der CDU/CSU war es kaum möglich klarzustellen, daß auch der ursprüngliche rot-grüne Gesetzentwurf innerhalb dieses dominanzkulturellen Mainstreams zu verorten ist.

Kanak Attak, ein Zusammenschluß von Leuten mit und ohne deutschen Paß, versucht dem rassistischen Mainstream, den staatlichen und anderen alltäglichen Rassismus mit einem Mix aus Politik, Theorie und künstlerischer Praxis etwas entgegenzusetzen. Das Manifest ***Kanak Attak und basta!*** *ist inhaltliche Plattform dieses Projekts. Attackiert werden auch traditionelle Formen der MigrantInnenpolitik, der Multikulturalismus und selbsternannte Ausländerfreunde. In dem Interview mit drei Kanak Attak-Leuten aus Frankfurt/M. werden diese Kritiken weiter ausdifferenziert. Deutlich wird dabei, daß es neben dem Lancieren von Themen und Argumentationen um das Ausloten neuer Formen des politischen Handelns geht. Relevante Bezugspunkte sind dabei nonkonformistische Praktiken und Sichtweisen von MigrantInnen selbst, denen u.a. eine Bühne gegeben werden soll.*

Die von Feridun Zaimoglu in dem Buch »Koppstoff« (Rotbuch) veröffentlichten Gesprächsprotokolle mit Migrantinnen können als ›Dokumente‹ einer solchen ›Neuen Haltung‹ gelesen werden. ***Kämpfen oder Klappe halten*** *ist darin nur eine Stimme zum Alltag in Deutschland.*

Red.

diskus: Was ist die Idee des Projektes und wie ist es entstanden?

Imran: Kanak Attak ist vor mittlerweile eineinhalb Jahren im Rahmen eines Urban Skill Festivals in Zürich entstanden. Irgendwo in den Bergen, nach ein paar Drinks und Gesprächen über Almanya, kam die Idee auf, ein Projekt zu realisieren, das Politik mit Pop-Elementen vereint, und zwar erstmals aus der Sicht von Migranten oder Kanaken, das heißt, ein Projekt, das sich mit den politischen Verhältnissen, dem Rassismus in Deutschland auseinandersetzt. Wir waren uns schnell einig, daß wir uns in Form und Inhalt von den vorhandenen Aktivitäten von Migranten unterscheiden wollten. Raus aus den Nischen und uns zugewiesenen Räumen, ran an die Öffentlichkeit. Wir wollten Themen pushen, die selbst in linken Zusammenhängen noch kaum diskutiert wurden.

Vanessa: Die Grundidee war die, mit einer Mischung aus Kultur und Politik eine Tour durch verschiedene deutsche Städte zu machen und im Vorfeld eine Maxi-CD zu veröffentlichen, mit einem Kanak Attak Song und verschiedenen Remixes. Mittlerweile ist die Touridee auch etwas konkretisiert worden, es soll eine Kanak History Revue geben, die aus der Perspektive von Migranten die Geschichte der Einwanderung nach Deutschland und des Rassismus erzählt. Uns geht es dabei vor allem um den Alltag von Migranten, ihre kulturellen Praxen und ihren Widerstand gegen den Rassismus. Diese Geschichte steht nirgends geschrieben.

Laura: Bei dieser Tour geht es darum, Mißtöne zu produzieren, den Dialog aufzukündigen, in dem es als unziemlich gilt, den Rassismus, der den Leuten massiv entgegenschlägt, beim Namen zu nennen. Das Ende der Dialogkultur eben.

diskus: Wer macht denn so mit bei Kanak Attak?

Vanessa:: Das sind mittlerweile um die fünfzig Leute aus verschiedenen Städten, die aus den unterschiedlichsten Bereichen kommen. Einerseits aus verschiedenen politischen Spektren, Ausländerbeiräte, Migrantengruppen, wie z.B. »die Unmündigen« aus Mannheim. Hier in Frankfurt machen einige ehemalige Beute-Redaktionsmitglieder mit. In Berlin gibt es eine personelle Anbindung an den Salon Oriental, eine Gruppe Transvestiten, die Edutainment-Shows machen und jeweils im Anschluß unter dem Motto Gayhane Oriental-Platten auflegen lassen und so weiter. Leute, die im weitesten Sinne antirassistische Arbeit machen.

Imran: Relativ unterschiedlich sind die Leute auch in bezug auf das, was sie so beruflich machen: Journalisten, Theaterleute, Filmemacherinnen, Theoriefraktion und so weiter.

Vanessa: Und es machen eben auch Deutsche mit. Es ist ganz maßgeblich für das Projekt – obwohl der Name einen anderen Eindruck erweckt –, daß Deutsche und Nicht-Deutsche zusammenarbeiten, so unscharf diese Begriffe dann auch immer sind.

Laura: Es sind auch Leute dabei wie ich, die sich lange Zeit in eine Identitätspolitik eingeschrieben haben und für die Kanak Attak nun die Alternative dazu ist. Kanak Attak ist auch ein Projekt, das versucht, aus den Fallstricken der Identitätspolitik zu lernen.

diskus: Wenn Ihr sagt, es soll ein breites Spektrum sein, was verbindet diese Leute, was ist der gemeinsame Nenner zwischen den verschiedenen Positionen?

Imran: Die Verbindung besteht einmal in der Abgrenzung zu den Formen der politischen Organisation, wie sie z.B. in der herkömmlichen Migrantenpolitik üblich sind. Damit meine ich in erster Linie eine an der Community orientierte Politik. Aber auch der Gestus, wie man auftritt, politisch agiert und künstlerisch aktiv ist, sollte eine neue Haltung zum Ausdruck bringen. Kein Jammern darüber, zwischen zwei Stühlen zu sitzen, keine Opfer-Nummer und keine Anbiederung an den Mainstream mit seiner Toleranz-Leier.

Vanessa: Verbindend war, glaube ich, einfach auch das Label. Mit dieser Provokation, dieser Rotzigkeit konnten viele spontan was anfangen, obwohl wir anfangs auch stundenlang über den Namen Kanak Attak diskutiert haben. Und ich glaube, daß diese Bezeichnung und die Haltung, die dahinter steckt, die Leute zum Teil über inhaltliche Differenzen hinweg zusammenhält.

Laura: Das Gute an diesem Namen ist auch, daß er klar die Konstruiertheit zum Ausdruck bringt, daß er sich nicht mit vermeintlicher Selbstbestimmtheit verwechseln läßt, weil er den Rassismus transportiert, aus dem man nicht einfach mit gutem Willen oder Begriffen rauskommt.

diskus: In Eurem Manifest grenzt Ihr Euch ja ziemlich stark gegen klassische Politikformen und damit von einer bestimmten Repräsentationspolitik ab: also klassische Gleichstellungspolitik und Lobbypolitik, sozusagen für Ausländer. Gleichzeitig sagt Ihr aber, daß es darum gehen soll, einer neuen Haltung eine Bühne zu geben. Das ist ja selbst eine Form der Repräsentationspolitik. Die Frage ist: Was macht diese neue Haltung aus, und wie bezieht Ihr Euch darauf politisch? Glaubt Ihr, daß diese Haltung vorfindlich ist und man sie nur organisieren oder politisieren muß, oder besteht der Anspruch, sie überhaupt erstmal herzustellen?

Imran: Beides. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, wo kulturelle Praxen und politische Äußerungen von Migranten erkennbarer sind, spielt dies in Deutschland kaum eine Rolle. Wer aber genauer hinschaut, merkt, daß es in letzter Zeit vor allem von jungen Migranten Versuche gibt, dies zu brechen. Besonders im Kulturapparat. Das hat eine neue Qualität. Hier finden sich Ansätze, die nicht in die Exoten- oder Authentizitätsschublade passen und sich auch nicht von dem Multi-Kulti-Blabla einverleiben lassen wollen. Meistens handelt es sich dabei um vereinzelte Bemühungen, die wiederum durchaus eine mobilisierende Funktion für andere haben. Ein Stück weit will Kanak Attak diesen Leuten und ihrer Arbeit eine neue Plattform geben und diesen Prozess stärken.

Vanessa: Die Herangehensweise ist die, daß es Sachen oder Leute gibt, die uns auffallen, und die sprechen wir dann an, mit dem Manifest, der Projekt-

Kanak-Attack und basta!

Ein Manifest gegen Mültikültüralizm, gegen demokratische und hybride Deutsche sowie konformistische Migranten

Kanak Attak ist ein Zusammenschluß von Leuten über die Grenzen zugeschriebener, quasi mit in die Wiege gelegter »Identitäten« hinweg. Kanak Attak fragt nicht nach dem Paß oder nach der Herkunft, sondern wendet sich gegen die Frage nach dem Paß und der Herkunft.

Unser gemeinsamer Nenner besteht darin, die Kanakisierung bestimmter Gruppen durch rassistische Zuschreibungen mit all ihren Folgen anzugreifen. Kanak Attak ist antinationalistisch, antirassistisch und lehnt jegliche Form von Identitätspolitiken ab, die sich etwa aus ethnologischen Zuschreibungen speisen.

Das Interventionsfeld von Kanak Attak reicht von der Kritik an den politisch-ökonomischen Herrschaftsverhältnissen und den kulturindustriellen Verwertungsmechanismen bis hin zu einer Auseinandersetzung mit Alltagsphänomenen in Almanya. Wir setzen uns für die Grund- und Menschenrechte ein, befürworten aber eine Haltung, die sich von dem Modell der Gleichheit absetzt und sich gegen die Unterwerfung durch eine hegemoniale Kultur richtet. Was richtig ist, muß in der jeweiligen Situation verhandelt und entschieden werden.

Seit Jahrzehnten existieren Vereine, die auf die politische Situation, Lebensverhältnisse und den Alltag von Nichtdeutschen hinwei-

idee und so weiter. Wer damit was anfangen kann, macht dann mit. Von daher verstehen wir uns nicht als Sprachrohr irgendeiner Haltung, wir vertreten selbst bestimmte Positionen und versuchen Dinge zu bündeln, die davon etwas in sich tragen.

diskus: Wen wollt Ihr mit Kanak Attak ansprechen? Die zweite Generation, Flüchtlinge oder einfach alle Nicht-Deutschen? Und an welche Öffentlichkeit richtet Ihr Euch?

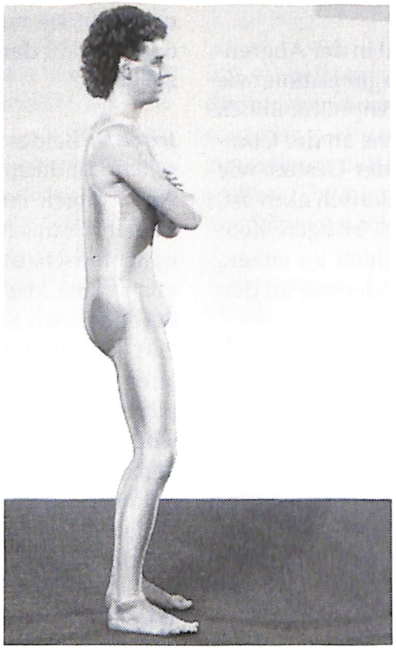
Imran: Den Paß oder die Herkunft wollen wir gerade nicht zum Kriterium machen. Trotzdem: Wenn wir Leute dafür gewinnen wollen mitzumachen, gibt es eine Sensibilität dafür, vor allem Migranten anzusprechen, Leute, für die Rassismus kein Seminarthema ist. Das halten wir politisch für wichtig und interessant, weil deren Perspektive nicht ausreichend präsent ist.

Vanessa: Ich würde sagen, die Intervention, auf die Kanak Attak aus ist, das Ende der Dialogkultur zu erklären, richtet sich klar an den Mainstream, den man aber oft an ganz unerwarteten Ecken wiederfindet, z. B. auf linken Veranstaltungen.

Und zu Eurer Frage, ob Flüchtlinge oder Zweite Generation: Kanak Attak versucht ja gerade, da keine Trennlinie zu ziehen und Lobbypolitik für die eine oder andere Gruppe zu machen, also diese Spaltung, die ja von der staatlichen Politik vollzogen und leider viel zu oft reproduziert wird, nicht mitzumachen.

diskus: Ihr arbeitet relativ stark mit popkulturellen Codes. Welche Verbindung seht Ihr zwischen Pop und der sogenannten MigrantInnenkultur?

Imran: Es ist schon typisch, daß bestimmte kulturelle Praktiken mit Migranten in Verbindung gebracht und andere als mit ihnen nicht kompatibel definiert werden. Ali und Svetlana machen eben nicht nur Rap. So einfach ist das im Grunde. Wenn ich vorhin von Bündeln und Plattform sprach, dann auch in dem Sinne, diese Heterogentiät abzubilden. Wir kommen bestimmt nicht mit einer türkischen Version von Public Enemy. Diese Vorurteile wollen wir gerade attackieren. Nur, daß diese popkulturellen Codes auch in der Politik in diesem Bereich angewandt werden sollen, ist sicherlich neu.



falsche Haltung 1

diskus: Wir wollten mal auf das Integrationsthema zu sprechen kommen. Das gegenwärtige Integrationsmodell heißt: Vollkommene Assimilation an die Mehrheitskultur. Andererseits funktioniert Rassismus auch über die Ethnifizierung von Differenzen. Im Manifest scheint Ihr Euch eher auf die Seite des Partikularismus zu stellen, insofern es vorrangig gegen den Integrationsanspruch im Sinne von Assimiliations- und Anpassungsdruck geht. Wie beurteilt Ihr dieses Spannungsverhältnis, sich einerseits von einem

sen. Kanak Attak macht keine Lobbypolitik, setzt sich von konformistischer Migrantenpolitik ab und will eine breite Öffentlichkeit ansprechen. Es ist Zeit, denen das Feld streitig zu machen, die über Deutschland lamentieren, Respekt und Toleranz einklagen, ohne die gesellschaftlichen und politischen Zustände beim Namen zu nennen. Wir wollen weder ihre Nischen, noch akzeptieren wir ihre Anmaßung, uns, also dich und mich, zu repräsentieren.

Das Ende der Dialogkultur

Obwohl Kanak Attak für viele nach Straße riecht, ist es kein Kind des Ghettos. So hätten es die Spürhunde der Kulturindustrie gerne, die auf der Suche nach authentischem und exotischem Menschenmaterial sind. Dazu paßt die Figur des jungen, zornigen Migranten, der sich von ganz unten nach oben auf die Sonnenseite der deutschen Gesellschaft boxt. Was für eine rührende Geschichte könnte da erzählt werden, wie sich Wut in produktives kulturelles und ökonomisches Kapital verwandelt: eine wahre Bereicherung für die deutsche Literatur und den heimischen Musikmarkt! Sie sollen nur kommen.

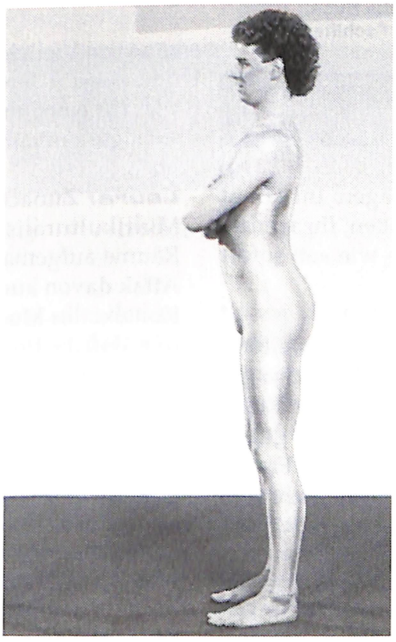
Kanak Attak grenzt sich gegen Veranstaltungen wie den »Tag des ausländischen Mitbürgers« ab, die den Dialog und das friedliche Zusammenleben zwischen Kanaken und der Mehrheitsgesellschaft fördern wollen. Kanak Attak ist kein Freund des Mültikültüralizm. Viele Befürworter hat dieses Modell aber ohnehin nicht mehr. Als ob es jemals über den Status kommunalpolitischer Experimente hinausgekommen wäre, reden Teile des Mainstreams inzwischen vom Scheitern der multikulturellen Gesellschaft. Da bleibt die Forderung nach Integration durch Assimilation und Unterwerfung nicht aus. Man selbst ist ja so offen, demokratisch, hybrid, ironisch. Aber die »anderen«! Sie sind verschlossen, traditionalistisch, sexistisch, humorlos und fanatisch – mit einem

Gleichheitsmodell abzugrenzen, andererseits auch Differenzpolitik zu kritisieren, die Differenzen ethnifiziert? Ist das nur der aktuellen politischen Konstellation geschuldet, daß Ihr Euch eher auf die Seite der Andersheit, des Nicht-Angepaßten stellt? Wie steht es mit der Gefahr, wiederum solche Differenzen zu produzieren, bzw. auf welche Differenzen bezieht man sich denn ganz praktisch?

Laura: Also dieses Moment der Differenz, das wir befürworten ist ja nicht nur eins, das ethnisiert werden kann, sondern auch ganz klar eine politische Differenz, eine Differenz zum Mainstream, oder auch gegen einen Konformismus. In diesem Land bist du ja schon nicht konform, wenn du mit dem Fahrrad gegen die Einbahnstraße fährst oder über Rot läufst. Das handelt dir auch schon irgendwelche blöden Bemerkungen ein. Dazu brauchst du ja nicht mal schwarze Haare zu haben. Also die Aggression, die du erfährst, wenn du dich nicht konform verhältst, ob ethnisiert oder nicht, ist einfach in Deutschland supermassiv. Wenn man eine Differenzhaltung stark macht, geht es auch darum, sich Freiräume zu schaffen im Sinne von: diesen gewalttätigen gesellschaftlichen Druck erträglicher zu machen.

diskus: Es impliziert ja eine Art von Souveränität, dieses Spiel der Abwehr oder Annahme von Ethnifizierungen überhaupt spielen zu können. Eine bestimmte Form von Assimilation ablehnen zu können, bedeutet auch, daß man eine bestimmte Subjektposition einnehmen kann. Daß man es sich, zugespitzt gesagt, auch erlauben können muß, nicht konform zu sein.

Vanessa: Naja, aber es geht ja nicht darum, diese Strategie zu verallgemeinern. Es ist doch so, daß Leute hierher kommen und sich gegen diverse Widrigkeiten selbstverständlich auch zur Wehr setzen und zwar auf die verschiedensten Weisen. Sie kämpfen gegen die Flut von ausländerrechtlichen Bestimmungen, die ihren Alltag reglementieren, sie bleiben nicht in ihren Sammelunterkünften, fälschen ihre Papiere oder werfen sie weg. Da gibt es eine ganze Menge.



falsche Haltung 2

diskus: Und das zu zeigen, soll ein wesentlicher Bestandteil der Kanak History Revue sein?

Vanessa: In gewissem Sinne, ja. Es gibt eine lange Geschichte des selbstorganisierten Widerstands und es gibt gute Gründe dafür, daß diese widerständigen Strategien nicht öffentlich werden. Jedes Schlupfloch, das bekannt wird, wird von den Behörden so schnell wie möglich gestopft, etwa mit neuen Verwaltungsvorschriften. Und natürlich haben auch die Unterstützervereinigungen meistens kein Interesse daran, daß diese Seite bekannt wird, denn nur ein wehrloses Opfer ist ein gutes Opfer, für das man eine gute Presse oder Spendengelder bekommt. Erfahrungsgemäß denken aber viele Migranten auch selbst

Wort: fundamentalistisch. Klar, was den Migranten vor allem fehlt, ist Toleranz. Und wer sich nicht eingliedern will, der hat im aufgeklärten Almanya nichts verloren. Aber das ist nur eine Variante des Rassismus in Deutschland. Die Durchsetzung von national befreiten Zonen im Osten der Republik geht einen Schritt weiter: Ausländerfrei soll das Land werden.

Enter the politics

Kanak Attak tritt gegen den Status »Ausländer« an, der auch bei partieller Gewährung von Bürgerrechten alles andere als unseren Vorstellungen entspricht. Ohne daß wir es für den Himmel auf Erden erachten, wenn alle Pässe oder das Wahlrecht bekommen, erscheint es uns als notwendige Voraussetzung, daß jeder wenigstens gleiche Rechte genießt. Kommt doch der Frage der Staatsbürgerschaft gerade in Anbetracht alltäglicher Fragen mitunter existentielle Bedeutung zu. Man denke nur an Abschiebungsschutz bei Drogengebrauch, Arbeitslosigkeit oder unliebsamer politischer Betätigung. Eine juristische Gleichheit aller würde es erleichtern, über ökonomische Ursachen sozialer Ungleichheit nachzudenken und diese zu bekämpfen.

Seit der letzten Bundestagswahl zeichnet sich eine neue Konstellation ab. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbügerschaft weicht zum ersten Mal seit dem Faschismus das Blutsprinzip auf, die vermeintlich schicksalhafte Verbundenheit mit dem Staatsvolk durch Geburt, zum großen Ärger von Konservativen, Rassisten und Rechten. Doch die Privilegierung von bestimmten Einwanderern geht einher mit dem Ausschluß anderer. Das Abwinken von Rot- Grün, was die Frage der Einwanderung und des Asyls betrifft, die fortgesetzte Praxis, Illegalisierte als Kriminelle abzustempeln, wie die Abschiebung unliebsamer Menschen per Ausländergesetz sprechen eine deutliche Sprache. Das alles zielt auf eine Spaltung zwischen geneh-

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 10.00 - 19.30 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

so. Wir finden aber, es ist wichtig zu sagen: Ihr könnt Euch noch so viele Regelungen ausdenken, Ihr werdet es trotzdem nie schaffen, eine Maxime wie »ab sofort Null Einwanderung« durchzusetzen!

Laura: Und wir wollen das Feld für das erweitern, was als politisch gilt. Nach dem Motto: Die sind ja gar nicht politisch, die wehren sich doch nur gegen Regelungen, die ihren Alltag einschnüren oder gegen Erniedrigungen, wie es mal ein Autonomer aus Frankfurt bezogen auf Jugendliche aus der Ahornstraße ausdrückte. Uns geht es um einen Politikbegriff, der sich am Alltäglichen orientiert, ohne die Definitionsmacht über das, was traditionell als politisch wahrgenommen und normativ als politisch gewertet wird, unkritisch auszuüben. Ich meine die sogenannten Unpolitischen sollen auch unpolitisch bleiben dürfen, und trotzdem sollen sie ernst genommen werden.

diskus: Ist das im Kontext der Kritik an Repräsentations- und Lobbypolitik zu verstehen, die auch in dem Manifest formuliert wird? Nicht bestimmte Interessen zu definieren, die den Leuten zugeschrieben werden, um diese dann politisch zu artikulieren, sondern eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Mainstream zu führen, was ist selbstverständlich und common sense und was nicht?

Vanessa: Ja klar. Mich rief eine Hamburger Journalistin an, die das Manifest gelesen hatte und was über Kanak Attak schreiben wollte. Sie wollte dies und das wissen und plötzlich fragte sie: Sag mal, wollt Ihr eigentlich Krieg? Das ist beispielhaft für die Haltungen, mit denen man da konfrontiert ist.

diskus: Vielleicht könnt Ihr noch präzisieren, warum und wie Ihr Euch vom Multikulturalismus abgrenzt. Was für eine Funktion hat diese Abgrenzung, und wie sieht eure inhaltliche Kritik daran aus?

Laura: Zunächst einmal muß man sagen, daß der Multikulturalismus oder der Diskurs darum auch Räume aufgemacht und erweitert hat und daß Kanak Attak davon auch profitiert. Zum Beispiel ist diese im Kontext des Multikulturalismus entstandene Perspektive, daß die Präsenz »anderer« oder »fremder« Kulturen eine Bereicherung darstellt, einerseits ganz in Ordnung, weil es eine Art Einschreibung ist in dem Sinne: Es sind nicht alle gleich, und das ist auch gut und richtig so. Aber andererseits ist das ja nichts, was die gesellschaftlichen Dominanzverhältnisse, die Verteilung von Definitionsmacht angreifen oder essentiell verändern würde. Also keine Bearbeitung der Frage, wer hier wen zu was definiert.

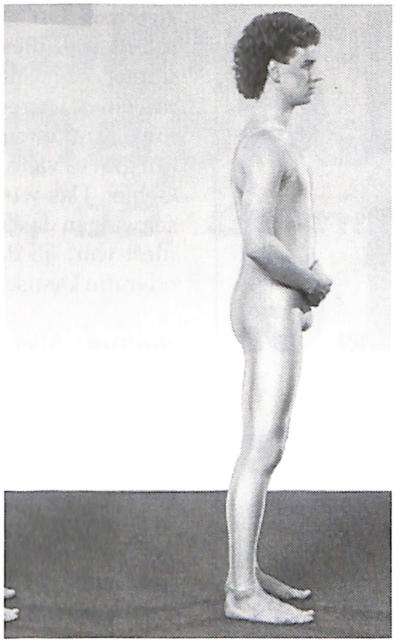
Imran: Das MultiKulti-Projekt hat politisch in Deutschland nicht die Bedeutung erhalten, wie es seine Promoter vielleicht gerne gehabt hätten. Trotzdem ist

men, geduldeten und unerwünschten Gruppen.
Die Liste der Gängelungen ist lang. Ob sie in Form von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften oder als ethnologische Gesichtskontrollen in Fußgängerzonen oder Bahnhöfen daherkommen, sie stehlen den Leuten Raum und Zeit. Von Angriffen auf Leib und Leben als solche erkennbarer Kanaken, die im einheimischen Dschungel an der Tagesordnung sind, einmal ganz zu schweigen. Die sind aber nicht nur das Geschäft des teutonischen Faustrechts, sondern auch der staatlichen Asyl- und Abschiebepraxis, die man getrost eine Anhäufung von Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten nennen kann.

Gegen zeitgenössische Gewissheiten

Der Rassismus artikuliert sich auch in Deutschland aktuell vor allem in kulturalistischer Ausprägung: Der Islam dient als eine Projektionsfläche für unterschiedliche Rassismen. Dabei geht es nicht zuletzt um das Phantasma der Unterwanderung durch fremde Mächte. Für uns kommt der Islam nicht als homogene Ideologie daher. Mit der alltäglichen Religionsausübung hat der organisierte politische Islam, den wir gänzlich ablehnen, wenig zu tun. Im Kopftuch- Diskurs verdichten sich die Zuschreibungen. An diesem Punkt entdeckten sogar reaktionäre Politiker ihr Herz für die unterdrückte Frau, solange man ihre Unterdrückung dem ach so rückständigen Islam in die Schuhe schieben kann.
Eine andere rassistische Denkfigur, die es zu attackieren gilt, ist die Vorstellung, daß die Zusammensetzung von Bevölkerungen nicht dem Zufall überlassen, sondern reguliert werden muß. Wer ein Verständnis dafür zeigt, daß auch andere gerne selbst entscheiden, wo und wie sie leben wollen, wird von Wohlmeinenden auf den Problemdruck hingewiesen, den die

die Idee nicht zu unterschätzen. Sie bot einigen Migranten und Migrantinnen die Option, sich in die hegemonialen politischen Strukturen zu integrieren, die eigenen Spielräume zu vergrößern oder auch neue Ressourcen zu erschließen. Mit dem Aufkommen des Multikulturalismus haben viele Migranten ihre politischen Aktivitäten auch neu strukturiert. Viele, die sich vorher mit der politischen Situation in ihren Herkunftsländern beschäftigten, konzentrierten sich, nun eher kulturalistisch argumentierend, auf ihre Situation in Deutschland. Hier hat die Popularisierung von Multikulturalismus eine wichtige Rolle gespielt.



richtige Haltung

diskus: Wie schätzt Ihr die Auseinandersetzung um das Thema Doppelte Staatsbürgerschaft ein? Was ist Eure Position dazu?

Laura: Unsere Position ist, kurz gesagt, die, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, daß man die deutsche Staatsbürgerschaft bekommt, wenn man hier lebt, und daß das nichts ist, was man sich erkämpfen oder anderen begründen müssen sollte, sondern ein Grundrecht. Noch besser wäre die Entkoppelung von Staatsbürgerschaft und Nationalität. Dann wären die Deutschen nur noch einige von vielen.

Wobei sich natürlich mit der deutschen Staatsbürgerschaft das Problem des Rassismus noch nicht erledigt hat. Mit dem Paß bekommst du erst mal auch ein Werkzeug.

Diese Sichtweise unterscheidet sich sowohl von dem rot-grünen Modell, daß der Paß am Anfang eines Integrationsprozesses stehen müsste, als auch von dem konservativen Modell, wonach erst die Integration und dann der Paß kommen müsse.

Imran: Darüber hinaus bringt die Staatsbürgerschaft Leuten eine politische Absicherung, Schutz vor Abschiebung, Anspruch auf Sozialhilfe, kurz ein Stück Lebensqualität.

Anderseits kennt man ja die hiesige ausländerrechtliche Praxis, und da steht zu befürchten, daß aus einem solchen Gesetz ganz schnell ein Instrument wird, um zu selektieren, wer in den Club Deutschland rein darf und wer nicht. Wer ökonomisch, politisch und kulturell kompatibel ist.

Vanessa: Absurd an den Auseinandersetzungen um die Kampagne war auch, daß man in die Position gedrängt wurde, die CDU in dieser Frage besonders Scheiße zu finden, wo doch auch der Gesetzesentwurf von Otto Schily eine Katastrophe, in manchen Punkten sogar eine Verschlechterung im Vergleich zum Status quo war.

Laura: Ein ganz starkes Motiv in dieser Debatte war ja die Haltung vieler Deutscher, nicht zu kurz kommen, keinen Nachteil gegenüber den Migranten haben zu wollen. Das ist ein auffälliges Muster, das mir sehr oft begegnet. Zum Beispiel gehen Leute sehr mißtrauisch damit um, daß ich fließend Deutsch spreche, aber noch eine andere Sprache und einen anderen Zugang habe.

unkontrollierte Einwanderung zur Folge habe. Ein »Zuviel« von den einen und ein »Zuwenig« von den anderen sorge im besten Fall für schlechte Stimmung. Wir fordern nicht die Ausdehnung der staatsbürgerlichen und anderer Privilegien auf eine zusätzliche Gruppe, sondern stellen die Regelung des »Drinnen« und »Draußen«, die Hierarchisierung der Lebensmöglichkeiten durch Rassismus als solche in Frage.

Repräzent? Repräzent!

Kanak Attak bietet eine Plattform für Kanaken aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, denen die alte Leier vom Leben zwischen zwei Stühlen zum Hals raushängt und die den Quatsch vom lässigen Zappen zwischen den Kulturen für windigen, postmodernen Kram halten. Kanak Attak will die Zuweisung von ethnischen Identitäten, das »Wir« und »Die« durchbrechen. Und weil Kanak Attak eine Frage der Haltung und nicht der Herkunft oder der Papiere ist, sind auch Nichtmigranten und Deutsche der n2-Generation mit bei der Sache.

Aber die bestehende Hierarchie von gesellschaftlichen Existenzweisen und Subjektpositionen läßt sich nicht spielerisch überspringen. Es sind eben nicht alle Konstruktionen gleich. Damit bewegt sich das Projekt in einem Strudel von nicht auflösbaren Widersprüchen, was das Verhältnis von Repräsentation, Differenz und die Zuschreibung ethnischer Identitäten angeht.

Wir treten an, eine neue Haltung von Kanaken aller Generationen auf die Bühne zu bringen, eigenständig, ohne Anbiederung und Konformismus. Wir greifen auf einen Mix aus Theorie, Politik und künstlerischer Praxis zurück. Dieser Song gehört uns.

Es geht ab. Kanak Attak!

November 1998

Jungle World

Die linke Wochenzeitung. Immer mittwochs.

»Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz): Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), aber auch »jeune et drôle« (Courrier International, Paris), hat »blattmacherische Stringenz und konzeptuelle Eleganz« (Diedrich Diederichsen, Spex). Eben ein »Trip für Leute, die kein Wochenende brauchen« (Zitty, Berlin). Alles in allem also »hip links und antideutsch« (Unique, Wien).

Probe-Abo

☐ **Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.**

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

diskus

Jungle World · Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

Imran: Ein wichtiger Punkt für uns ist auch, zu sagen, daß dieser Gesetzentwurf, wie schlecht auch immer, kein Gnadenakt von Rot-Grün, sondern Ergebnis eines langen politischen Prozesses war, an dem viele Migranten mitgewirkt haben. Seit den 80er Jahren gibt es viele Aktivitäten von Migranten auf diesem Gebiet. Das wurde völlig ausgeblendet. Mal ganz zu schweigen davon, daß die Debatte völlig davon dominiert war, ob das gut oder schlecht für Deutschland oder die Deutschen wäre.

diskus: Aber es ist ja vielleicht nicht unproblematisch, einerseits auf der Beschreibungsebene angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sehen zu müssen, daß solche Rechte alles andere als eine Selbstverständlichkeit sind, aber andererseits, vielleicht auch aus dem Unmut heraus, dafür noch argumentieren zu müssen, zu sagen, es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Denn die Frage ist genau, wie das Verhältnis zwischen der Festlegung, daß das nicht selbstverständlich ist und dem Modus, das zum common sense machen zu wollen, aussieht. Was ihr kritisiert, ist ja diese ewige Begründungsstrategie, das sei gut für Deutschland, zumindest auf keinen Fall ein Schaden und so weiter. Wie kann man diese Selbstverständlichkeit, von der Ihr sprecht, über die einfache, wiederholte Proklamation hinaus, wirklich herstellen?

Imran: Das ist nicht einfach. Welche gesellschaftliche Bedeutung und Kraft haben wir schon?

Kanak Attak ist ein Angebot, und wir werden sehen, ob wir Verbündete finden. Daß Leute vor allem aus der Migrantenpolitik uns mitunter zu aggressiv finden und Aleman-Berufslinke uns Ethnopolitik vorwerfen, hält uns nicht auf. Letztlich haben wir Lust, Politik zu machen. Wir wissen, daß wir nicht von Null, sondern von minus Zehn starten.

diskus: Was soll in Zukunft bei Euch passieren?

Laura: Zunächst gibt es eine Filmreihe, *Kanak Attak.film*, in Berlin. In diesem Rahmen werden wir auch eine Veranstaltung mit Mogniss H Abdallah von IM'Média aus Paris machen, wo wir seinen Film »Douce France« zeigen und eine Diskussion über antirassistische Politik in Frankreich und Deutschland führen wollen, zusammen mit Leuten von MIB (Mouvement des Immigrés et des Banlieues) jenseits der Sans Papiers-Romantik, die hierzulande ausbricht, sobald in diesem Zusammenhang von Frankreich die Rede ist.

Vanessa: Also erstmal steht die Recherche für die Kanak History Revue an und die Proben, die Dramaturgie, die Planung und Organisation und so weiter. Musiker, die unser Projekt unterstützen, haben in Heidelberg und Hamburg einen Song aufgenommen, der demnächst veröffentlicht werden soll.

Das Interview führten
Serhat Karakayalı und Uli Spenkoch

Kämpfen oder Klappe halten

Mihriban, 30, Gemüseverkäuferin

Nach einem kleinen Zwischenfall im Laden, wobei ein deutscher Kunde sie beschuldigte, Ware von minderer Qualität zu verkaufen, kamen wir ins Gespräch.

Ich bin in dieser Stadt geboren, hier aufgewachsen, habe hier geheiratet, arbeite hier und ziehe meine Kinder hier groß. Eigentlich sollte ich mich hier zu Hause fühlen. Tu ich aber nicht richtig. Ich wollte auch nie in der Türkei leben. Ich weine nicht herum, daß ich keine Heimat habe wie so viele andere. Ich finde das lächerlich. Ich mag es nicht, wenn die Leute herumheulen, weil sie etwas nicht haben. Entweder muß man es sich beschaffen, oder man findet sich damit ab, daß man es nicht hat, und hält die Klappe.

Ich kann dieses Verhalten nachvollziehen. Schließlich habe ich auch mal so ähnlich gedacht. Das sage ich nicht nur so, damit ich als die Schlaue dastehe, die zu einer Einsicht gelangt ist.

Ich habe mich oft gefragt, warum ich mich hier nicht richtig zu Hause fühle. Ich schaute mir die Türken in der Türkei an. Es geht ihnen gut. Sie wissen, wo sie hingehören, und sie verbindet eine Zugehörigkeit. Sie können sagen: »Wir gehören hierher«. Wenn sie das sagen, guckt keiner blöd und widerspricht ihnen. Warum auch? Sie sehen alle irgendwie türkisch aus, falls es so etwas gibt. Da sagt einer, er lebt schon lange in der Türkei, er spricht türkisch, hat einen türkischen Paß und behauptet, er sei Türke, dann wird das auch stimmen. Zumindest fragt auch keiner so genau nach. In Deutschland ist es ähnlich mit den Deutschen: Da sieht einer einigermaßen deutsch aus, spricht ganz gut deutsch, verhält sich auch einigermaßen deutsch und hat einen deutschen Paß, dann gibt es auch hier keine Probleme. Es wird interessant, wenn jemand zwar hier geboren und aufgewachsen ist und Deutsch spricht, aber gar nicht aussieht wie ein Deutscher und sich gar nicht so verhält wie einer, aber trotzdem behauptet, er wäre Deutscher: Dann kann er seinen deutschen Paß noch so hochhalten. Ihm glaubt keiner so richtig, und alle gucken ein bißchen blöd, egal, ob sie das gut finden oder nicht.

Wenn Sie in einem Haus dafür sorgen, daß der Kühlschrank voll ist, immer schön Lebensmittel anschaffen, aber wenn es dann darum geht, den Kühlschrank zu öffnen und sich etwas zu essen herauszuholen, blöd angeglotzt werden, können Sie sich da zu Hause fühlen? So fühle ich mich hier. Aber ich jammere nicht.

Vor Jahren habe ich mir gewünscht, meine Eltern wären nie hergekommen. Dann wäre ich jetzt in der

Türkei und wäre bei »meinen Leuten«. Jetzt sind es natürlich nicht »meine Leute«, aber sie wären es, wenn ich immer dort gewesen wäre. Diese Möglichkeit hätte sich nur in der Türkei ergeben, denn nur, wenn jemand immer in dem Land bleibt, dessen Kultur er übernimmt, dessen Sprache er spricht und dessen Menschen er ähnlich sieht, hat er eine Heimat. Aber wer hat heutzutage eine Heimat? Das ist ein altmodisches Wort.

Jeden hat es von einem Ort zum anderen verschlagen. Sogar die Deutschen wandern aus. Da sagt keiner »Wirtschaftsflüchtling«. Sie wandern aus weit luxuriöseren Gründen aus als andere. Was weiß ich, weil das Wetter hier so schlecht ist oder weil die Menschen hier so unfreundlich sind. Wenn jemand aus solchen niederen Gründen auswandert, ist er »Edelmigrant«. Wenn jemand um seine Existenz kämpft, dann ist er »Wirtschaftsflüchtling« oder hungriger Schmarotzer.

Heute brauche ich keine Heimat. Ich habe mich davon befreit. Was machen die Leute, die eine Heimat haben? Geht es ihnen besser? Ich sehe, daß das im Leben eines Menschen nur die Bedeutung hat, die man ihm gibt. Ich gebe einfach nichts mehr darum, Schluß aus! Ich verschwende meine Kraft nicht damit, um etwas zu trauern, was ich nie hätte haben können.

Ich habe wahrscheinlich Glück gehabt. Ich habe vier weitere Geschwister, ich bin die jüngste und die einzige, die hier geboren ist. Ich wurde, glaube ich, etwas verwöhnt. Meine Eltern ließen mir mehr durchgehen als meinen anderen Geschwistern. Ich hatte auch immer meinen eigenen Kopf. Das war manchmal gut, aber manchmal auch schlecht.

Ich habe die Realschule beendet und eine Lehre als Einzelhandelskauffrau gemacht. Nichts Besonderes, aber hier wird darauf geachtet, ob jemand eine Lehre hat oder nicht. Hauptsache, man kann irgend etwas nachweisen. Wenn man mitmachen möchte, muß man die Spielregeln kennen. Sonst schmollt man in der Ecke.

Ich sehe das als Aufrüstung. Alles an Wissen kann nützlich sein. Nicht umsonst heißt es »Wissen ist Macht«. Ich gucke immer deutsche und türkische Nachrichten oder Dokumentationen. Ich möchte wissen, wie es in der Welt aussieht. Ich möchte mitreden können, wenn es darauf ankommt. Meine Familie macht manchmal Witze mit mir. Sie nennt mich »Frau Professorin«. Aber ich glaube, daß die es gut finden, wie ich mich damit beschäftige. Ich will nicht von anderen etwas dafür bekommen. Das mache ich nur für mich und meine Kinder.

In dieser Gegend wohnen fast nur Türken. Der Gemüseladen gehört meinen Eltern. Meine älteren Geschwister hatten alle schon eine Arbeit, als mein Vater zu alt zum Arbeiten wurde. Da habe ich den Laden mit meinem Mann übernommen. Die Geschäfte laufen gut. Gemüse braucht jeder. Wir verkaufen nichts anderes, und hier ist alles frisch. Deswegen kaufen auch viele Deutsche bei uns ein. Die älteren fühlen sich wie in alten Zeiten, als es keine Supermärkte gab. Sie kommen und bleiben länger als nötig. Sie erzählen Geschichten und fragen nach Rezepten. Wahrscheinlich leben sie allein und langweilen sich. Allah kimseyi bu hale düsürmesin. Gott soll niemanden in diese Lage bringen. Manchmal habe ich nicht soviel Zeit. Dann sage ich meinen Kindern, sie sollen sich um die Leute kümmern. Ältere Menschen sind wichtig in jedermanns Leben. So wie sie sich einst um uns kümmerten, so müssen wir uns um sie kümmern, und so soll es uns später auch ergehen.

Es gibt auch jüngere Deutsche, die herkommen und im Laden verweilen. Ich habe am Anfang nicht verstanden, warum sie uns beobachteten. Ich dachte anfangs, sie kämen, um uns zu kontrollieren, ob wir alles richtig machen. Ich hatte dann besonders darauf geachtet, daß alles sauber und aufgeräumt war. Aber sie waren nicht zum Kontrollieren da. Sie wollten sehen, wie wir leben, wie wir sind.

Es ist schon komisch mit den Deutschen. Sie kommen und beobachten stundenlang, aber wenn man sie anredet, dann laufen sie ganz schnell raus. Ich habe das nie verstanden, bis ich mich gefragt habe, warum sie ausgerechnet hierherkommen und uns beobachten, manchmal zu zweit, manchmal auch allein: Wir sind für sie eine Abwechslung. Es ist wie Fernsehen für sie. Jetzt überleg dir mal, dein Fernseher redet mit dir. Spaß beiseite, ich glaube wirklich, daß wir für diese Leute eine Art Unterhaltung sind. Für uns ist es normal, wie wir sind. Aber für sie ist es so interessant, wie wir Tee kochen oder aus welchen Gläsern wir Tee trinken, wie wir miteinander reden, wie wir uns verhalten. Alles ist neu. Vielleicht wie Urlaub. Nur ein paar Meter von ihrem Haus entfernt gibt es eine andere Welt. Ich glaube nicht, daß sie dazugehören wollen. Dafür ist es vielleicht zu anders.

Es gibt auch welche, die trinken einen Tee mit uns. Sie reden mit den Kindern und stellen ihnen Fragen. Sie wollen etwas Neues entdecken.

Meine Kinder sind hier geboren und hier aufgewachsen. Sie gehen in eine deutsche Schule, sie sprechen besser Deutsch als Türkisch. Aber trotzdem suchen diese Leute nach einem Unterschied. Das wollen sie dann weitererzählen, von wegen »ich hab mit einem türkischen Kind gesprochen, und das war so anders; ich habe dies und das entdeckt«.

Von jedem von uns wird eine Abenteuergeschichte erwartet. Wie jeder in dieser Gesellschaft haben auch wir bestimmte Funktionen und Eigenschaften, und zwar als ein Ganzes. Zu unseren Eigenschaften gehört eben auch, daß wir interessante Geschichten über unser Leben erzählen können. Letztens wurde ich gefragt, ob wir hierher geflohen seien. Da war jemand ganz scharf auf eine Fluchtgeschichte, wie sie im Bilderbuch steht. Ist ja in jetzt, wo alle von der Flucht aus der Türkei reden. »Nein« habe ich gesagt, »wir sind weder geflohen, noch haben wir in der Türkei gehungert. Wir sind schlicht und einfach eingewandert.« Das ist die Wahrheit, und alle müssen diese Wahrheit akzeptieren. Es gibt hier viele Ausländer, die Geschichten erzählen können, daß einem ganz anders dabei wird. Aber es gibt mindestens genauso viele, die hier leben, ganz normal. Sie haben nichts Außerordentliches zu berichten, und ihr Lebenslauf liest sich wie der eines Deutschen, nur der Name ist nicht deutsch und vielleicht das Gesicht. Das soll aber nicht heißen, daß wir wie die Deutschen sind.

Man kann es nehmen, wie man will: Wir werden nie ein Teil der deutschen oder der türkischen Gesellschaft sein. Für uns ist nichts vorbereitet. Wir müssen um alles kämpfen, was wir haben wollen: um Aufenthalt, um Sprache, um Bildung, um Staatsbürgerschaft, um Respekt, um alles. Und wollen wir eine Heimat, dann müssen wir sogar darum kämpfen. Es bringt nichts, die Leute zu beneiden, die alles in die Wiege gelegt bekommen haben. Man hat ja nicht mehr Geld, weil man die Reichen beneidet. Kämpfen oder Klappe halten. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.

Feridun Zaimoglu

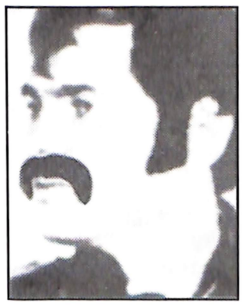
Entnommen aus »Koppstoff«. Wir danken dem Rotbuch Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.

StaatsVolks-Bürgerschaft

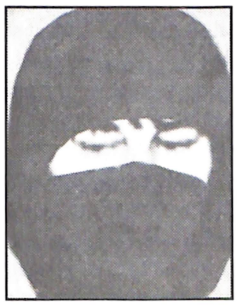
Anmerkungen zu Staatsbürgerschaft, Nationalstaat und ›Fremde‹

Am 16.11.98 zitierte die *FR* den neuen Innenminister Otto Schily mit der Aussage: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten«, und die *FAZ* vom 3.1.99 titelte: »Stoiber: Rot-grüne Ausländerpolitik – gefährlicher als RAF-Terrorismus«. Stoibers Aussage läßt zwei Lesarten zu, die beide miteinander verknüpft sind. Zum einen kann damit der ›Import von Terroristen‹ qua Einbürgerung gemeint sein, zum anderen kann es sich um eine Anknüpfung an den Rassediskurs handeln: ›Wir‹, ›die Deutschen‹, ›das deutsche Volk‹ werden ›rassisch‹ unterwandert oder, wie Stoiber vor einigen Jahren explizit formuliert: »durchmischt und durchrasst«.

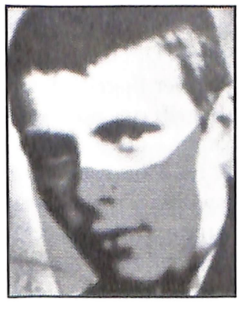
Beide knüpfen an den Topos der »Gefahr« (›terroristische Anschläge‹ und ›innere Auflösung‹, ›Belastungsgrenze‹) an, der politisch handlungsanweisend wirkt: Es muß etwas getan werden – ›das Volk‹ ist auf die eine oder andere Art bedroht. Auf die diskursive Logik dieser Aussage soll im Folgenden eingegangen werden, wobei die Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft (= SBS) als diskursives Ereignis den Ausgangspunkt bildet, um systematisch und historisch den Zusammenhang von Staat, Identität, Nation, Souveränität und Mehr-/Minderheit zu beleuchten.



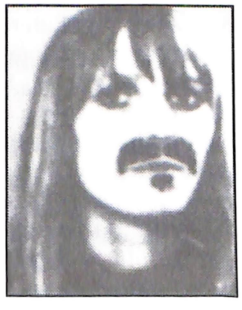
Ündrüs Badüzür –
Vorsicht Doppelpaß!



Ylroika Ainovska –
Vorsicht Doppelpaß!



Jacky Caraspovic –
Vorsicht Doppelpaß!



Ud El Sliño –
Vorsicht Doppelpaß!

Dabei zeigt sich, daß – unabhängig von ›ius soli‹ und ›ius sanguinis‹ – in den jeweiligen Verfassungen (Deutschland, Frankreich, USA) die Konstruktion ›Volk‹ als homogen und einer staatlich-politischen Organisation von Gesellschaft vorausgesetzten ethnischen Gemeinschaft festgeschrieben ist (Behr 1998). Historisch betrachtet vollzog sich ein semantischer Wandel in der Form, daß der Begriff Volk wie auch Nation, die ursprünglich die Bezeichnungen für den dritten Stand zur Zeit der Französischen Revolution darstellten, ethnisch transformiert wurden.

Ursprünglich handelte es sich also um einen politischen Begriff des Volkes, der *gegen* die Souveränität der Fürsten entwickelt wurde (Vgl. Heckmann 1992, 70). Eine ähnliche Diskursverschiebung hat auch der Begriff der Volkssouveränität erfahren (Vgl. Preuß 1994, 49).

Die semantische Doppelbesetzung des Volksbegriffs, die historisch mit dem politischen Romantizismus des deutschen ethnisch geprägten Nationalismus entstand, spiegelt sich systematisch im Staatsbürgerschaftsbegriff wider, der den Diskurs über universale Menschenrechte immer partikularistisch-national gebrochen hat. In diesem Kontext transportierte die SBS-Debatte das völkisch-ethnische Substrat in der einen wie der anderen Variante (doppelte SBS), da die Funktion einer nationalen Staatsbürgerschaft, die von einem homogenen Volk ausgeht, an sich unangetastet blieb.

Unter Bezugnahme auf Carl Schmitt, Zygmunt Baumann und Michel Foucault kann das heterogene Diskursfeld mit seinen semantisch-historischen Aufladungen aufgezeigt werden, innerhalb dessen die SBS und die Debatte um sie eine spezifische Funktion hat (Reaktualisierung von Topoi wie nationale Volkssouveränität, Definitions- und Verfügungsrechte gegenüber ›den Fremden‹ usw.).

Von »Alpen-Ayatollahs« und »Durchrassung«

Der Begriff »Alpen-Ayatollah«, den der *Stern* (14.1.99) für Stoiber kreierte, diente zur Kennzeichnung der ›rassisch-fundamentalistischen‹ Position, aus der sich dann die Gegenposition eines fortschrittlich und ›ethnisch-offenen‹ Verständnisses von doppelter Staatsbürgerschaft quasi automatisch ergab. Doch keine der

Parteien stellte das Staatsbürgerschaftsverständnis an sich in Frage. Die Konstruktion des Volkes als homogene Einheit vor jeder Staatlichkeit spiegelt sich in dem Verfassungsgrundsatz Art. 20 II Satz 1 GG wider: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«. Mit dem Verweis darauf wurde beispielsweise vom Bundesverfassungsgericht das sogenannte kommunale Ausländerwahlrecht abgeschmettert, und insofern geht das ethnisch-völkische Substrat in die politisch-juristische Entscheidungspraxis mit ein. So hieß es in der Begründung 1990: »Es trifft nicht zu, daß wegen der erheblichen Zunahme des Anteils der Ausländer an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebiets der verfassungsrechtliche Begriff des Volkes einen Bedeutungswandel erfahren habe«. Auch die Tatsache, daß es sich um eine politische Bestimmung von SBS als »Inhaber demokratisch politischer Rechte« handelt, hat das BVG nicht an der Aussage gehindert, es gebe das »Junktim zwischen der Eigenschaft als Deutscher und der Zugehörigkeit zum Staatsvolk als dem Inhaber der Staatsgewalt« (in: Bielefeld 1992, 124). Bielefeld spricht hier von »impliziter Definition des ›Deutschen‹ als einer ethnischen Gemeinsamkeit« und bewertet dies lediglich als Schwachstelle. Ein genauerer Blick zeigt hingegen, daß diese implizite Definition ein strukturelles Element der Verfassung bzw. des GG ausmacht, das in konstruierten Krisen und ›Gefahrensituationen‹ (›rassische Unterwanderung‹, ›Souveränitätsverlust‹) eine nachhaltige diskursive Wirkung in der politischen Praxis in Form von ›Massenmobilisierung‹ entfalten kann, wie bei der Unterschriftenaktion der CDU/CSU in diesem Frühjahr.

Im Staatsbürgerschaftsrecht ist historisch die Spannung zwischen einem vorstaatlichen souveränen Volkswillen, der sich bis Rousseau zurückverfolgen läßt, und dem ›souveränen Staat‹ als Herrschaftsmaschine, der notfalls mit Gewalt seine BürgerInnen zur Raison bringt, eingelagert. Dieses spannungsreiche Verhältnis eines ›natürlichen volonté generale‹, der Rousseausche Begriff für ›Gemeinwille‹ als »ideelles moralisches Wesen« (Neumann 1995, 19), und einem ›starken Staat‹ mit autoritär-repressiver ›Konfliktregulation‹ (Innere Sicherheit, Grenzschutz, organisierte Kriminalität) stellen auch in Zukunft die beiden Eckpfeiler staatlicher Souveränität dar, die den Staat in Zeiten von neoliberaler-ökonomischer Globalisierung und nationalstaatlicher Deregulierung unabdingbar machen.

Das souveräne Volk und seine Feinde (Schmitt)

Bezüglich der Konstruktion eines ›souveränen Volks‹ weist Behr auf den Doppelcharakter des Volksbegriffs hin: »Neben dem staatsbürgerlichen Volksbegriff existiert ein unpolitischer (...) ethnischer Volksbegriff« (Behr 1998, 39), aus dem sich qua Verfassung die Souveränität herleitet. Eine ähnliche Verschränkung von politisch-aufklärerischen Momenten mit Vorpolitisch-Mythischem findet sich im Begriff des Staatsvolks, der »religiös aufgeladen ist, soweit er als ›ursprüngliche Herrschermacht‹ (G. Jellinek) in der Tradition des Souveränitätbegriffs der deutschen Staatslehre verstanden wird. Denn ›ursprüngliche‹, d.h. nicht abgeleitete Macht gibt es in der Theologie als eine Eigenschaft Gottes« (Oyen, 1999), weshalb durchaus von einer Metaphysik des Deutschtums im religiösen Sinn, ähnlich wie bei der Begründung eines einheitlichen Volkswillens, gesprochen werden kann.

Es ist aus zwei Gründen sinnvoll, sich im aufgezeigten Kontext auf Carl Schmitt zu beziehen. Zum einen hat er einen normativen Begriff des Politischen geprägt, der das Verhältnis von ›Volk‹, Staat und Politik systematisch im oben genannten Sinn beschreibt wie auch die Beziehung eines ›souveränen Volks‹ zu den ›Fremden‹ bzw. zum ›Feind‹. Zum anderen läßt sich die hinter der Aussage von Stoiber verborgene Logik mit Bezug auf Schmitts Konstruktion transparent machen, wenn man sich, um es mit dem Diskursanalytiker Michel Pecheux zu formulieren, das diskursiv Vorkonstruierte klar macht. So geht es um die Prämissen, das vorausgesetzte Wissen, die Art der Normalität und die »evidenten Referenzen«, die in das Verständnis einer solchen Aussage eingehen. Der bekannte einleitende Satz in Schmitts Schrift »Der Begriff des Politischen« von 1932 lautet: »Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus« (1996, 20). Dem Politischen liegt nach Schmitt im Unterschied zum Moralischen, Ökonomischen usw. die Unterscheidung von »Freund und Feind« zugrunde, wobei der Feind »nur der *öffentliche* Feind« und nicht etwa der »Konkurrent oder Gegner im allgemeinen« ist. Es geht für Schmitt um den existentiellen Grundtatbestand der Fähigkeit eines »starken Volkes« zur »seinsmäßigen

Negierung eines anderen Seins« (ebd., 26 ff), denn, wie er in einer Kritik am Parlamentarismus vermerkt, »die physische Tötung von anderen Menschen, die auf der Seite des Feindes stehen (...) hat keinen normativen, sondern nur einen existentiellen Sinn« (1957, 71). Zentral ist der Gedanke, daß Vernichtung bzw. »Ausscheidung« des Feindes im »Bewußtsein des ›Ernstfalles‹« (ebd., 30) potentiell immer vollziehbar sein muß. Wer aber ist der Feind und wem gegenüber? Der Feind nach Schmitt ist der »existentiell Andere« (Staff 1981, 388), welcher sich der »Identität und der Homogenität des Volkes« und mithin dem »Willen des Volkes« (Schmitt, zit. nach Neumann 1995, 51) gegenübersieht. Schmitt spricht hinsichtlich der Demokratie von »substantieller Gleichheit« (ebd.). Der Demokratie in reiner Form liegt also ein völkischer Purismus zugrunde, der unter Hypostasierung des Volkswillens im entscheidenden Augenblick, etwa einer definierten Krise, die Bekämpfung des »Heterogenen« potentiell immer möglich macht: »Zur Demokratie gehört also notwendig erstens die Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen« (Schmitt 1957, 59). Das Extrem einer Krise ist z. B. der Ausnahmezustand, den Schmitt bekanntermaßen dazu verwendet, in seiner »Politischen Theologie« den Begriff der Souveränität zu definieren: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet« (1985, 11). Die Macht der Definition und die Macht des politischen Handelns, die bei Foucault im Begriff der Praktik (diskursiv/nicht-diskursiv) enthalten sind, sind zwei Momente der souveränen Macht.

Bezogen auf Diskurse über SBS, Kultur, Sprache, Sitten usw. bedeutet dies, daß ›die Ausländer‹, ›die Fremden‹ im Nationalstaat von Seiten des ›souveränen Volkes‹ einer steten Markierung und Zuweisung der differenten Gegenposition ausgesetzt sind, die sich aufgrund des gleichen Codes in unzähligen Diskursen immer wiederholt: deutsch/nicht-deutsch (bzw. fremd, ausländisch usw.). Unterstellt man daher semantische Elemente wie homogen, identisch, souverän, Volkswille usw. als Kollektivattribute, so ist dadurch implizit schon eine potentielle politische Praxis der Neutralisierung, Aussonderung oder Vernichtung von Fremdheit und Heterogenität in dieser Konstruktion enthalten. Das Moment der impliziten Drohung spielt dabei eine wichtige Rolle. Im Zusammenhang mit den Thesen von Baumann wird darauf zurückzukommen sein.

Vom Recht auf Ausschluß des »permanenten Anderen« (Baumann)

Baumann formuliert in »Moderne und Ambivalenz« eine Theorie der Moderne und des modernen Staates, der ständig darauf bedacht ist, Ordnung herzustellen und Ambivalenz zu vernichten. Die neue Form der Macht, die sich mit dem modernen Wissen von Wissenschaft und Regierung/Staat entwickelte, war die »differenzierende Macht«, die in allen denkbaren Bereichen »das Andere« hervorbrachte:

»Auf diese Weise ist die Abnormität das Andere der Norm, Abweichung das Andere der Gesetzestreue, Krankheit das Andere der Gesundheit, Barbarei das Andere der Zivilisation, das Tier das Andere des Menschen, die Frau das Andere des Mannes, der Fremde das Andere des Einheimischen, der Feind das Andere des Freundes, ›sie‹ das Andere von ›wir‹ (...)« (29).

Sicherlich gab es viele der Differenzsetzungen historisch auch vorher, aber sie gehörten zu einem anderen, zumeist mythisch-religiösen Universum, denn erst mit der Durchsetzung der Formen neuzeitlicher Wissenschaften systematisierte sich das Wissen in der Weise, daß es Grundlage für eine »Sozialtechnologie« war. Dergestalt wurde auch in Verknüpfung mit der Entwicklung eines frühen ›Sozialstaats‹ ein Wissen staatlicherseits verfügbar, das durch »Taxonomie, Klassifikation, Inventar, Katalog und Statistik« (ebd.) Individuen wie Gruppen gleichermaßen nach bestimmten Rastern erfassen und zuordnen, verschieben und verändern konnte. Aus diesem ›Geist der Rationalität‹ und der rationalen Regulierung entwickelte sich nicht nur ein neuer Typus von Macht, die Foucault »Normalisierungsmacht« nennt und die »normend, normierend, normalisierend« zugleich wirkt. Mit ihr entsteht auch eine neue Art »sozialer Utopie« – die einer leidensfreien, gesunden, reinen und makellosen Gesellschaft und eines Glaubens, »daß soziale Probleme endgültig gelöst werden konnten« (1994, 46). Wie ein gewaltiges diskursiv-instutionelles Netz spannte sich das neue Wissen um die ›Rasse‹ als Dispositiv im 19. Jahrhundert, das wesentlich aus den Humanwissenschaften erwuchs, über das nationalstaatlich organisierte Europa und transformierte die Vorstellungen vom Politisch-Sozialen nachhaltig ins Biologistische (s.u.). Baumann zitiert an dieser Stelle Peukert:

»Wir dürfen nicht vergessen, daß der faschistische Rassismus ein Modell für die Neuordnung der Gesellschaft, ihre innere Ausrichtung anbot. Er beruhte auf der rassistisch begründeten Aussonderung aller aus der Norm herausgefallenen Elemente, von aufsässigen Jugendlichen, von Arbeitsbummlern, Asozialen, von Prostituierten, von Homosexuellen, von beruflich erfolglosen und Leistungstüchtigen, von Behinderten.«

In diesem Sinne führte der deutsche Faschismus »den utopischen Glauben an allumfassende ›wissenschaftli-

Café
Casablanca
In der Casa di Cultura e.V.
sucht Stammgäste
täglich 18°° bis 1°° Uhr
Bockenheim: Adalbertstr. 36 H
Tel. 707 7548

che‹ Endlösungen sozialer Probleme zum letzten logischen Extrem« (Peukert, in: Baumann 1996, 46). Diese alle sozialen Bereiche durchherrschende Logik der Normalisierung führt immer zu Abweichungen, die wiederum einem nun erweiterten »System von Normalisierungsgraden« (Foucault 1994, 237) unterworfen wird. Obwohl der Staat und mithin die Instanzen der Wissensproduktion, und dies stellt ein Grundparadox der Moderne dar, stets bestrebt waren, Homogenität und Eindeutigkeit herzustellen (und sei es, über das Strukturprinzip von Ein- und Ausschluß), wurden immer wieder erneut auch Heterogenität und Mehrdeutigkeit, Untentscheidbares und Ambivalenz hervorgebracht. Insofern ist der Moderne die Tendenz der Subversion ihrer eigener Prinzipien dadurch eingeschrieben, daß in ihrem Namen und Wissen ›Sicherheiten‹ hervorgebracht werden, die aus sich heraus permanent neue ›Unsicherheiten‹ produzieren. Gegen vertraute Antagonismen wie die von »Freund und Feind« verstoßen die ambivalenten ›Elemente‹ – »der Fremde« stellt eine solche Grundambivalenz dar, weswegen Baumann davon spricht, daß die Grundaufgabe des modernen Nationalstaats »das Problem der Fremden, nicht das der Feinde« (1992, 33) sei. Dies realisiert der Staat wesentlich durch den »kulturellen Ausschluß des Fremden, seiner Konstruktion als permanenter Anderer« (1996, 90), den er mit einer Art »semantischer Signifikanz« diskursiv markiert und immer wieder neu erzeugt. Seine Sichtbarkeit muß gewährleistet bleiben. Nur in Gestalt des »kulturellen Fremden« kann ›der Fremde‹ überhaupt bestimmt werden, wobei der Staat nicht nur Vertreibung und Vernichtung der Fremden im Auge hat. Baumann macht deutlich, daß der moderne Nationalstaat logisch nur aus der Vernichtung oder Einverleibung des Fremden zu verstehen ist – der »kulturelle Kreuzzug« gegen kulturelle Partikularität kleinerer vorstaatlicher Einheiten, machten ein »Projekt der Homogenität«, d.h. ein explizites »Ordnungsprojekt« notwendig, dem wesentlich das »Assimilationsprojekt« entsprang. Die eingelagerten Widersprüche, wie Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, Widerstandsformen usw. führten zu einem »Zustand der Ambivalenz« , in dem der Staat oft genug mit der Exklusion des Fremden reagierte. Baumann unterstreicht die Rolle des Nationalstaates als permanentem Identitätsproduzenten im Zuge der »Nationalisierung des Staates« und der »Etatisierung der Nation« (ebd.). Das Herstellen eindeutiger Identitäten, die innere und äußere Exklusion von Fremden durch Einsperrung/Verwahrung und Vertreibung bis zur Vernichtung stellt ein markantes Merkmal des modernen Nationalstaats dar und, dies sei hier nochmals betont, wird es auch in neoliberalen Zeiten und in einer Phase staatlicher Deregulierung bleiben.

Die gegenwärtigen »Schandklassen« (Foucault 1994, 235) sind schon ausgemacht. Nicht nur die ›kulturfremden Türken‹ oder die ›Wirtschaftsasylanten‹, sondern auch die ›unpolitische und gewaltsame Jugend‹, die ›organisierte Kriminalität‹ usw. besitzen den symbolischen Status eines Gegensubjekts zur Position eines imaginären Eigenen – in Gestalt eines ›Deutschland‹, ›Standorts‹, ›Kulturnation‹, einer ›zivilisierten und produktiven Klasse‹, eines ›Wertebewußtseins‹ usw. Kollektive Identitäten haben, wie Benedict Anderson für die Nation gezeigt hat, immer einen imaginären Charakter und sind insofern notwendig vorgestellt, als die »Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert« (1988, 15). Dieses notwendig und in bestimmten alltagspraktischen Formen immer wieder neu reproduzierte Imaginäre trifft auch auf alle sozial definierten ›Problemklassen‹ zu, weshalb die oben beschriebene Figur des Fremden nicht nur ›die Ausländer‹, sondern alle zu-Fremden-Gemachten einschließt.

Von der Notwendigkeit politischen Handelns angesichts der »biologischen Gefahr« (Foucault)

Hansen berichtet in »Die exekutierte Einheit«, in welcher Weise nach der gescheiterten 48er Bewegung, dem Sieg Preußens und der Reaktion und dem »Exodus der Demokraten« sich politische Vorstellungen nach dem Vorbild des »biologistischen Paradigmas« (1991, 13) durchzusetzen begannen:

»Das biologistische Paradigma des 19. Jahrhunderts erlaubt die Erklärung allen unerwünschten Verhaltens aus der Abstammung: Es sind die falschen Eltern, die falschen Vorfahren, das falsche Blut, die

zum falschen Verhalten führen. Asozialität, Kriminalität sind angeboren, kulturlose Slawen haben kulturlose Kinder, Juden haben eine zersetzende Intelligenz (...) Zigeuner sind arbeitsscheu und Gesindel...« (13f).

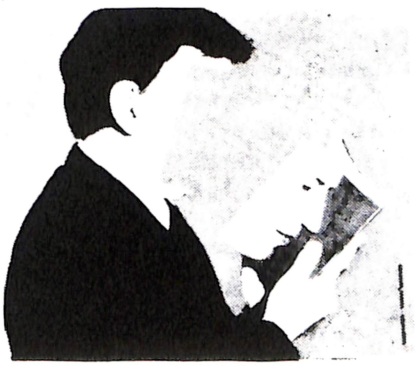
Foucault hat diesen Prozeß des Eindringens des »Biologischen ins Politische« als »Biopolitik« und die neue Art der Macht als »Biomacht« (1983, 170; 1992, 52) bezeichnet. Ein neues Wissen in der doppelten Form der Disziplinarmacht, welche auf die produktiven Kräfte des individuellen Körpers zielt und einer Regulierungsmacht, welche die Bevölkerung im Auge hat, d.h. deren spezifische Regulierung – Foucault nennt als Beispiele »Systeme der Krankenversicherung, der Alterssicherung, Hygieneregeln (...), Schulbesuch« (1992, 54). Entscheidend für den Zusammenhang von Staat, Volk, Nation und Rassismus ist nun, daß es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer Renaissance des Phantasma des Blutes kommt, quasi als feudales Relikt des sogenannten »Allianzsystems« adeliger Familiengenealogien. Dieses wird dem herrschenden »Sexualitätsdispositiv« unterlegt, aufgrund dessen sich der »moderne, staatliche, biologisierende Rassismus« formiert und »eine ganze Politik der Bevölkerung, der Familie, der Ehe, der Erziehung, der gesellschaftlichen Hierarchisierung...« (ebd.) begründet.

Der biologische Rassismus bildet jedoch nur den Ausgangspunkt für ein Modell von Gesellschaft (a) als »binärer Konzeption«, d.h. »zwei Gruppen, zwei Kategorien von Individuen« (1986, 12) und (b) damit verknüpft ist der »Diskurs des immerwährenden Krieges«, d.h. der »Krieg als dauernde soziale Beziehung« (ebd.). Foucault verfolgt also den Rassediskurs, seine Implikation und diskursiven Anknüpfungspunkte im politisch-sozialen Bereich und macht dessen logisches Extrem deutlich. Das besteht darin, sowohl Leben und Sterben als auch die »Relation des Krieges« zu bestimmen, die heißt: »Wenn Du leben willst, dann muß der andere sterben« (1992, 56). Die Vorstellung von Rasse, Volk oder auch Nation als einer natürlich gesetzten und gedachten vorpolitischen homogenen Entität definiert demnach eine »biologische Beziehung« (ebd.) jenseits historischer geformter Sozialität.

Die logisch-semantische Struktur dieses Diskurses (Statik, Reinheit, Spaltung, Kampf, Hierarchie, Vernichtung usw.), die sich erst enthüllt, wenn man ihn quasi ›zuende‹ denkt, reartikuliert einen Großteil des Feldes des Politischen als Biologisch-Naturhaftes, indem er in Form von Metaphern, Metonymien und Symbolen in andere Diskurse eingespeist wird. Dadurch wird diese Logik immer wieder neu importiert: Das stete ins-Spiel-Bringen und z.T. gezielte lancieren eines ›deutschen Volks an sich‹ etwa bei der Unterschriftenkampagne der CDU/CSU, die Unzahl indirekter Andeutungen (Allusionen), welche auf die exklusive ›Souveränität der deutschen Nation‹ (in)direkt und repetitiv anspielte (›Belastungsgrenze‹) und die in dem ›Recht auf Ausschluß‹ besteht, das sich von dem ›Recht auf Identität‹ wiederum herleitet. Die konnotativen Verdichtungen der mitgeschleppten Bedeutungen sind es, welche die Resonanzen erzeugen, die auf den diskursiven Verknüpfungen explizi-ter und impliziter Art beruhen und das semantische Netz, an einer Stelle einmal angestoßen, insgesamt zum Schwingen bringen. Die konkreten Formen der Aktualisierung des je historisch Möglichen zeigen sich, darauf weist Schmitt mit der Bemerkung hin, daß sich der Kern der Dinge im »Ernstfall« (Schmitt) enthüllt, gerade in Krisenzeiten in spezifischen Praxisformen. Insofern kann der Erfolg der Unterschriftenaktion als die performative Seite des Diskurses um die ›Souveränität der deutschen Nation‹ gewertet werden, bei der an einem bestimmten historischen Punkt das diskursiv Vorkonstruierte einer möglichen Praxis in Handlungsvollzüge der aktuellen politischen Praxis quasi umschlägt. In ihrem rassisch-völkisch und ethnischen Zuschnitt funktioniert dieser Diskurs noch, und die ›Gefahr‹ einer doppelten SBS ist vorerst gebannt. Die Mobilisierungsform »Unterschriftenaktion« mit der Diskursfigur »Volk/Volkswillen gegen Regierende/die-da-oben« gehört, wie u.a. Stuart Hall in einer Diskursanalyse des Thatcherismus gezeigt hat, zum Repertoire rechter Politikformen und stellt in keiner Weise eine Übernahme linker plebiszitärer Vorstellungen einer »Politik-auf-der Straße«-Form dar. Er spricht vom »Volk-gegen-Regierungs-Block«, den die Neue Rechte konstruiert habe: »Sie hat einen alternativen Block konstruiert, der um die mächtigen Themen ›Antietatismus‹, ›Antikollektivismus‹ (...) ›gegen den Machtblock‹ organisiert ist« (1986, 91).

Andere Beispiele für entsprechende Aktualisierungsformen nationaler Identität sind der Diskurs um die

Michel Foucault antwortet auf die Frage, was für ihn ein Buch sei: eine Werkzeugkiste. Und Proust meinte, daß sein Buch wie eine Brille sei: probiert, ob sie euch paßt; ob ihr mit ihr etwas



sehen konnt, was euch sonst entgangen wäre, wenn nicht, dann laßt mein Buch liegen und sucht andere, mit denen es besser geht. Es gibt keinen Tod des Buches, sondern eine neue Art zu lesen.

(Gilles Deleuze)

LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13 / Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
60316 Frankfurt
Tel. 069 / 44 30 95
Fax 069 / 490 92 66

Walser-Rede oder auch der Einsatz der Bundeswehr im Ausland – beides Diskurse, in denen explizit von »Normalisierung« (Identität/Souveränität) die Rede ist. Die Debatte um die (doppelte) Staatsbürgerschaft hat in keiner Weise die Problematik um Begriffe wie Volk oder nationale Identität aufgegriffen, auch nicht die sogenannten progressiven Positionen, sondern diese unthematisiert zur *Voraussetzung* der Debatte gemacht und auf diese Art zur Verfestigung des Diskurses ums ›Volk‹ als homogene vorpolitische Einheit beigetragen. Die entscheidende Frage lautet daher nicht: doppelte oder einfache Staatsbürgerschaft, sondern *welche Art von Bürgerschaft für welchen Staat*. Richard Herzinger hat treffend auf die Scheinfronten und heimlichen Verwandtschaften der SBS-Debatte aufmerksam gemacht, nämlich daß der gemeinsame Glaube an den »kulturellen Volksgeist Konservative und Multikulturalisten« (*DIE ZEIT*, 14.1.99) zusammenführt:

»(...) auch die Multikulturalisten messen kulturellen Verhaltensmustern eine primäre Bedeutung bei der Herausbildung staatsbürgerlicher Identität zu. Beide, Konservative und Multikulturalisten, erheben deshalb die pragmatische Frage der doppelten Staatsbürgerschaft in den Rang einer Grundwerteentscheidung. Nur mit dem Unterschied, daß erstere im Besitz zweier Pässe eine Quelle der Entfremdung durch Entwurzelung sehen, während letztere umgekehrt die Entwurzelung der Fremden befürchten, wenn sie durch die Abgabe ihres alten Passes von den Lebensadern ihres Kulturkreises abgeschnitten werden.«

Im O-Ton bekennender Multikultis hört sich das so an:

»Gleichzeitig sollte man den Ausländern die Einbürgerung dadurch erleichtern, daß man diese nicht an die Aufgabe der vorherigen Staatsbürgerschaft bindet. Mit einem solchen Recht auf die doppelte Staatsbürgerschaft würde der deutsche Staat den Kulturkonflikt, in dem sich viele junge, hier geborene Ausländer unausweichlich befinden, nicht länger leugnen, sondern anerkennen.« (Cohn-Bendit/Schmidt 1992, 338)

Dieser kulturelle Artenschutz derart symbolisch eingehegter ›Ausländer‹ (jeder in seinem Kulturkäfig) im »Menschenzoo« (Desmond Morris) Deutschland unter Wärterschaft des deutschen Staates stellt in der Multikultidebatte nichts Neues dar. Auf die Vorstellungen einer Multikulti-Gesellschaft reagierte beispielsweise Anfang der 80 er Jahre die rassistische südafrikanische Presse hocherfreut:

»Die staatliche südafrikanische Presse faßte die Äußerungen der Kirchen [zur multikulturellen Gesellschaft, T.H.] als Bestätigung ihrer eigenen Politik auf und publizierte sie deshalb sehr ausführlich. Es wurde prognostiziert, daß nun auch bald in der Bundesrepublik Apartheidsstrukturen eingeführt würden.« (Frank 1995, 25)

Die »taktische Polyvalenz« (Foucault) des Diskurses um nationale Identität kann letztlich nur vermieden werden, indem man ihn dekonstruiert. Die Kongruenz der Positionen zeigt die Nähe vermeintlich unterschiedlicher Perspektiven und den kulturalistischen Reformismus des multikulturellen Projekts, der letztlich die nationalstaatliche Oberhohheit über ›die Kulturen‹ im Sinn von Zuschreibungs- und Definitionsmacht aufrechterhält und differentialistisch modernisiert. Mit Blick auf die SBS kann die Alternative nicht lauten: einfach oder doppelt national, sondern beispielsweise einen Begriff von »sozialer Staatsbürgerschaft« (Lockwood 1987, 31) jenseits nationaler Identitätszuschreibungen zu entwickeln, der politische und soziale Bürgerrechte miteinander verbindet.

Thomas Höhne

Literatur:

- Anderson, B. 1988: Die Erfindung der Nation. Ffm/N.Y.
- Baumann, Z. 1992: Moderne und Ambivalenz. In.: Bielefeld (Hg.), S. 23 – 50.
- ders. 1996: Moderne und Ambivalenz. Ffm.
- Behr, H. 1998: Zuwanderung im Nationalstaat. Opladen.
- Bielefeld, U. 1992: Das Konzept des Fremden und die Wirklichkeit des Imaginären. In: Ders. (Hg.): Das Eigene und das Fremde. S. 97 – 128.
- Cohn-Bendit, D./Schmid 1992: Heimat Babylon. Hamburg.
- Foucault, M. 1983: Der Wille zum Wissen. Ffm.
- ders. 1986: Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte. Berlin.
- ders. 1992: Leben machen und sterben lassen: Die Geburt des Rassismus. In: *diskus*, Nr. 1.
- ders. 1994: Überwachen und Strafen. Ffm.
- Frank, S. 1995: Staatsräson, Moral und Interesse. Freiburg.
- Hansen, G. 1991: Die exekutiere Einheit. Ffm/N.Y.
- Hall, Stuart 1986: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus, in: Helmut Dubil (Hg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M, 84 – 105
- Heckmann, F. 1992: Ethnos, Demos und Nation, oder: Woher stammt die Intoleranz des Nationalstaats gegenüber ethnischen Minderheiten. In: Bielefeld (Hg.), S. 51 – 78.
- Herzinger, R. 1999: Was heißt hier deutsch? In: *DIE ZEIT*, Nr. 3, 14/1/99.
- Lockwood, D. 1987: Schichtung in der Staatsbürgerschaft. In: Giesen, B./Haferkamp, H. (Hg.): Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen, S. 31 – 49.
- Neumann, F. 1995: Demokratietheorien – Modelle zur Herrschaft des Volkes. In: Ders. (Hg.): Handbuch politische Theorien und Ideologien, Bd. 1. Opladen. S. 1 – 70.
- van Oyen, R.C. 1999: Was ist in der Demokratie ein Staatsvolk? In: *FR* 18.2.99.
- Pecheux, M. 1983: Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. In: Geier, M./Woetzel, H. (Hg.): Das Subjekt des Diskurses. Berlin.
- Preuß, U.K. 1994: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Ffm.
- Schmitt, C. 1957: Positionen und Begriffe. Weimar/Genf/Versailles.
- ders. 1985: Politische Theologie. Berlin.
- ders. 1991: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin.
- ders. 1996: Der Begriff des Politischen. Berlin.

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."
Peter Brückner

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · Fax 069/7077399

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

Ach wie gut, daß niemand weiß ...

Kommentar zu »Haider im Kontext« (aus: diskus 3/98)

Anfang März 1999 fanden in drei österreichischen Bundesländern Landtagswahlen statt. In Kärnten konnte sich die FPÖ auf 42 % Stimmenanteil (+9%) steigern und wurde damit zum ersten Mal stärkste Partei. Dies ist auch ein Erfolg für Jörg Haider, der dort als Landeshauptmannkandidat antrat. Selbst wenn bedacht wird, daß Kärnten aufgrund der Stärke der deutschnationalen Tradition einen innerösterreichischen Sonderfall darstellt, die Wahlbeteiligung auf ein historisches Tief gesunken ist und die Kärntner SPÖ einem geradezu lemminghaften Trieb nachgab, sich vor der Wahl innerparteilich zu zerfleischen (wegen Haider), zeigt dies doch erneut, daß die FPÖ unter Jörg Haider, trotz angeblicher Krise 1998 noch nichts an Zugkraft verloren hat. ER hat's also wieder einmal geschafft, ER hat sich als Führer bestätigt, der – zäh wie Leder und flink wie ein Windhund – die Seinen, stehen sie denn in Nibelungentreue an seiner Seite, gegen alle »Ausgrenzungen« und »Denunziationen« der »Altparteien« und »linken Jagdgesellschaft in den Medien« zum Erfolg führen kann. Das schreckt die bürgerliche Öffentlichkeit – Erklärung tut not. Vorgestern noch der dynamische Kanzleraspirant, gestern in der Krise und heute wieder on top. Wie macht ER das bloß? Da muß doch was dran sein, an IHM? Klar, anpassungsfähig und flexibel ist er, und er nimmt halt die Proteststimmung gegen die Mißstände auf. Auf diesen Populismus fallen aber v.a. die Arbeiter rein. Die FPÖ ist nämlich heute eine Partei der Arbeiter, die Protest wählen – mit Faschismus hat das nichts zu tun.

Diesen Verlockungen der bürgerlichen Erklärungsstrategie des Erfolges der FPÖ fällt leider auch Sebastian Reinfeldt in seinem Versuch, *Haider im Kontext*[1] zu analysieren, anheim. Auch er personalisiert, stellt doch die behauptete *Beweglichkeit* Jörg Haiders (I.) und die damit verbundenen *Schwierigkeiten*, ihn zu *benennen*, den Ausgangspunkt seiner Analyse dar. Haider scheint einzig aktiver Part der ansonsten sich in passiver Auflösung befindlichen österreichischen Sozialpartnerschaft. Dieser *rekuperiere* die *Entidentifizierung* damit und *organisiere* sie in einer eigenen *Form der Gemeinschaftlichkeit*, wofür er *einzig und allein auf die Wirkungen der Inszenierung seiner Person setze*. Möglich werde dies durch ein *Spiegelspiel* mit der *medialen Öffentlichkeit*, durch das *permanent ein Resonanzraum hergestellt* werde, durch dessen *semantische Offenheit* die *eigentümliche Beweglichkeit des ›Objektes‹ Haider entstehen* könne. Dadurch aber werde Haider zum Politiker, der *nicht bezeichnet werden will, der sich aktiv allen weltanschaulichen Kategorien entziehen möchte*.

Und auch bei ihm sind es die *Arbeiter* (II.), die sich dieser neuen Form der Gemeinschaftlichkeit anschlössen. Die FPÖ sei *zu der Arbeiterpartei* geworden. Früher seien Arbeiter noch wegen so banalen Sachen wie Wohnungen und *Bewältigung anderer Probleme des Lebens gezwungenermaßen* in die SPÖ eingetreten, hätten aber an deren *Ideologie sowieso niemals wirklich geglaubt*, sich aber trotzdem der Sozialpartnerschaft unterworfen. Nun aber fallen sie anscheinend – heuchlerisch (nie an Ideologie der SPÖ geglaubt), dumm und passiv wie sie sind – auf die Inszenierungen Haiders und die Skandalisierung von Ereignissen, die ja eigentlich *im Kern immer schon bekannt* waren, herein.

Die Skandalisierung der Politik ist der Kern der politischen Strategie Jörg Haiders, die S.R. als Populismus zu verstehen versucht. Populismus ist für ihn eine *Ideologie ohne Weltanschauung*, in der *verschiedene politische Inhalte zirkulieren* könnten. Durch das letztlich instrumentalistische und neutralistische Ver-

aus: diskus Mai 92 (aus: Titanic April 92)

ständnis dieser politischen Strategie, die anscheinend allen politischen Kräften offensteht, kann S. R. schließlich zwischen der Haider FPÖ und anderen Parteien keinen Unterschied mehr erkennen. Die Frage, ob die FPÖ als faschistische Partei einzustufen sei, ist daher auch in Reinfeldts Artikel abwesend (III.).

I.

Warum S. R. der Konstruktion einer angeblich nicht faßbaren *Beweglichkeit* Haiders und dem Auf und Ab der Krisen der FPÖ Glauben schenkt, ist nicht einleuchtend. Um die FPÖ unter Haider zu verstehen, müßte die bürgerliche Öffentlichkeit den gesellschaftlichen Kontext, zu dem auch sie gehört, kritisieren. Die Konstitution des populistischen Angriffs auf die 2. Republik erfolgte aber gerade in und durch die mediale Öffentlichkeit, in der jene Themen artikuliert

wurden, derer sich die FPÖ seit 1986 bedient. Dazu gehörten etwa seit Anfang der 80er Kampagnen gegen »Sozialschmarotzer«, Flüchtlinge/GastarbeiterInnen, »Verschwendung«, moderne Kultur und für Kurt Waldheim. Auch das über Jahre hinweg haiderkritischste Medium, »profil«, sah sich in den 80ern mit Vorliebe als Aufdecker von Skandalen und Speerspitze gegen Verschwendung, Korruption und Bonzentum.

In der Personalisierung der Auseinandersetzung mit Jörg Haider aber kann die bürgerliche Öffentlichkeit Kritik auf Fragen des Stils reduzieren. Das Wechselspiel von Krise und Erfolg der FPÖ entspricht ihrer abwechselnden Faszination und Ablehnung Haiders und erklärt das Hin und Her der »Krisen«. »Krise« der FPÖ bedeutet auflagensteigerndes Gezeter in der liberalen Öffentlichkeit darüber, daß entweder Haider oder irgendein anderer FPÖ-Politiker wieder einmal einen »Sager«, der in seiner »tabubrecherischen« Provokativität das politische Spektrum in Österreich weiter nach rechts verschiebt, losgelassen hat, oder irgendein FPÖ-Politiker der Korruption und daher Inkonsistenz mit dem Saubermannimage der FPÖ überführt werden konnte. In beiden Fällen wird das von der FPÖ bestimmte politische Terrain nicht verlassen.

Die »losbrechende« Krise findet außerdem nur in den haiderkritischen Medien statt, nie jedoch in den Boulevardblättern *Kronen Zeitung* oder *Täglich Alles*. Letztere reagieren auf die »Krise der FPÖ« entweder mit einem »net amol ignorieren«, oder zeichnen eine Verschwörung der »linkslinken Netzwerke« mit Unterstützung gewisser »ausländischer (v. a. in New York beheimateter) Kreise«. Die angeblichen Krisen der FPÖ spielen sich daher immer nur **zwischen** Wahltagen ab, und werden regelmäßig durch einen Wahlerfolg »beendet«.

II.

Die FPÖ als Arbeiterpartei ist eine äußerst beliebte »Erzählung« bei Liberalen und Konservativen (und auch Grünen?), die sich auf die »objektiven« Ergebnisse der in Österreich dominanten Wahl- und Meinungsforscher beruft. Deren politisch-ideologische Implikationen müßten offensichtlich sein, würde sich jemand die Mühe machen, genauer hinzusehen. Da es aber in postmodernen wie werttheoretischen Zeiten nicht en vogue ist, sich über Klassenverhältnisse den Kopf zu zerbrechen – müßte doch dann auch die eigene Position in den gesellschaftlichen Arbeitsteilungen reflektiert werden – wird diese ideologische Entlastungsstrategie des Kleinbürgertums und seiner Intellektuellen (JournalistInnen, DemoskopInnen...) auch von Linken gern angenommen.

Gemäß der »objektiven« Ergebnisse dieser Demoskopie sind 50 % der FPÖ Wähler »Arbeiter«, die die SPÖ, die zwar nie von mehr als 60 – 70 % der ArbeiterInnen gewählt wurde, verlassen hätten. Blame it on the workingclass aber erleichtert das schlechte Gewissen, welches die linke Kritik am Kapitalismus immer nur als Moral mißverstehen konnte, das sich aber wegen des ganzen Ausbeutungsgeredes irgendwie immer einstellte.

Der Status *Arbeiter* in diesen Untersuchungen ergibt sich aus dem österreichischen Arbeitsrecht und

hat nichts mit einer kritischen Analyse von Klassenverhältnissen zu tun – sich darauf zu berufen, ist schlicht Empirismus mit unverhohlen ideologischem Gehalt. Die Wahlforschung hat auch festgestellt, daß die FPÖ zu etwa 2/3 von Männern, bzw. Personen zwischen 30 und 50 gewählt wird – das wundert aber niemanden.

Auch in Österreich kam es seit den 80ern zu einer Restrukturierung der Klassenverhältnisse. Die Zahl der Industriearbeiter sank, während der Dienstleistungssektor gleichzeitig boomt. Die in der Industrie verbliebenen Beschäftigten wurden tendenziell auf **hochqualifizierte Kernbelegschaften** reduziert, die durch GastarbeiterInnen ergänzt werden. Im wachsenden Dienstleistungssektor werden in der überwiegenden Zahl Frauen beschäftigt, die aber aufgrund der rechtlichen Definition auch bei einfachen Tätigkeiten als Angestellte ausgewiesen werden.

Die Mehrheit der Demoskopie-Institute in Österreich muß als bürgerlich-liberal bzw. ÖVP-nah eingestuft werden. Deren bunt aufbereitete Ergebnisse sowie ausführliche Interviews und Runde Tische mit den LeiterInnen dieser Institute ersetzen in den Printmedien der bürgerlichen Öffentlichkeit nunmehr weitgehend kritische Analysen der politischen Entwicklung in Österreich. So gehören beispielsweise die Politikwissenschaftprofessoren und profiliertesten Wahlforscher Wolfgang Plasser und Gerhard Ulram zu den politischen Beratern der ÖVP. Auf ihr Anraten hat die ÖVP unter Wolfgang Schüssel 1995 bei steigenden Umfragewerten für die Partei und den damals neuen Vorsitzenden Neuwahlen vom Zaun gebrochen und den alten Traum der ÖVP-Rechten um den ehemaligen Vorsitzenden Alois Mock in einer kleinen Koalition mit der FPÖ den Kanzler zu stellen, explizit in die Wahlauseinandersetzung eingebracht. Vor allem diese folgende Niederlage und der etwa 4 %-ige Zugewinn für die SPÖ machte der ÖVP und ihren Strategen klar, daß die Sozialdemokraten aufgrund ihrer Anti-Haider-Haltung ihre Position behaupten können. Was also kommt gelegener als herauszufinden, daß es doch die »Arbeiter« – das traditionelle Potential der SPÖ – sind, die diese natürlich nur aus falsch verstandenem, nicht-auszugrenzendem Protest wählen?

Die tatsächliche Klassenposition der FPÖ-wählenden *Arbeiter* interessiert daher nicht, geht es doch gegen alles was der bürgerlichen Öffentlichkeit als »Sozialismus« erscheint, von dem sich die ÖVP und ihre Intellektuellen (DemoskopInnen und JournalistInnen) in der Großen Koalition tödlich umklammert fühlen. Die Erklärung, die *Arbeiter* würden der SPÖ in Scharen davonlaufen, weil diese (angeblich) immer noch an Umverteilung und Kontrolle der Märkte festhalte, kommt da sehr entgegen. Die »Arbeiter«, die nicht mehr SPÖ wählten, hätten schon irgendwie recht, wie ja Haider in vielen inhaltlichen Bereichen auch, nur würden sie halt den Verlockungen des Rattenfängers vom Bärental erliegen und ihre per Wahlzettel gezeigte Zurückweisung des »Sozialismus« der SPÖ an der falschen Adresse deponieren (woran aber auch die FPÖ-Ausgrenzer in der SPÖ mit ihrer Faschismuskeule schuld seien). FPÖ-Wählen sei daher ein Antisozialismus der dummen Kerle.

Groß aber ist das Klagen, daß wegen der Person Haider heute viele seiner im Kern doch richtigen Angriffe auf die erstarrte Sozialpartnerschaft tabuisiert sind und ein Zusammengehen mit der FPÖ daher unmöglich wird. Jörg Haider sei viel zu verantwortungslos (beweglich), um regierungs- und koalitionsfähig zu sein, da er doch immer gerade jene Meinung vertrete, die opportun sei. Nach dem nächsten Wahlerfolg entdecken aber viele wieder ihre (un)heimliche Faszination für die *Flexibilität* des »genialen Politikers«, den man nun wohl mal ein bißchen regieren lassen sollte. Die FPÖ könne dann nämlich auch nicht immer gegen alles sein, sondern müßte Verantwortung übernehmen. (...)

Die konservative Medienstrategie läuft daher darauf hinaus, die FPÖ zum Problem des ›Sozialismus‹ in Österreich und nicht des bürgerlichen Lagers zu machen. Entgegen der Charakterisierung der FPÖ als

neuer Arbeiterpartei muß diese aber vielmehr als Ausdruck der Krise des letzteren verstanden werden. Den Konservativen erscheint die Große Koalition und die fordistische Sozialpartnerschaft heute als Niederlage. Dies und die dadurch bewirkte Radikalisierung zeigt ein längerfristiger Blick auf die politische Entwicklung. Ausgestattet mit neoliberalen und neokonservativen Ideologemen versuchte die ÖVP zwischen 1978 und 1986, auch in Österreich eine ›Wende‹ herbeizuführen. Wider Erwarten gewann die SPÖ unter dem ›Nadelstreifensozialisten‹ Vranitzky, der die Koalition mit der (bis zu diesem Zeitpunkt vom liberalen Flügel dominierten) FPÖ beendete, nachdem Haider dort ans Ruder gekommen war, die Wahl 1986 knapp. Die Großkoalitionäre in der ÖVP setzten sich durch und traten in eine Koalition mit der SPÖ ein, obwohl ihr rechter Flügel (um den Parteivorsitzenden Alois Mock) auf eine Koalition mit den Freiheitlichen drängte, hatten die Bürgerblock-Parteien bei dieser Wahl doch zusammen 51 % der Stimmen erreicht.

Daß ein beständig wachsender Teil des bürgerlichen Lagers diese Entscheidung nicht akzeptieren wollte, wurde in den folgenden Wahlen sichtbar. Seit 1986 hat die ÖVP etwa 15 % ihres Stimmenanteils ver-

loren und wird bei den Wahlen 1999 eventuell hinter die FPÖ zurückfallen. Trotz der massiven Veränderung des Parteiensystems (Erosion der Großparteien, Entwicklung eines 5-Parteiensystems) zeigt eine nähere Analyse die Herausbildung (oder Fortsetzung) zweier etwa gleichstarker Lager (SPÖ, Grüne, Liberale auf der einen und ÖVP und FPÖ auf der anderen Seite, mit leichten Vorteilen für letztere), die sich um die Achse einer möglichen Koalition mit der FPÖ unter Jörg Haider, die weiter als Option für die ÖVP erscheint (auch im Wahlkampf 1999), kristallisieren.

III.

Es gehört zum Erfolg der FPÖ unter Haider, daß die mediale und politische Öffentlichkeit sich weigert, sie kritisch zu analysieren. Insbesondere wird die Frage, ob die FPÖ unter Jörg Haider eine neue Form des Faschismus darstellt, in der medialen Öffentlichkeit *nicht benannt*, ja in zahlreichen Entlastungsstrategien implizit zu widerlegen versucht. Erstaunlicherweise wird dieser zentrale Punkt auch in S. R.s Analyse Jörg Haiders durch seinen Populismusbegriff unsichtbar gemacht.

So ziele Populismus als *Ideologie ohne Weltanschauung* v. a. darauf ab, *die aktuelle Politik und ihre Träger, die Politiker*, fortwährend zu skandalisieren. In den populistischen Redefiguren werde *Politik aus der Froschperspektive* (gegen die-da-oben) betrachtet, behauptet, daß *Politik unerträglich geworden*, bzw. *immer schon ein brutales und schmutziges Geschäft* gewesen sei, nur ein *charismatischer Politiker* könne *Befreiung* bringen. Eingespannt seien diese Redefiguren in den populistischen Mythos, der auf folgenden Gegenüberstellungen beruhe:

Wir (fleißige Österreicher) – Nicht-Wir (AusländerInnen)

Die-Da (die PolitikerInnen) – Nicht-Die-Da (andere Österreicher).

Dies stelle die an sich inhaltsleere Form des Populismus dar, der *eine strategische Hülle, in der verschiedene politische Inhalte zirkulieren könnten* sei, und daher potentiell *allen politischen AkteurInnen zur Verfügung stehe.*

Der Effekt dieser Analyse ist paradox (...). Zum einen wird der Populismusbegriff überdehnt und die Besonderheit der politischen Strategie der FPÖ unter Jörg Haider droht verloren zu gehen. Zum anderen aber wird der Begriff so verengt, daß nun alles als Populismus gesehen werden kann und sich die FPÖ unter Jörg Haider vom *regierungsamtlichen Populismus* nur durch ihren Oppositionsstatus unterscheidet. Daher wird in bezug auf eine Regierungsübernahme der FPÖ fast Entwarnung gegeben. Im Falle einer Regierungsübernahme werde sich die FPÖ ein *›menschliches Antlitz‹* (die Anführungszeichen sind etwas kryptisch) anlegen, wie die *Charity-Projekte*, die Jörg Haider in seiner ersten Amtszeit in Kärnten begonnen habe, beweisen würden. Warum dies Haider zu einem »normalen« bürgerlichen Politiker machen soll ist nicht klar. Schließlich gaben Winterhilfswerke, Eintopfsonntage, Autobahnen und »ordentliche Beschäftigungspolitik« auch den Nazis kein »menschliches Antlitz«.

Populismus wird bei S. R. letztlich von jeglicher Politik ununterscheidbar. Auch die politischen Prozesse des Fordismus beruhten auf einem relativ starken »Wir« des jeweiligen politischen Lagers (gegenüber »denenda«), wie auch der Nation/freien Welt gegenüber dem globalen »Nicht-Wir« des Kommunismus.

Die durch die Überdehnung ermöglichte Kontraktion des Populismus-Begriffs erlaubt S. R. die unterschiedslose Anwendung seines Modells etwa auf die (Neue) Sozialdemokratie und ihre Versuche, die rassistischen und autoritären Diskurse zu Migration oder Kriminalität in Form des populistischen Mythos zu erzählen. Da also S. R. zwischen der FPÖ und »normalen« bürgerlichen Parteien nicht mehr unterscheiden (...) will, rutscht er plötzlich in das diskursanalytische Pendant zur Sozialfaschismusthese – gewissermaßen in eine **Sozialpopulismusthese**. Dabei wird (...) nicht klar, warum zur Kritik der Neuen Sozialdemokratie und ihrer rassistischen und autoritären Politik ihr Unterschied zum Neofaschismus der FPÖ eingeebnet werden soll. Dies spielt nämlich nicht nur das faschistische Potential der Haider-FPÖ herunter, sondern verhindert auch eine adäquate Kritik der Sozialdemokratie. Letztere kann genau gegen eine solche Haider-Kritik ihre Unterschiede zur FPÖ ins Spiel bringen, sich als Verteidigerin von Wohlfahrtsstaat, sozialer Gerechtigkeit, Kultur und (antifaschistischer) 2. Republik präsentieren und damit als alternativlos darstellen. Ein derartiges Argument mag also den haiderkritischen Oppositionsparteien Grüne und Liberales Forum und ihrem Klientel die nötigen medial gut aufbereitbaren moralischen Wohlfühlstimuli, sich als einzige demokratische öko-sozial-liberale Alternative fühlen zu können, geben. In der Wahlzelle entscheiden die meisten dann doch nicht aus dem Bauch heraus, sondern wählen die Regierungspartei, die Haider in der Regierung verhindern kann – also die SPÖ. Die »Normalität« der 2. Republik, Wohlfahrtsstaat und Sozialpartnerschaft, die schaumgebremste Transformation in ein postfordistisches Modell, werden, wo nur die FPÖ unter Haider eine relevante Alternative (3. Republik) präsentiert, in einen Antagonismus positioniert, der erstere als alternativlos erscheinen läßt.

Bücher übers Internet?
www.freiheitsplatz.de
Buch laden am Freiheits platz
Inhaber: Dieter Dausien
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel. (0 61 81) 2 81 80
Fax (0 61 81) 25 79 25
e-Mail: buchladen@freiheitsplatz.de
Internet: http://www.freiheitsplatz.de

Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, daß zum einen, wie in manchen linksradikalen Kreisen üblich, die Große Koalition und ihre Politik mit der Haider-FPÖ, die als faschistisch verstanden wird, gleichgesetzt wird, oder aber zum anderen, umgekehrt, wie etwa in Reinfeldts Artikel, die Frage nach dem faschistischen Gehalt der FPÖ nicht mehr gestellt wird und sie so als »normale« rechte bürgerliche Partei erscheint. Sowohl die inflationäre Verwendung des Faschismusbegriffs in ersterer Analyse, als auch die Verweigerung die Frage nach dem faschistischen Gehalt der FPÖ zu stellen, in zweiterer, ermöglicht es insbesondere der Sozialdemokratie durch Hervorkehrung ihrer Unterschiede zur FPÖ, jede radikale Kritik der 2. Republik zu desartikulieren und sich als alternativlose Volksfrontregierung darzustellen. Eingespannt in diese Diskurspositionen kann jeder Versuch, die Frage nach dem Unterschied zwischen der sogenannten 3. Republik und die Frage nach dem faschistischen Charakter der FPÖ zu stellen, in den Verdacht geraten, die 2. Republik, Sozialpartnerschaft und Sozialdemokratie zu verteidigen. Daß dies so ist, liegt an der Schwäche der Linken und etwaiger Alternativen zum herrschenden System und müßte in einer eigenen Analyse über Zustand und Bedingungen politischer Opposition angesichts einer etwaigen faschistischen Bedrohung behandelt werden.

Wichtig ist Reinfeldts Hinweis, daß die populistische *Redeweise* sich gegen Politik in ihrer Gesamtheit richtet. Leider geht der Wert dieser Überlegung durch eine personalisierende Lesart rasch verloren, richtet sich doch für S. R. die populistische Strategie gegen die *Politiker* an der Macht. Der »systemüberwindende« Gehalt des Populismus geht verloren, der anti-politische Charakter des *charismatischen Politikers*, der vielmehr ein Führer wird, verschwindet hinter dessen *Inszenierungen*, die Faschismus-Frage bleibt unbenannt. Sichtbarer würde diese, wenn die populistische Strategie der Haider-FPÖ nach folgenden Gesichtspunkten analysiert wird: Ausgehend von einer angeblich umfassenden Krise der Gesellschaft richtet sie sich erstens gegen »normale« bürgerliche Institutionen und Prozesse der Politik (»Altparteien«), repräsentative Demokratie und das liberale Prinzip der pluralistischen Verhandlungsmechanismen zwischen verschiedenen Interessensgruppen (»Arbeiterbonzen«). Zweitens behauptet sie, die angebliche Krise durch eine Überwindung des überkommenen politischen Institutionengefüges (in Staat und Zivilgesellschaft) und Rekonstitution einer neuen homogenen Einheit der »Fleißigen und Anständigen« lösen zu können (3. Republik). Dies sei aber drittens nur möglich, wenn die überkommenen Politikformen durch die charismatische Entscheidungsfähigkeit des Führers und die Ausmerzung des Heterogenen (»Ausländer raus«) ersetzt werde.

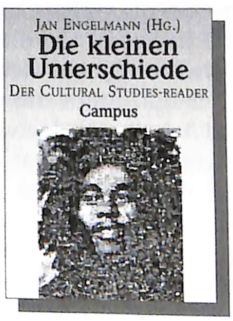
Der antipolitische Gehalt dieser Strategie ist daher nicht apolitisch. Vielmehr handelt es sich um eine Politik der Anti-Politik, also um eine spezifische krisenhafte Konfiguration bürgerlicher Politik. Dieser Angriff richtet sich daher auch nicht gegen die Verhältnisse des »Privaten«, also die herrschenden ökonomischen und patriarchalen Verhältnisse. Die 3. Republik soll vielmehr die Besonderung des »Privaten« in einer neuen Einheit artikulieren. Um die Frage nach dem Neo-Faschismus der FPÖ zu beantworten, kann es daher nicht ausreichen, auf Kontinuitäten mit den Nazis zu verweisen. Das mag zwar hie und da das (links-)liberale Bürgertum aufschrecken, macht es Jörg Haider aber auch leicht, sich als neu, attraktiv, zielstrebig und ideenreich, aber doch nicht als Ewiggestriger darzustellen. Staatlicher Anschluß an Deutschland? – ach was, heute geht's doch um Kultur und Volk. Antisemitismus?, Judenhaß? – die FPÖ doch nicht, einige der besten FPÖler sind Juden (etwa Peter Sichrovsky im EU-Parlament). Außerdem kann doch die FPÖ nicht faschistisch sein, weil sie sich selbst nicht als faschistisch bezeichnet und man ist noch lange kein Nazi, nur weil man sich wegen der vielen Einwanderer Sorgen macht ...

Nur wenn neben den Kontinuitäten gezeigt wird, wie die FPÖ ihre politischen, ideologischen und ästhetischen Strategien mit modernen gesellschaftlichen Prozessen verknüpft, kann die Frage nach dem neofaschistischen Charakter der FPÖ beantwortet werden. Das setzt aber eine nicht personalisierende und nicht moralisierende Kritik in der medialen und politischen Öffentlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft in Österreich voraus. Diese aber braucht, solange sie zum Faschismus schweigt, auch über den (post-fordistischen) Kapitalismus nichts mehr zu sagen.

Roland Atzmüller

|1| Alle kursiv gesetzten Passagen sind Zitate aus Sebastian Reinfeldts Artikel *Haider im Kontext. Populismus in Österreich*, in: *diskus* 3/98, S. 32 – 36

Campus Kulturwissenschaften



318 Seiten · DM 39,80

Die kleinen Unterschiede beleuchtet Entstehungsgeschichte, Stellenwert und Anspruch der Cultural Studies, sondiert ihre ebenso zögerliche wie kontroverse Aufnahme hierzulande und führt nicht zuletzt die Diskussion um ein spannendes Forschungsfeld fort. Britische und deutsche Autorinnen und Autoren äußern sich zu Themen wie Globalisierung, Multikulturalismus, Popkultur, Konsum, Medien, Kunst und Bildung.

Ein angefügter Adressteil verschafft Orientierung im Dschungel Cultural-Studies-naher Einrichtungen.

Campus Verlag
Frankfurt / New York

Die Strategie der ***Existenzgeldforderung*** *ist in der Linken umstritten. Auch in der diskus-Redaktion wird sie kontrovers diskutiert. Für die einen scheint anhand dieser Debatte, die man teilweise im Netz (http:/www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen) verfolgen kann, eine grundsätzliche Auseinandersetzung um linke politische Praxis, die den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht*

RE-FORM-VOLUTION

Kritische Anmerkungen zur Existenzgeldforderung

Die gegenwärtigen Diskussionen um eine mögliche Umstrukturierung des Sozialstaates und die Suche nach neuen Formen der Existenzsicherung unabhängig von einer konkreten Lohnarbeit und Arbeitslosen- oder Sozialhilfe sind vielfältig und werden in unterschiedlichen politischen Lagern geführt. Von Modellen wie Bürgergeld, Kombi-Lohn und negativer Einkommenssteuer, die derzeit vom Club of Rome und der FDP diskutiert werden, und die durchaus Nähe zu Vorstellungen von einem Zwang zur Arbeit aufweisen, über Forderungen nach einer besseren Sozialhilfe, diskutiert von den Grünen und der PDS, wird versucht, auf stattfindende Transformationsprozesse des Arbeitsmarktes und damit zusammenhängenden Konsequenzen für und durch den Sozialstaat zu reagieren.[1]

Auch linksradikale Gruppen beteiligen sich an den Überlegungen, wie denn auf die gegenwärtige »Krise der Arbeitsgesellschaft« zu reagieren sei. Verhandelt wird dabei ein Modell von Existenzgeld: »1500 Mark für alle plus Miete«[2] , das mit einer breiten Diskussion um radikale Arbeitszeitverkürzung verbunden werden soll. Diese Forderung soll weder als »reine Gesetzesinitiative noch als bloße taktische Forderung«[3] verstanden werden, sondern der Formierung einer neuen linken Bewegung dienen, die »einen Kampf um die Umverteilung von Reichtum und Arbeit« führen will.[4]

Grundlage der hier nun folgenden Kritik ist die Rezeption verschiedener Texte, die im Vorfeld zur Konferenz zu Existenzgeld und radikaler Arbeitszeitverkürzung, die vom 19. bis zum 21. März in Berlin stattgefunden hat, entstanden sind. Die unterschiedlichen Stellungnahmen der jeweiligen Gruppen sind durchaus heterogen, dennoch soll hier versucht werden, Punkte herauszugreifen, die den jeweiligen Positionen gemeinsam sind. Einerseits geht es um die Frage nach einer neuen politischen Bewegung und andererseits um die Frage, welche Herrschaftsstrukturen durch eine Geldforderung, die sich an den Staat richtet, reproduziert werden. Mit der Existenzgeldforderung soll es darum gehen, »politische Verbindungen zu konstruieren und sich wechselseitig überformende Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und zu verändern«[5]. Ausgehend von diesem selbst gesetzten Anspruch stellt sich die Frage, ob sowohl die Form der Politik, also das Setzen auf eine mögliche Bewegung, die für soziale Gerechtigkeit kämpft, als auch der Inhalt der Forderung, formuliert als Geldforderung, die sich an den Staat richtet, tatsächlich Möglichkeiten sein können, kapitalistische, bürgerliche und patriarchale Herrschaftsstrukturen dieser Gesellschaft zu überwinden. Es geht vor allem um die Frage nach dem Verhältnis von radikaler Gesellschaftskritik und politischer Praxis.

Jenseits von Reformismus und Revolution

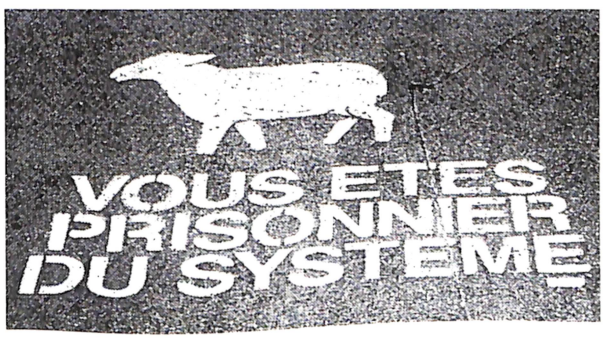
Welche Form von Politik steht hinter der Forderung, Praxis jenseits von Reformismus und Revolution machen zu wollen, und wo kann diese innerhalb eines linken Spektrums verortet werden? Wie ist die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen durch eine politische Bewegung möglich, die bei einer konstruktiven Beteiligung an den stattfindenden Diskussionen zur Umstrukturierung des Sozialstaates ansetzt?

Innerhalb der Existenzgelddebatte werden Reformismus und radikale Kapitalismuskritik nicht mehr als grundlegender Widerspruch gedacht. Sie werden stattdessen in ein Ergänzungsverhältnis gebracht: Utopien seien erst durch reformistische Forderungen vorstellbar. So werden die reformistischen Tendenzen des Anspruchs auf Existenzgeld durchaus selbst benannt: »Den Vorwurf ›Existenzgeld ist reformistisch‹ kann man abhaken. Natürlich ist die Existenzgeld-Forderung reformistisch, aber man kann anhand von ihr die Legitimität des herrschenden Verteilungs- und Arbeitsmodells angreifen und damit eine nicht-kapitalistische Alternative wieder vorstellbar machen.«[6]

Dieses Modell der Vermittlung von realistischen Forderungen und Überschreitung der systemimmanenten Grenzen ist vielleicht tatsächlich der Ausdruck einer Suche nach neuen Möglichkeiten grundsätzlicher Veränderungen. Aber Forderungen, die versuchen, das Verhältnis von Reichtum und Armut neu zu

wird und sich »in's Handgemenge begibt«, möglich zu werden. Andere sehen darin eine Neuauflage des sozialdemokratischen Reformismus durch die radikale Linke und lehnen sie deshalb ab. Im folgenden bringen wir mit ***RE-FORM-VOLUTION*** *und* ***Politik ohne festen Boden unter den Füßen*** *zwei unterschiedliche Einschätzungen dieser Forderung und hoffen auf eine produktive Auseinandersetzung. (Siehe dazu auch »Arbeit - welche Arbeit?« in diskus 4/98)*

organisieren, wie dies mit dem Existenzgeld vorgeschlagen wird, führen durch die damit einhergehende Anerkennung der grundlegenden Strukturmerkmale dieser Gesellschaft zu ihrer Reproduktion. In einer Situation, in der die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen nicht mehr vorstellbar ist, könnte die Existenzgeldforderung als Versuch interpretiert werden, die Auswirkungen bestehender Herrschaftsverhältnisse lediglich erträglicher gestalten zu wollen. Kapitalismuskritik wird auf ein Verteilungsproblem verkürzt, in der die Realität der negativen Gemeinsamkeit, das bürgerliche Prinzip des Privateigentums nämlich der Ausschluß aller vom Eigentum aller anderen, ausgeblendet wird. Dieses Prinzip des Privateigentums, unter das in dieser Gesellschaft auch die Produktionsmittel fallen, legt die Verwertung der Individuen, da sich das Eigentum der meisten Menschen auf ihre Arbeitskraft reduziert, fest. »Ist die Tendenz zum Kommunismus das Streben aus der Kapitalbestimmung als Lohnarbeiter herauszukommen, so klopft der Reformismus diese Bestimmung fest: Ausbeutung vermittelt durch den etwas besseren Verkauf der eigenen Arbeitskraft zum einen, Integration der Produzenten durch Gewinnung als Konsument zum anderen. [...] Der Reformismus verharrt so in der kapitalen Bestimmung der lebendigen Arbeit, oder anders ausgedrückt, des einzelnen Individuums als Mehrwertproduzent, als variables Kapital.«[7] Der Klas-



senantagonismus im Kapitalismus wird aber durch den Staat erst aufrechterhalten. Die Existenzgeldforderung erscheint nun als Versuch, diesen Widerspruch mit Hilfe dieses Staates abzumildern. Die Vorstellung von staatlicher Abhilfe macht nur Sinn, wenn Ökonomie und Staat als zwei getrennte Bereiche betrachtet werden. So kommen die Leute von F.e.l.S auch zu dem Schluß: »Der Kampf um Befreiung ist ganz wesentlich ein Kampf um die Unterordnung der Ökonomie unter die Politik.«[8] Mit dieser Vorstellung einer Unterordnung der Ökonomie unter die Politik kann der Staat in seiner Funktion nicht angemessen betrachtet werden, schließlich ist es die Existenz des Staates selbst, die die Verkehrsformen des Kapitals festlegt und garantiert. Die Trennung dieser beiden Bereiche führt zu der Annahme, es gäbe genug Geld, welches der Staat nur richtig verteilen müßte. Damit wird Geld als eine von menschlicher Arbeit unabhängige Größe definiert. Eine Forderung, die mit Geld kalkuliert, affirmiert gleichzeitig Mehrwertproduktion, die nur durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft aufrechterhalten wird.

Säkularisierung der Linken

Aus der Erkenntnis, daß eine Revolution nicht einfach durch radikale Kritik herbeizuführen ist, denunziert man diese Kritik als »schlechten Utopismus«. Eine Beteiligung an gesellschaftlich stattfindenden Kämpfen erscheint nur durch das Formulieren eigener Forderungen konstruktiv. Unterstellt wird jenen, deren Politik zunächst »nur« radikale Gesellschaftskritik ohne realpolitische Angebote ist, nichts verändern zu wollen.

In der Debatte um das Existenzgeld deutet sich beispielhaft an, daß es eine Umdefinition dessen gibt, wie linksradikale Politik sich auf die kapitalistische Gesellschaft beziehen soll. Aus einem Gefühl, man möchte nicht länger lediglich destruktiv kritisieren und unbeteiligt an politischen Veränderungen sein, wird übergegangen zu einer Haltung der Problematisierung. Man begibt sich mit konstruktiven Vorschlägen auf die Suche nach einer Anschlußfähigkeit an laufende Debatten. Zur Unterstützung dieser Haltung werden Stereotypen von destruktiver, linksradikaler Kritik reproduziert. »Wer Radikalität mit selbstgewählter Isolation verwechselt, hat sich in der Veranstaltung geirrt: Die Evangelisten treffen sich nebenan ...«[9]. Wenn man sich aber mit seiner Kritik in einer marginalisierten Position befindet, dann bestimmt nicht aus freien Stücken. Für radikale Gesellschaftskritik gibt es keine gesellschaftliche Anerkennung. Die Verweigerung, sich auf Problemstellungen der Gesellschaft einzulassen, die man sich selbst nicht stellt, weil sie Teil und nicht Wurzel des Problems sind, ist nicht mit selbstgewählter Isolation zu verwechseln. Lehnt man radikale Gesellschaftskritik als Ausgangspunkt für politische Praxis ab, ergeben sich daraus zwei Möglichkeiten für die eigene politische Praxis: Entweder man agiert pädagogisch und hat eigentlich ganz andere Sachen im Kopf als man zunächst äußert, oder aber man verabschiedet sich auf dem Weg der konstruktiven Kompromisse gänzlich von radikaler Politik. Man grenzt sich ab von »Verbalradikalismus«[10] und von Kapitalismuskritik, die »steril« bleibt und »gesellschaftlich nichts in Bewegung setzt«. So die Gruppe F.e.l.S. in der Ankündigung für die Konferenz: »Revolutionäre Diskurse, die steril bleiben, weil sie niemanden mobilisieren, sind objektiv betrachtet überhaupt nicht radikal.«[11] Radikalität hat also weni-

ger etwas mit Erkenntnissen über diese Gesellschaft, die dann zu bestimmten politischen Positionen führen, zu tun, als vielmehr mit der Frage, wie viele Menschen sich durch bestimmte Inhalte mobilisieren lassen. Damit wird Kritik auf eine populistische Strategie reduziert. Die Mobilisierung vieler Menschen ist zwar eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für gesellschaftliche Veränderungen. Die Vorstellung, daß man Kritik an ihrer tatsächlichen Umsetzung in Praxis messen muß, ist nicht neu, vielmehr entspricht sie einem Verständnis bürgerlich-parlamentarischer Politik, das sich auf den Kampf um Mehrheiten reduziert.

Politische Praxis soll sich am Realisierbaren bemessen: Es soll nicht »um utopische Entwürfe am Reißbrett gehen, sondern um die Anknüpfung an reale Tendenzen in der Gesellschaft. Einstellungen und Lebensweisen, für die nicht Vollbeschäftigung und 40-Stunden-Woche die Quintessenz des Lebens sind, gibt es zahlreich.«[12] Ausgangspunkt dieser realen Tendenzen ist aber in diesem Zusammenhang nicht eine Analyse realer Herrschaftsverhältnisse, sondern die Beschreibung beobachtbarer Phänomene. Herrschaftsverhältnisse reproduzieren sich nicht bloß durch den Staat und die bestehenden Eigentumsverhältnisse, sondern auch sehr wohl durch Lebensweisen. Die Beschreibung, daß die meisten Menschen nicht mehr in Vollbeschäftigung leben möchten, spricht noch nicht dafür, daß sie gegen die gesellschaftliche Verwertung ihres Lebens als Arbeitskraft sind.

Was heißt hier reale Forderung?

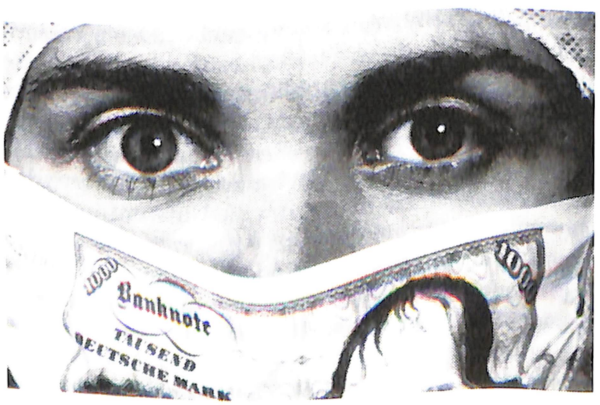
Mit der reformistischen Forderung nach Existenzgeld soll also die Vorstellung von Utopie wieder möglich gemacht werden: Die Vorstellung, 1500 Mark im Monat zu bekommen, ist leichter als die Vorstellung von einem Leben in einer befreiten Gesellschaft.

Die Frage der Realisierbarkeit scheint sich damit zunächst auf die Möglichkeit einer neuen sozialen Bewegung zu beziehen. Wie kann die Existenzgeldforderung formuliert werden, so daß sich möglichst viele Menschen anschließen können? Versucht wird der Spagat zwischen einer sozialtechnologischen Geldforderung und der Forderung nach Überwindung der Verhältnisse. Nebensächlich scheint dabei die Frage, wie denn eine institutionelle Realisierung des Rechtes auf Existenzgeld aussehen könnte. An wen, also an welche Institution, soll sie sich richten, wäre eine der Fragen, die in Bezug auf eine mögliche Realisierung zu stellen wäre. Da aber im Vordergrund steht, die Forderung möglichst offen zu formulieren, um zu gewährleisten, daß sich viele Menschen dafür interessieren könnten, wird es nachrangig, sich zu fragen, welche Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse die Realisierung dieser Forderung (re)produzieren würde. Wenn man jedoch den Anspruch formuliert, Herrschaftsverhältnisse überwinden zu wollen, ist es nötig, diese Forderung nach Geld, formuliert als Recht, mit ihren Implikationen zu Ende zu denken. Es geht mit der Existenzgeldforderung nicht »um einen Gesetzesantrag, der in der laufenden oder übernächsten Legislaturperiode realisiert werden soll, sondern (um) die Einlösung des Versprechens nach einem ›guten Leben für alle.‹«[13] Damit wird an eine Instanz oder Autorität appelliert, die die Verantwortung für das gute Leben hat. Doch wer hat denn ein solches Versprechen formuliert und wer soll in der Lage sein ein solches Versprechen einzulösen? Gemeint ist wohl der bürgerliche Staat als Garant formaler Rechte und der Verpflichtung aller auf diese Rechte. Diese Vorstellung einer repräsentativen Instanz, die für das Wohl der Gesamtheit aller Individuen verantwortlich ist, setzt voraus, daß das Individuum als allgemeines gedacht wird, und damit die Unterwerfung des Einzelnen unter das Allgemeine als selbstverständlich akzeptiert wird. So könnte auch der Kampf um das Einlösen des Versprechens auf ein gutes Leben für alle als eine Bestätigung bürgerlicher Herrschaft samt der damit einhergehenden Hierarchien interpretiert werden. Der Ausgangspunkt einer neuen Bewegung, der Kampf um die Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen, schlägt um in einen Kampf für die Erhaltung des »Ganzen«, also die Erhaltung des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Produktionsweise. Die Suche nach einer politischen Vermittlung reproduziert den für die bürgerliche Gesellschaft konstitutiven Widerspruch zwischen formaler Gleichheit und realer Ungleichheit. Das, wovon man sich befreien will, wird reproduziert. Herrschaftsverhältnisse würden durch die Auszahlung von 1500,– im Monat an alle nicht berührt.

Wahrscheinlich wäre es tatsächlich so, daß mit der Auszahlung des Existenzgeldes zunächst der Zwang schlechte Jobs annehmen zu müssen reduziert würde. Doch besteht die Gefahr neuer Abhängigkeitsstrukturen und neuer Spaltungen, die mit dem Existenzgeld entstehen würden. Vorstellbar sind dadurch neue Fraktionierungen innerhalb der Klassenverhältnisse: Einerseits die Klasse der Menschen, die von Existenzgeld ausschließlich abhängig wären und andererseits der Menschen, die aufgrund ihrer Qualifikation und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Position eben nicht existentiell auf die Auszahlung eines Existenzgeldes angewiesen wären.

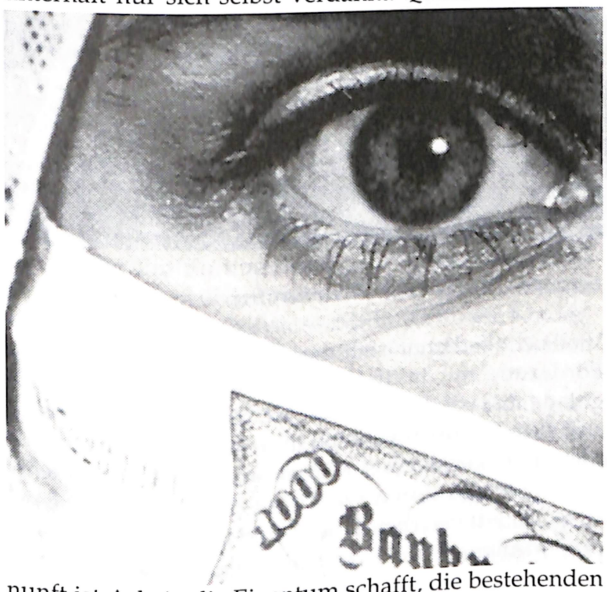
Die Logik der totalen Verwertung

Die Klassengesellschaft, die in den modernen Gesellschaften durch die Logik der totalen Verwertung reproduziert wird, stünde damit also nicht in Frage. Die grundlegende Anerkennung der quasi als natürlich angesehenen kapitalistischen Produktionsweise,



die Respektierung bestehender Eigentumsverhältnisse sind das zentrale Merkmal dieser Logik. Emanzipationsbewegungen, die auf eine gerechtere Verteilung setzen, brechen diese Logik, auch wenn es ihr Wunsch wäre, nicht auf.

Die bürgerliche Ideologie impliziert die Vorstellung, daß derjenige vernünftig ist, der seinen Lebensunterhalt nur sich selbst verdankt. Quelle dieser Ver-



nunft ist Arbeit, die Eigentum schafft, die bestehenden Gesetze dienen dazu, dies zu ermöglichen. Gesellschaftliche Anerkennung ist in dieser Gesellschaft nicht von (Lohn-)Arbeit zu lösen. Die prekäre Situation, in der sich Menschen ohne Arbeit befinden, läßt sich nicht nur mit einem Mangel an ökonomischen Mitteln erklären. Lohnarbeit und nicht bloß Lohn ist der zentrale Vergesellschaftungsmodus und dies trotz Aufweichung der Normalarbeitsbiographie. Die Vorstellung, daß Faulheit etwas verdächtiges, gar kriminelles ist, ist weiterhin tief im Bewußtsein verankert. Auch in den Texten rund um das Existenzgeld finden sich Rechtfertigungsmuster, die der Vorstellung von produktiver Verwertbarkeit für das Allgemeinwohl entsprechen: »Hier wird es um die Durchsetzung eines neuen Arbeitsbegriffs gehen, um neue Kriterien für den Zusammenhang von Tätigkeit und der Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum.« Es kann doch nicht darum gehen, zu beweisen, daß das, was ich tue, von gesellschaftlichem Nutzen ist, bzw. gar zur Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums beiträgt. Damit läuft man Gefahr, die Logik der Verwertung eben nur zu erweitern und nicht für ein ›frei von Verwertung sein‹ zu kämpfen. »Ein erweiterter Arbeitsbegriff würde, weil produktive und kreative Tätigkeiten nicht bloß in Büro und Fabrik verortet werden, auch eine Veränderung der Lebensweise bedeuten.« Mit einer solch positiven Bezugnahme auf Produktivität und Kreativität werden Vorstellungen, die sich unter dem Motto »jeder ist sein eigener Unternehmer« zusammenfassen lassen, nicht in Frage gestellt. Tendenzen, die zeigen, daß die Verwertungslogik noch stärker in das Subjekt verlegt wird, lassen sich bereits feststellen. Flexible Leistungsbereitschaft und der schnelle unbürokratische Zugriff auf die Ware Arbeitskraft sind Beispiele aktueller Entwicklungen, die in einer Forderung nach Existenzgeld berücksichtigt werden müßten.

Es gilt zu intervenieren

»Die gegenwärtigen Versuche, das an seinen Rändern kriselnde System von Arbeitsbeziehungen und Sozialstaat neu zu regulieren, deuten eine umfangreiche Umstrukturierung an, in die es zu intervenieren gilt.«[14] Aus einer Position, die Herrschaftsverhältnisse ablehnt und überwinden möchte, kann eine solche Intervention nur bedeuten, die gegenwärtigen Regulationsversuche zu kritisieren. Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen, bürgerlicher Grundsicherungsmodelle, kann man sich ausmalen, wie mögliche Umstrukturierungen des Sozialstaates aussehen könnten. Da hilft es auch nicht viel, sich vorzustellen, welche Kriterien man entwickeln müßte, wenn man sich denn in einer Situation befände, in der eine Realisierung der Existenzgeldforderung möglich wäre. »Eine linke Existenzgeldforderung müßte also Kriterien entwickeln, die den vielfältigen Widersprüchen und Kritiken an staatlicher Armutsverwaltung, patriarchaler Arbeitsteilung und rassistischer Diskriminierungen (um nur einige zu nennen) Rechnung tragen. Die Höhe der Summe, die Auszahlung an jede Person und die nicht-bürokratische Vergabe können daher zunächst als solche Kriterien dienen.«[15] Für das Formulieren der eigenen Position ist es tatsächlich wichtig, eine Vorstellung solcher Kriterien zu entwickeln. Ob man damit allerdings in stattfindende Umstrukturierungen intervenieren kann, bleibt zu bezweifeln. Man läuft damit Gefahr, einen internen Diskurs zu führen und nicht Widerstand gegen gegenwärtige Disziplinierungs- und Ausschlußmechanismen zu leisten. In diesem Sinne: »Das Schlimme erwarten und aussprechen, damit jedoch versuchen, zur Verwirklichung des Besseren beizutragen.« (Adorno)

Tanja-Maria Müller

|1| Diese kurze Darstellung der unterschiedlichen Varianten der neuen Existenzsicherung, die häufig im Kern nichts gemein haben, soll lediglich ein Hinweis darauf sein, wer sich gerade an den Überlegungen nach neuen Regulationsweisen beteiligt, also auf welches Feld man sich durch eine Beteiligung begibt.

|2| *Arranca!/ak – analyse und kritik* (Hg.) 1999: Schluß mit dem Streß! Sonderbeilage zur Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft. 19-21. März 1999; S.1

|3| Dittmar/Krebs: Arbeit und Existenz, in: *neue hanauer zeitung*, Nr.105; Winter 98/99, S. 31

|4| Adolphs/Karakayalı 1998: Arbeit – Welche Arbeit? in: *diskus* Nr.4, Dez. 98.; S. 35

|5| *Arranca!/ak – analyse und kritik* (Hg.), ebd., S. 1

|6| Diskussionspapier der Gruppe f.e.l.S.: Der schwierige Weg zu einem europäischen Kampf gegen das Kapital.

|7| *wildcat*: Arbeitslosigkeit, Existenzgeld und die Linke

|8| *Arranca!/ak – analyse und kritik* (Hg.), ebd., S. 1

|9| Diskussionspapier der Gruppe f.e.l.S., ebd.

|10| Adolphs/Karakayalı, ebd., S. 36

|11| Diskussionspapier der Gruppe F.e.l.S.: Der schwierige Weg zu einem europäischen Kampf gegen das Kapital

|12| Adolphs/Karakayalı, ebd., S. 35

|13| *Arranca!/ak – analyse und kritik* (Hg.), ebd., S. 1

|14| Adolphs/Karakayalı, ebd., S. 35

|15| ebd.

Politik ohne festen Boden unter den Füßen

Möglichkeiten und Grenzen der Existenzgeldforderung

Warum wird ausgerechnet heute und ausgerechnet in linksradikalen Kreisen eine Forderung attraktiv, die bald zwanzig Jahre auf dem Buckel hat, aber über einige Arbeitsloseninitiativen und ein paar versprengte grüne ParteigängerInnen hinaus nie an Relevanz gewann? Das Faszinierende an der Existenzgeldforderung ist wohl, daß sie eine politische Perspektive eröffnet, die über reine Abwehrkämpfe hinausgeht. Nicht nur abstrakt. Existenzgeld tangiert unmittelbar unseren Alltag und entfaltet dabei einen gewaltigen Schub an utopischen Szenarien. »Wie würde sich dein Leben verändern, wenn es Existenzgeld gäbe?« ist offenbar eine inspirierendere Frage als »Wie würde dein Leben im Sozialismus aussehen (oder wie das Kind genannt werden soll)?« – weil wir selbst kaum noch daran glauben, eine Gesellschaft jenseits der schlechten Verhältnisse erleben zu können, nicht mehr wissen, wie sie zu erreichen ist, geschweige denn, wie sie aussehen könnte. Aus diesen Gründen scheint das Existenzgeld die Chance zu bieten, die Marginalisierung der Linken zu überwinden. Zudem bezweifelt tendenziell niemand die Relevanz der Problematik, an der die Existenzgeldforderung ansetzt und die sich durch eine Fülle von Alltagserfahrungen wie Streß, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Existenzangst, Erwerbslosigkeit vermittelt. Daß der alte Mechanismus der Verteilung von Einkommen und (Lohn-)arbeit nicht mehr funktioniert, thematisieren alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Richtungen, wenn auch unter den unterschiedlichsten Vorzeichen und mit entgegengesetzten Interessen.

Gemessen am linksradikalen Standard, nichts zu vertreten, was Staat und Kapital, Patriarchat und Rassismus bedeuten könnte, ist der Preis der Existenzgeldforderung freilich ziemlich hoch: »1500 DM plus Warmmiete für alle« kommt schlicht in der Form eines potentiellen Regierungsdekrets daher, das sowohl einen Staat (meinetwegen auf ein basisdemokratisch organisiertes Finanzamt reduziert) als auch eine geldvermittelte Ökonomie voraussetzt. Mehr noch, mit der Einführung eines Existenzgeldes wäre weder die Lohnarbeit abgeschafft, noch wären die Geschlechterverhältnisse, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder die internationale Arbeitsteilung nur einen Deut weniger Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Ebensowenig bedingte es eine Abschaffung von Rassismus und Nationalismus.

Letzte Hoffnung Marketing

Vielleicht bedienen sich manche Linksradikale der Forderung nur taktisch: weil die »soziale Frage« gerade mal wieder en vogue ist, die Radikalität des *AC!* zum Träumen verleitet und weil eben niemand mehr von Sozialismus, Kommunismus, Autonomie etc. pp. etwas hören will. Weil die Hoffnung besteht, daß die »Arbeitslosen« und »SozialhilfeempfängerInnen« zur Adrenalinspritze des dahinsiechenden Linksradikalismus werden könnten. Weil sich aus den »Prekarisierten«, zu denen sich vielleicht auch der eine oder die andere postuniversitäre Linke zählen mag, endlich jene Massenbewegung formen soll, die gemäß den eingemotteten Blaupausen linksradikaler Zirkel die Verhältnisse umstürzt.

Ganz abgesehen vom fraglichen Demokratieverständnis jeder avantgardistischen Politik: Wenn die Existenzgeldforderung nur taktisch gemeint ist, dürfte sich der oben skizzierte Impuls schnell erledigt haben. Entweder realisieren die Leute, daß ja überhaupt keine 1500 DM plus Warmmiete gewünscht sind, sondern daß sie eigentlich am altbekannten Projekt der Revolution hier und jetzt mitmachen sollen – und winken ab. Oder es entsteht tatsächlich eine Bewegung, die die Forderung wörtlich nimmt und der die weitergehenden Implikationen der Linken unter Umständen herzlich egal sind. Formulieren die Linksradikalen dagegen von vornherein die Forderung wieder so um, daß ihre Verwirklichung mit dem revolutionären Bruch identisch wäre (etwa daß sie weltweit zeitgleich eingeführt und zugleich die Lohnarbeit abgeschafft werden muß), besteht die Gefahr, dort weiterzumachen, wo sie gerade gescheitert sind: an der Marginalität. Da hilft auch nicht das ausgefuchsteste Werbekonzept.

Spitzfindig könnte nun argumentiert werden, daß die Linken ruhig ernsthaft 1500 DM + Warm-

miete fordern könnten, weil eh nicht die geringste Gefahr droht, daß die Forderung erfüllt wird – auch wenn das viele erst einmal denken. In der Tat reicht ein flüchtiger Blick auf die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse, um die Existenzgeldforderung sofort ins Reich der Utopien zu katapultieren. Außer der PDS diskutieren heute alle Parteien statt den Ausbau sozialer Sicherung lieber die Frage, wie der Sozialstaat um- und abgebaut werden müsse, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, und landen fast unisono bei der Subventionierung niedriger Einkommen. Erheblicher Widerstand findet sich aber auch jenseits des Establishments, selbst bei potentiellen Verbündeten. Die meisten Lohnarbeiter sehen es gar nicht ein, daß sie etwa auf ihre Rente verzichten sollen, um ein Existenzgeld zu finanzieren. Und selbst all denjenigen, die von der Einführung des Existenzgeldes unmittelbar profitieren würden, ist es wahrscheinlich kaum plausibel, warum Arbeitslose, Millionärinnen, Kinder, Hausmänner und Lohnarbeiterinnen gleichermaßen Existenzgeld bekommen sollen.

Angesichts dieser Situation ist Existenzgeld tatsächlich erst einmal nur ein neues Wort für das alte Projekt, die Verhältnisse umzukrempeln. Die Frage ist allerdings, ob die Differenz zwischen der gesetzesförmigen Formulierung der Forderung und der Utopie ihrer Verwirklichung unhintergehbare Bedingung linken Engagements ist. Das Nachdenken über Realisierungsprobleme, die Diskussion, mit welchen gesellschaftlichen Gruppen Bündnisse anzustreben sind, aber auch der Streit um die Höhe des geforderten Betrags wären dann schon ein Verrat am linksradikalen Charakter der Forderung. Eine Existenzgeldbewegung wäre nur dann wünschenswert, wenn all ihre Mitglieder zugleich Linksradikale wären und sie die Forderung zugunsten des radikalen Bruchs mit den Verhältnissen verwerfen. Ob so eine Vereinheitlichung der Gesellschaft überhaupt anzustreben ist, steht noch auf einem ganz anderen Blatt. Zu befürchten bleibt in jedem Fall, daß aus der Beschäftigung mit Existenzgeld dann nicht viel mehr herausspringt, als ein kurzfristiger Hype in der spätlinksradikalen Szene und vielleicht ein paar neue AktivistInnen.

Utopie in Form eines Regierungsdekrets

Wenn die Existenzgeldforderung aber nicht nur Köder für führungsbedürftige Massen oder ein zeitgemäßeres Outfit für gescheiterte linksradikale Strategien sein soll, dann bedeutet dies, die Einführung des Existenzgeldes auch als Gesetzesprojekt gutzuheißen. 1500 DM + Warmmiete sind ja durchaus verlockend, und nicht wenige schlußfolgern aus ihren eigenen Träumen, daß dann quasi automatisch sowieso niemand mehr lohnarbeiten würde. Die Existenzgeldforderung ist in dieser Sichtweise so etwas wie eine listig formulierte Reform, die mit der Überwindung der Lohnarbeit identisch wäre.

Mal abgesehen von den skizzierten Kräfteverhältnissen und ungeachtet der anderen Widersprüche, die mit der Abschaffung der Lohnarbeit ja noch keineswegs verschwunden wären, wird in diesem attraktiven Gedankenspiel meilenweit die Funktion der Lohnarbeit als Vergesellschaftungsmodus Nummer 1 unterschätzt. Der Zwang zur Lohnarbeit vermittelt sich in der BRD eher selten durch ein Unterschreiten der absoluten Reproduktionsgrenze des Einzelnen (sprich: Verhungern), noch allein durch ein Unterschreiten des notwendigen finanziellen Backgrounds, um am gesellschaftlichen Leben angemessen teilhaben zu können. Lohnarbeitsverhältnisse stehen im Zentrum gesellschaftlicher Anerkennung – selbst in unseren Kreisen. Genau hier liegt die Gefahr, daß sich aus dem Gesetzesprojekt Existenzgeld ein schlanker Sozialstaat entwickelt, der die Gesellschaft um so nachhaltiger spaltet. Existenzgeld läßt sich durchaus als moderne soziale Absicherung von hochqualifizierten und flexiblen DienstleisterInnen denken, die zwischen kurzfristigen Jobs leider immer wieder mal erwerbsarbeitslos sind, aber im Gegensatz zu Geringqualifizierten und Leuten, die überwiegend Reproduktionsarbeiten leisten, prinzipiell wieder an hochdotierte Lohnarbeit kommen können. Dieser potentielle Interessengegensatz, dem eine gleichzeitige radikale Arbeitszeitverkürzung die Sprengkraft nehmen kann, sollte nicht geleugnet werden, wenn postuniversitäre Linksradikale und Bohemiens ein Bündnis mit den Marginalisierten suchen.

Dennoch gibt es Gründe, für ein Existenzgeld als Gesetzesprojekt zu kämpfen, nämlich sofern es für eine Strategie steht. Mit dem Existenzgeld wären zwar weder der Kapitalismus noch all die anderen gesellschaftlichen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse überwunden, aber es besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich durch die *Minderung* des Zwangs zur Lohnarbeit die Ausgangsposition verbessert, sowohl das Lohnverhältnis abzuschaffen, notwendige Arbeiten gerechter zu verteilen, als auch die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen. Die aktuellen Anstrengungen müßten sich dann in gleicher Weise auf die Durchsetzung des Existenzgeldes wie auch auf die Verknüpfung der Forderung mit weiterreichenden Zielen richten.

Mit Existenzgeld als Strategie dürfte die Linke Realisierungsprobleme, sowohl bezüglich der Kräfteverhältnisse (etwa welches Verhältnis zu den Gewerkschaften eingenommen werden sollte) als auch in technischer Hinsicht (etwa ob die Rentenkassen zugunsten des Existenzgeldes aufgelöst werden sollten, ob auch Kinder voll existenzgeldberechtigt sind oder ob eine radikale Arbeitszeitverkürzung notwendiger Bestandteil sein muß) als auch in ihrer Auswirkung auf andere gesellschaftliche Verhältnisse, gerade nicht beiseite schieben. Die Diskussion der Realisierungsprobleme, die auch im Verwerfen der ursprünglichen Forderung enden könnte, ist sogar Voraussetzung für die Entstehung einer systemkritischen Existenzgeldbewegung, sofern sie nicht sich selbst genügen will, sondern auf die Durchdringung der Gesellschaft zielt.

Ohne Zweifel liegt in der Diskussion der Realisierungsprobleme die Gefahr, zugunsten aktueller Machbarkeit – etwa bezüglich der Finanzierbarkeit, der Verfassungskompatibilität oder der Suche nach mächtigen Verbündeten – das utopische Ziel der Forderung aus den Augen zu verlieren, sprich: »einverleibt« zu werden. Diese Gefahr beginnt aber weder mit der Diskussion der Realisierungsprobleme, noch wäre sie mit der Konzentration auf utopische Potentiale oder gar auf bloße Kritik gebannt. Würde tatsächlich eine breite Existenzgeldbewegung entstehen, ließen sich weder die Diskussion der Realisierungsprobleme noch die Formulierung konkreter Gesetzesinitiativen verhindern, geschweige denn die partielle Übernahme durch die politischen Gegner. Egal, wie unvermittelt die Forderung vorgetragen wird. Selbst radikale Kritik ist vor der Gefahr nicht gefeit, zur Begründung entgegengesetzter politischer Projekte zu werden. Die einzige Garantie gegen die Vereinnahmung einer Bewegung wäre ihre Irrelevanz, alles andere ist eine Frage des fortwährenden Kampfes innerhalb der Bewegung und des eigenen Engagements.

Allerdings könnte die perspektivische Diskussion einer Forderung, das Ausloten ihres Gehalts und die argumentative Verkopplung mit weitergehenden politischen Zielen dabei helfen, den Preis der Vereinnahmung hochzutreiben und damit die Chancen für weiterreichende Veränderungen zu verbessern. Von der anderen, der utopischen Seite betrachtet, kommt es also darauf an, die Diskussion so zu organisieren, daß die Realisierungsprobleme mit der systemüberwindenden Perspektive möglichst eng verkoppelt werden. Allein den Zwang zur Lohnarbeit mindern zu können, reicht als Perspektive freilich bei weitem nicht aus. Zurecht lernte die Linke in den vergangenen Jahrzehnten, daß die sogenannten anderen Widersprüche, Geschlechterverhältnis, Rassismus, Nationalismus, gesellschaftliche Naturverhältnisse, eben gerade nicht im Kapitalverhältnis aufgehen. Weil die Existenzgeldforderung zwar an einer der zentralen Säulen der Vergesellschaftung rüttelt, sie die anderen gesellschaftlichen Verhältnisse dennoch nicht automatisch in Frage stellt, aber sich auf diese massiv auswirkt, ist es entscheidend, die Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen mit den anderen gesellschaftlichen Verhältnissen zu einem integralen Moment der Strategiediskussion zu machen. In jedem Fall hieße das, die Existenzgeldforderung in ihren Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Verhältnisse zu diskutieren (und unter Umständen zu verwerfen), anstatt das goldene Zeitalter zu versprechen oder gemäß der bisherigen Praxis der radikalen Linken die Forderungen aus den einzelnen Verhältnissen unverbunden nebeneinander aufzulisten.

Die Chance, die das Existenzgeld bietet, ist eine Re-Formierung der Linken, die nach 25 Jahren neoliberaler Konterrevolution systematisch desartikuliert ist. Es gibt gewiß mehr Linke als es den Anschein hat, aber es gibt keine Linke mehr, nicht zuletzt, weil es sehr schwierig geworden ist, zu sagen wer oder was links ist – es sei denn, der eigene Standpunkt wird zum alleinigen Kriterium. Der Ausgang dieses Re-Formierung ist höchst ungewiß, weil die gesellschaftliche Entwicklung schlicht nicht zu planen ist. Der Platz auf der Tribüne freilich, von dem aus über den Niedergang der Linken lamentiert wird, gehört selbst zur anhaltenden Aufführung des Stücks »Der Untergang der Neuen Linken«. Wie sollen sich die Verhältnisse denn bessern, wenn wir diese Praxis beibehalten?

Frieder Dittmar

True Colours

In der Diskussion um den Einzug der Universität in das I.G. Farben-Gebäude und den adäquaten Umgang mit dessen Geschichte sind etwas überspitzt formuliert zwei einander gegenüberstehende Positionen auszumachen: Während die Vertreter der einen glauben, durch die verschleiernde Umbenennung in Poelzig-Ensemble (als handele es sich um sein Wohnhaus) und das Anbringen einer Gedenktafel sei die Vergangenheit »bewältigt« und somit vergessen[1], scheinen die anderen den Versuch zu unternehmen, das Bauwerk selbst für das, was darin geplant und verwaltet wurde, haftbar zu machen – so als hätte Poelzig 1927 die Rolle der I.G. Farben im Nationalsozialismus antizipiert und ihr in vorauseilender Zustimmung architektonisch Ausdruck verliehen; mit einem Wort: das Gebäude sei protofaschistisch.

Von der schlichten These ausgehend, daß groß gleich monumental und monumental gleichbedeutend mit Herrschaft sei, ist zwar der angeblich faschistoide Gehalt von Poelzigs Architektur in der Tat schnell bewiesen, der verbrecherische Charakter der I.G. Farben enthüllt sich durch diese Etikettierung jedoch nicht. Mystifizierung war noch selten hilfreich und ist es auch in diesem Fall nicht. Was damit in erster Linie – wenn auch sicher unbeabsichtigt – bewirkt wird, ist, daß über die Geschäfte der I.G. Farben selbst kaum mehr gesprochen wird, es keine handelnden Personen und keine Kapitalinteressen mehr gibt, sondern nur noch ein Gebäude, das dunkel von Macht und Herrschaft wispert und dessen Wände schlimme Geschichte ausdünsten.

Farbenlehre

Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, etwas Aufklärung zu betreiben und zunächst sehr kurz und zugegebenermaßen nicht eben vollständig Geschichte und Struktur der I.G. Farben vor 1933 zu schildern: Die I.G. Farben AG entstand 1925 durch den Zusammenschluß der Firmen BASF, Bayer, Hoechst (mit Cassella und Kalle), Agfa, Weiler-ter-Meer und Griesheim-Elektron. Diese Firmen übertrugen ihr Vermögen gegen die anteilige Gewährung von Aktien der BASF, die sich dann anschließend in I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft umbenannte. Der Konzern umfaßte die gesamte deutsche Teerfarbenindustrie sowie alle mit ihr zusammenhängenden Bereiche, wie zum Beispiel Stickstoffdüngemittel, Sprengstoffe, Arzneimittel, photographische Erzeugnisse, Kunstseide, Lösungsmittel und Lacke und noch so vieles andere mehr, daß es hier nicht alles aufgezählt werden kann. Organisatorisch war der Konzern zwar in fünf regionale Betriebsgemeinschaften gegliedert, der Verkauf jedoch zentralistisch in sechs Produktsparten zusammengefaßt.

Treibende Kraft hinter der Entstehung der I.G. war Carl Duisberg, der Direktor von Bayer Leverkusen, der diesen Plan schon seit 1904 verfolgte, um die beherrschende Stellung der deutschen chemischen Industrie auf dem Weltmarkt zu sichern. Aufgrund des Rohstoffmangels, der durch den Ersten Weltkrieg nicht nur nicht behoben, sondern entgegen allen Plänen um ein vielfaches verschlimmert worden war, stand die chemische Industrie in Deutschland vor der Notwendigkeit natürliche Rohstoffe durch künstlich hergestellte zu ersetzen. Schon vor 1914 bekannte Verfahren wie zum Beispiel die von Fritz Haber entwickelte Ammoniaksynthese (Ammoniak diente als Grundstoff für Düngemittel und Sprengstoffe und ersetzte den bis dahin gebräuchlichen Chilesalpeter) wurden während des Ersten Weltkrieges mit staatlicher Unterstützung zur industriellen Einsatzreife gebracht. Durch den Krieg mußte die chemische Industrie zwar zunächst Umsatzeinbußen hinnehmen – ihr Anteil an der chemischen Weltproduktion sank von

vierundzwanzig auf siebzehn Prozent, die Verluste durch Enteignungen usw. betrugen fünfzig Prozent – allerdings hatte der Krieg auch einen Innovationsschub zur Folge, der die negativen Auswirkungen relativ leicht verschmerzen half. Der ebenfalls kriegsbedingte Konzentrationsprozeß führte 1916 zunächst zur Gründung der sogenannten »kleinen« I.G., einem noch losen Zusammenschluß weitgehend selbständig bleibender Firmen, bis sich diese dann 1925 in einer Aktiengesellschaft – eben der I.G. Farben – zusammenschlossen. Deren Firmenpolitik war durchaus expansiv, was sowohl zu weiteren Fusionen und Beteiligungen führte, wie auch zur Gründung zahlreicher Kartelle sowie dem Abschluß anderer preis- und absatzregelnder Verträge. Ziel war dabei zum einen die Ausweitung der ohnehin schon monopolartigen Stellung, zum anderen die Einflußnahme auf die rohstofferzeugende Industrie, wie zum Beispiel den Bergbau. Ihren höchsten Beschäftigungsstand erreichte die I.G. Farben 1928 mit 114185 Beschäftigten. In diesem Jahr verlegte sie den Sitz ihrer Hauptverwaltung nach Frankfurt, eine Gunst, für die die Stadt einiges springen ließ: Nicht nur stellte sie das Grundstück zur Verfügung – was die Verlegung und somit den Neubau der bis dahin dort befindlichen Städtischen Irrenanstalt (✖/❶) erforderlich machte – sie stellte auch den Bau von etwa dreihundert neuen Wohnungen speziell für I.G. Farben-Angestellte in Aussicht und zwar in zwei neu zu errichtenden Siedlungen in unmittelbarer Nähe des Firmensitzes.

Die Frage nach der Anmutungsqualität

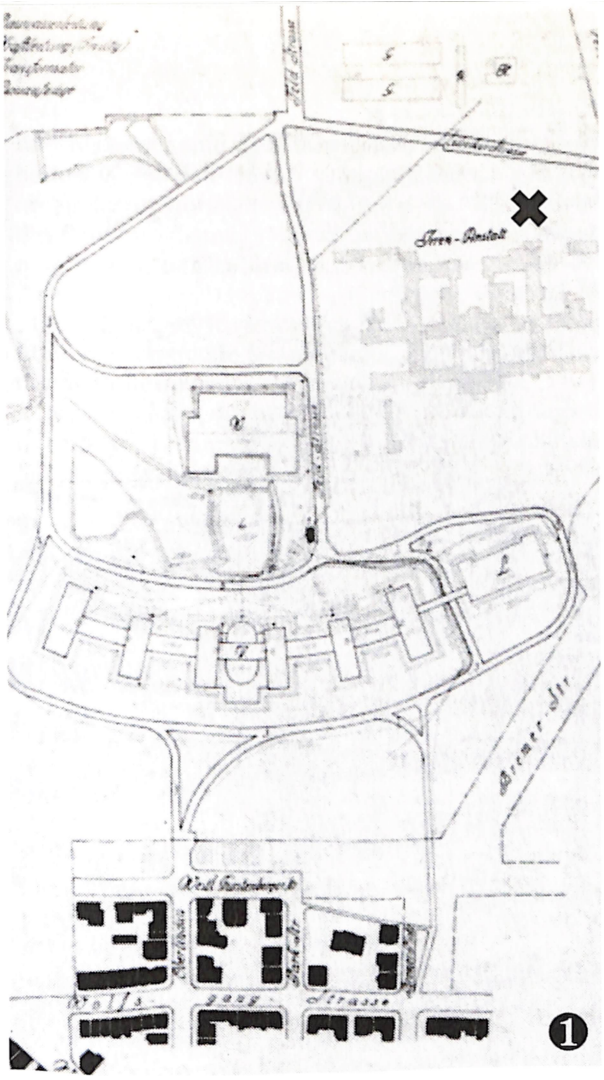
Und so ist das I.G. Farben-Haus: ein großes Büro- und Verwaltungsgebäude, geplant für den damals größten deutschen Konzern von einem der zu dieser Zeit berühmtesten deutschen Architekten. Nicht mehr und nicht weniger mit allen sich daraus ergebenden – auch mörderischen – Implikationen. Daß ein solches Bauwerk notwendig von Herrschaft spricht, liegt am Kapitalismus und ist eine ziemlich banale Feststellung. Interessanter scheint mir allerdings eine Untersuchung der von Poelzig zu diesem Zweck eingesetzten Mittel: Auf welche Weise demonstriert Poelzig die wirtschaftliche Potenz des I.G. Farben-Konzerns?

Das Gebäude entstand von 1929–31 auf der Grundlage eines beschränkten Wettbewerbs, an dem auf Einladung der I.G. sechs Architekten mit fünf Entwürfen teilnahmen. Außer Hans Poelzig waren dies Paul Bonatz, ein Vertreter der traditionalistischen Stuttgarter Schule, Fritz Höger, der Architekt des berühmten Hamburger Chilehauses und Exponent eines stark regionalistisch geprägten (norddeutschen) Backsteinexpressionismus, Jacob Koerfer, ein Kölner Architekt und Bauunternehmer mit wenig künstlerischer Reputation aber großen Erfahrungen im Bau von Verwaltungsgebäuden, sowie der Frankfurter Stadtbaudezernent Ernst May zusammen mit Martin Elsaesser, dem künstlerischen Leiter des Hochbauamtes. Die beiden letztgenannten waren die einzigen dezidiert modernen Architekten und wohl nur deshalb eingeladen, um eine Brüskierung der Stadt Frankfurt zu vermeiden. Leider liegt mir von den ausgeschiedenen Wettbewerbsbeiträgen nur der von May und Elsaesser vor, aber nach allem was ich von Koerfer, Bonatz und Hoeger bis jetzt so gesehen habe, ist uns da vermutlich viel erspart geblieben.

Die Frage ist nun, warum die nur mit IG Farben-Vertretern besetzte Jury des Wettbewerbs sich durch Poelzigs Entwurf offenbar am adäquatesten repräsentiert fühlte, so daß sie diesen für ihren zukünftigen Firmenhauptsitz auswählte. Was macht Poelzigs Plan so besonders geeignet für diese Aufgabe, was hat er, was die anderen nicht haben? Dabei geht es nicht um funktionalistische Überlegungen, denn natürlich ist das Gebäude für seine Zwecke sinnvoll organisiert, sondern um – wie es die Postmoderne nennen würde – seine »Anmutungsqualität«, d.h. in diesem Fall um seine Tauglichkeit als symbolische Versteinerung eines Großkonzerns. Zum Vergleich und als Kontrast werde ich den abgelehnten Entwurf von May und Elsaesser heranziehen – als Beispiel einer radikal anderen Konzeption, die daher notwendig scheitern mußte.

Wie es ist: Poelzig

Beginnen wir mit einer Beschreibung: Das Gebäude ist ein zweihundertfünfzig Meter langer Kreisbogenausschnitt von elf Meter Breite. Die sechs radial angeordneten Querflügel sind jeweils fünfzig Meter lang bei einer Breite von sechzehn für die beiden äußeren, bzw. vierzehn Meter für die inneren Flügel. Die kammartige Anordnung der Querflügel sorgt für gute Belichtung aller Räume und bietet bei großen Komplexen eine Alternative zur Blockbebauung mit Innenhöfen. Der Prototyp dieser Form ist das General Motors Building in Detroit (1917–21) von Albert Kahn. Die Höhe beträgt fünfunddreißig Meter bei neun Geschossen, wobei die Geschoßhöhe vom Parterre nach oben hin abnimmt (von 4,6 auf 4,2 m). Das Stahlskelett ist mit Travertin verkleidet, also von außen nicht sichtbar, die Fenster in durchlaufenden nur von den betonten Ecken unterbrochenen Bändern angeordnet. Das Dachgeschoß ist fensterlos und bildet so einen deutlichen Abschluß. Der (einzige) Eingang befindet sich in der Mittelachse des Gebäudes, ihm ist ein tempelartiger Pfeilerportikus vorgelagert, der die Eingangssituation würdevoll überhöht – ein relativ gebräuchliches Motiv bei Verwaltungsbauten dieser Zeit. Der Eingangsbereich ist einigermaßen prunkvoll gestaltet: die Eingangs- und Fahrstuhltüren sind aus Bronze, Decke und Wände des Windfangs sind mit Bronzeplatten und Kupferfriesen verkleidet. Die dahinterliegende Eingangshalle mit den zwei geschwungenen Treppenaufgängen hat eine Decke mit Blattaluminiumauflage und Marmorwände mit Zickzackmuster. Gleichfalls in der Mittelachse auf der Rückseite des Gebäudes befindet sich ein angesetzter vollständig verglaster Rundpavillon (die heutige Eisenhower-Rotunde, falls die Universität sich nicht zu einer Umbenennung veranlaßt sieht), der den Blick auf das ebenfalls auf dieser Achse liegende Wirtschaftsgebäude (das heutige Kasino) in etwa hundert Meter Entfernung freigibt. Die anderen auf dem Gelände untergebrachten Nebengebäude (Laborato-

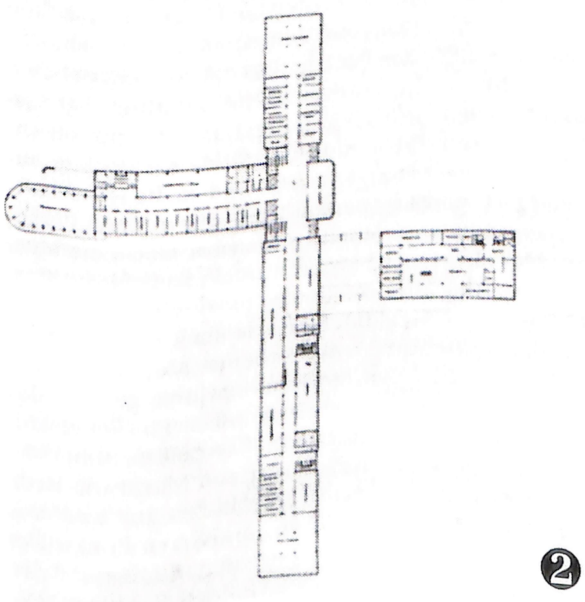


❶

rium, Garagen, Heizwerk) haben keinen räumlichen Bezug zum Hauptbau, sie liegen verstreut am Rand des Parks. Die zwischen Haupt- und Wirtschaftsgebäude liegende und daher von der Stadt aus nicht sichtbare Parkanlage läßt mit ihren Terrassen und den stufig angeordneten Wasserbecken an ein barockes Gartenparterre denken. Weitere Merkmale stützen den Eindruck einer bewußten Verwendung barocker Stilelemente (wobei ich nicht das Gebäude selbst meine, da halte ich mich aus einer Stilbestimmung lieber raus, sondern die imperiale Geste, mit der Poelzig hier verfährt), zum Beispiel daß der eigentliche Park erst hinter dem Gebäude beginnt, während vorne nur eine einfache Rasenfläche eingeplant war, oder auch daß die dem Betrachter zugewandte Seite des Gebäudes die konvexe und damit abweisende ist.[2]

Im Gegensatz zur barocken Schloßanlage fehlt hier aber die Anbindung an die Stadt: Die zentrale Achse läuft ins Leere, weil sie die stadträumlichen Gegebenheiten ignoriert und sich nicht aufs vorhandene Straßennetz bezieht. Vom funktionalistischen Gesichtspunkt aus könnte man folglich kritisieren, daß Poelzig auf eine sinnvolle Verkehrsanbindung offensichtlich wenig Wert gelegt hat, aber das ist hier nicht der Punkt. Es geht vielmehr um die beabsichtigte Wirkung: Das Gebäude liegt hoheitsvoll um seine Bedeutung wissend und dabei einen deutlichen Achtungsabstand wahrend im Park und riegelt diesen von der Stadt ab. Es hat es sichtlich nicht nötig, sich in irgendeiner Weise auf seine Umgebung zu beziehen, seine Haltung ist vielmehr die der Ignoranz vielleicht sogar der Verachtung. Die kompakte Blockhaftigkeit des Bauwerks, seine einheitliche Höhe sowie die wie hervorspringende Bastionen ausgebildeten Querflügel lassen an eine Festung denken, die sich gegen die Stadt verteidigt – wobei Poelzig nichts unternimmt, um diese Wirkung abzuschwächen, im Gegenteil: Sowohl die insgesamt horizontale Betonung als auch die Natursteinverkleidung unterstreichen den quasi »wehrhaften« Eindruck, den das Gebäude von außen hervorruft. Innen liegt die Sache etwas anders, denn die Eingangshalle ist zwar recht verschwenderisch ausgestattet und daher auch ziemlich beeindruckend (soviel Marmor!), aber nicht monumental. Ihre über zwei Stockwerke reichende Höhe wird durch den Einzug einer Empore relativiert und die doch etwas steife Feierlichkeit durch die den Blick ins Freie ermöglichende Rotunde gemildert.

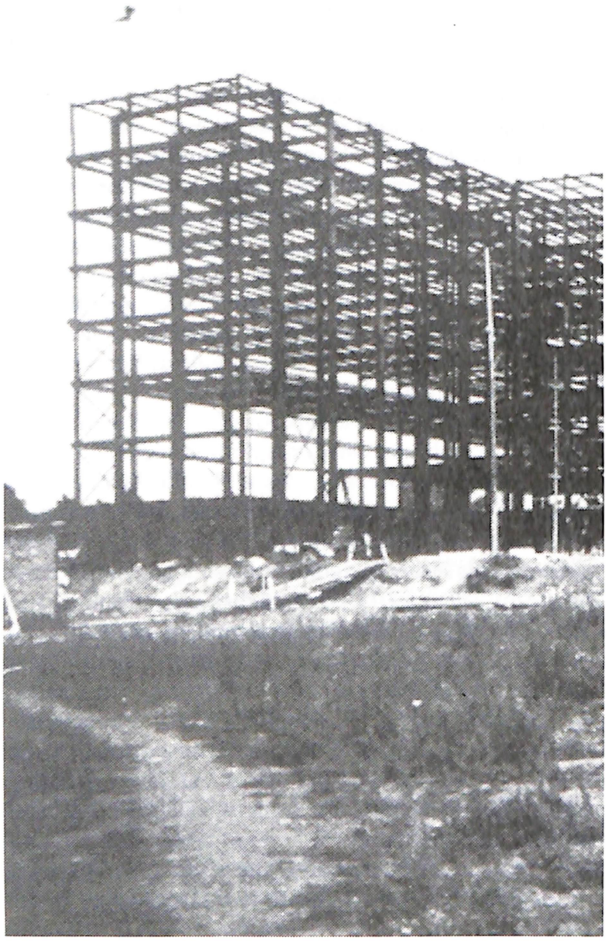
Soweit zum real existierenden I.G. Farben-Haus, jetzt zum imaginären von May und Elsaesser.

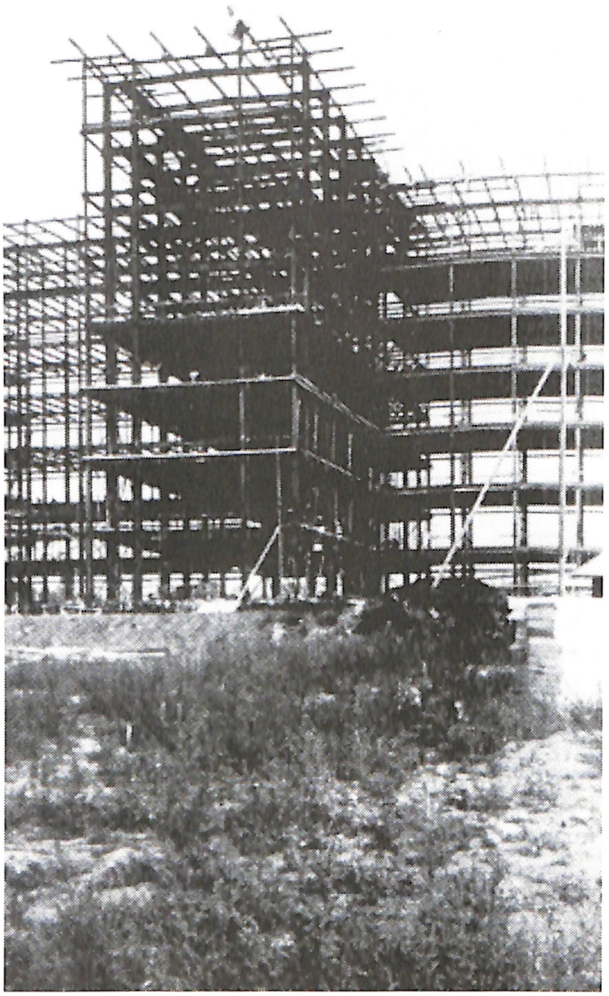


❷

Wie es hätte sein können: May/Elsässer

Zuerst eine Vorbemerkung: Es geht nicht darum zu entscheiden, welcher Entwurf besser oder womöglich sogar schöner ist, auch ist es nicht so, daß ich den von May und Elsaesser (❷) für besser, weil moderner halte, Ziel dieser Übung ist vielmehr, die Spezifika des Poelzigschen Baus durch den Vergleich und den Hinweis auf konzeptionelle Unterschiede nochmals deutlicher hervorzuheben. Leider folgt zunächst eine zweite Beschreibung, die in diesem Fall aber etwas kürzer ausfällt und zumindest keine weiteren Maßangaben enthält: May/Elsaesser entwerfen eine stark gegliederte Anlage, deren vier Flügel »turbinenartig« (ihre Worte) angeordnet sind, man könnte auch sagen in der Form eines in der Mittelachse verschobenen Kreuzes. Die einzelnen Flügel sind unterschiedlich hoch und in ihren Funktionen deutlich getrennt. Der Hauptflügel – durch seine Höhe auch äußerlich als solcher erkennbar – enthält Sitzungs- und Vorstands-





räume sowie die Hauptverwaltung Im Nord- und Südflügel befinden sich Geschäftsräume, Archiv, Post- und Bankstelle, während im deutlich niedrigeren Ostflügel die Gesellschaftsräume und die Kantinen untergebracht sind. Den Mittelpunkt der Anlage bildet ein großes Treppenhaus. Auch hier handelt es sich um eine Stahlskelettkonstruktion, wobei der Sockel mit geschliffenem Haustein und die übrigen Flächen mit weißglasierten Majolikaplatten verkleidet werden sollten. Es gibt zwei Eingänge, wovon der erste an der Breitseite des Hauptgebäudes (wichtigen) Gästen und Direktoren vorbehalten bleibt und der zweite an dessen Stirnseite für Angestellte und Beamte gedacht ist. Das Gelände vor dem Gebäude – also im Winkel zwischen Haupt- und Südflügel – ist als offenes, in Terrassen ansteigendes Forum gestaltet. Durch dieses von den Architekten als »Ehrenhof« bezeichnete Forum führt eine repräsentative Zufahrt zum Gäste- und Direktoren-Eingang. Besonderen Wert legen May/Elsaesser auf eine gute Verkehrsanbindung und auf eine Einfügung des Gebäudekomplexes in das vorgefundene Straßensystem. Mit seiner Nord-Süd/Ost-West-Ausrichtung paßt sich das Gebäude der gründerzeitlichen Blockstruktur des Westends an und bildet so einen auf seine städtebauliche Wirkung hin angelegten Abschluß zu den Freiflächen des Grüneburgparks.

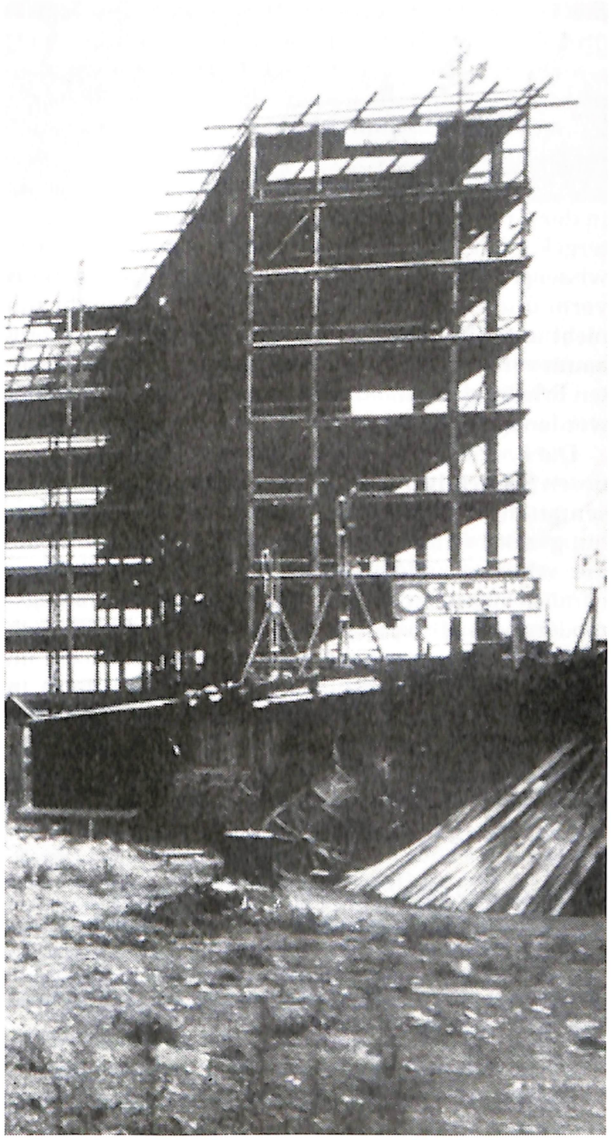
Damit ist einer der wichtigsten Unterschiede schon benannt: May/Elsaesser konzipieren ihr Gebäude nicht als Solitär, wie Poelzig dies tut, sondern nehmen Rücksicht auf die vorgefundene Situation. Ihr Gebäude versteht sich als Teil der Stadt: Integration anstelle von selbstgewählter Isolation. Wo Poelzig auf demonstrative Massigkeit setzt und so die wirtschaftliche Macht des I.G. Farben-Konzerns mit architektonischen Mitteln unmittelbar erfahrbar macht, nehmen sich May/Elsaesser bewußt zurück: Sowohl die starke Gliederung und die unterschiedlichen Höhen der verschiedenen Gebäudeteile wie auch die Helligkeit der als Verkleidung vorgesehenen Majolikaplatten tragen dazu bei, den Eindruck ehrfurchtgebietender Größe, den ein Bauwerk dieser Ausmaße zwangsläufig hervorruft, zu vermindern. Das soll nicht heißen, daß bei den beiden nicht auch von Macht die Rede wäre, nur drückt sie sich hier anders aus und was wichtiger ist, sie zielt auf einen anderen Punkt. Der Grund für diese Differenz liegt in den unterschiedlichen Entwurfshaltungen der beiden Parteien: May

und Elsaesser sind Funktionalisten, was Poelzig auch beim I.G. Farben-Haus – entgegen dessen gängiger architekturhistorischer Einordnung als »Meisterwerk des Funktionalismus« – nicht ist. Sehr verkürzt könnte man sagen, daß es ihm in der Hauptsache auf den Ausdruck eines Gebäudes ankommt, während für May/Elsaesser funktionale Erwägungen, in erster Linie eine sinnvolle Binnenorganisation, die entscheidende Rolle spielen.

Sinnvoll kann die Struktur eines Gebäudes aber nur dann sein, wenn sie die Organisationsstruktur des Benutzers widerspiegelt, die in diesem Fall (wie in den meisten anderen) eine hierarchische ist. Die dem Poelzig-Bau eigene »Ambivalenz zwischen nobilitierter Arbeitsstätte und glorifiziertem Konzern«[3], was auch heißt, daß betriebliche Hierarchien durch die Architektur zum Teil verschleiert werden, ist bei May/Elsaesser zugunsten einer eindeutigen Aussage aufgelöst. Exemplarisch zeigt sich dies in der Behandlung der Eingänge: Während Poelzig für seinen Bau nur einen und zwar prunkvollen Eingang vorsieht, der gleichermaßen vom Direktor wie der kleinen Sekretärin zu benutzen ist, gibt es bei May und Elsaesser einen Direktoreneingang mit deutlichem Abstand zur Straße, der über eine relativ lange Autozufahrt zu erreichen ist, und einen zweiten größeren, dicht an der Straße gelegenen für die Angestellten, die ihren Arbeitsplatz zu Fuß, bzw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen. Diese Lösung ist sicherlich »praktischer« im Sinne einer Trennung verschiedener Funktionen – da Repräsentation, dort möglichst reibungslose Abwicklung großer Verkehrsströme – aber sie weist dem Einzelnen auch sehr deutlich eine bestimmte Stellung innerhalb der Firmenhierarchie zu. Dabei handelt es sich mit Sicherheit nicht um eine Aussage, auf die es May/Elsaesser bewußt angelegt hätten (womöglich in subversiver Absicht), sondern um einen unbeabsichtigten »Nebeneffekt« funktionalistischen Entwerfens. Beide Gebäude also, das reale wie das imaginäre, sprechen gleichermaßen von Macht, auch wenn sie ihre Botschaften in entgegengesetzte Richtungen schicken. Daß die I.G. Farben-Chefs es vorzogen, ihre Macht gegenüber der Öffentlichkeit und nicht gegenüber ihren Angestellten zu verkünden, liegt in der Natur der Sache und erklärt ihre Entscheidung für den Entwurf Poelzigs.

Und was wird daraus?

Bleibt noch zu überlegen, ob der Einzug der Universität irgend etwas an der beschriebenen Wirkung – ein festungsartiger Bau mit feudaler Attitude, der sich hoheitsvoll vor der Stadt zurückzieht – wird ändern können. Das Gebäude ist nun einmal da und ein Wechsel des Eigentümers führt nicht automatisch zu einer anderen Ausstrahlung. Zudem sind möglichen Umgestaltungswünschen seitens der Universität durch die Auflagen des Denkmalschutzes enge Grenzen gesetzt – und das ist hier durchaus positiv gemeint. Entscheidend ist daher, ob und inwieweit die Universität bereit ist, ihr neues Prunkstück auch dem gemeinen Volk ohne Hochschulzugangsberechtigung zu öffnen. Immerhin war der Park bis 1972 frei



zugänglich. Erst nach dem Anschlag der RAF auf das *American Headquarter* im Mai 72 durfte er nicht mehr betreten werden, wurde der Zaun errichtet und ein Wachdienst eingesetzt. An dieser Situation hat sich auch nach dem Abzug der Amerikaner kaum etwas geändert, sieht man von den von Zeit zu Zeit veranstalteten kulturellen Ereignissen einmal ab, deren Beschaffenheit aber wiederum Zugangsschranken anderer, nämlich sozialer Art errichtet. Und im Moment ist durch den Umbau das Betreten für Unbefugte ohnehin nicht möglich.

Hoffnung ist zwar nicht verboten, aber, wie die momentanen Diskussionen um Sicherheitsstandards usw. zeigen, wäre es doch ziemlich vermessen, hier einen Wandel zum Besseren zu erwarten: Zaun, Wachdienst und Ausweiskontrolle sind da weit eher wahrscheinlich – und immer gerechtfertigt durch die Kostbarkeit des Baudenkmals »Poelzig-Ensemble«: Wenn da einer was dranschmiert? Das wäre dann nicht mehr nur Sachbeschädigung, sondern mindestens eine Kulturschändung, die es selbstverständlich mit allen Mitteln zu verhindern gilt.

Mittlerweile gibt der Unipräsident zwar mächtig damit an, daß der Universität jetzt der schönste Cam-

pus Deutschlands zur Verfügung stünde und schwadroniert großartig von »Entwicklungsmöglichkeiten«, verschweigt dabei aber tunlichst, daß der Bockenheimer Campus und die in den Fünfziger und Sechziger Jahren von Ferdinand Kramer entworfenen Gebäude praktisch seit ihrer Fertigstellung systematisch vernachlässigt werden.[4] Insbesondere das Philosophicum in der Gräfstraße ist inzwischen einigermaßen heruntergekommen und steht nach dem Umzug der geisteswissenschaftlichen Fachbereiche ins I.G. Farben-Haus vermutlich zur Disposition. Da das Philosophicum nicht unter Denkmalschutz steht, wird sich ein Abriß kaum verhindern lassen, der zudem mit dem schlechten Erhaltungszustand des Hauses trefflich begründet werden kann.

Die Bauten Kramers waren wegen ihrer unprätentiösen Schlichtheit, die sich nur schwerlich zu Repräsentationszwecken eignet, schon zu ihrer Entstehungszeit heftig umstritten und werden auch heute nur selten in angemessener Weise wahrgenommen: nämlich als exemplarische Bauwerke der Nachkriegsmoderne, als »Beispiel für demokratisches Bauen nach 1945, welches sich gegen restaurative Tendenzen im deutschen Wiederaufbau wendet« (Astrid Hansen). In einer Umfrage der Zeitschrift *Christ und Welt* zum Thema Repräsentationsbauten schrieb Alexander Kluge 1958:

»Bei weitem die glänzendsten Leistungen sind für mich die Universitätsbauten von Ferdy Kramer in Frankfurt am Main: Der Hörsaal-Kubus, das Seminar-Hochhaus, das Biologische Camp, die neue Mensa und die erst entworfene Universitätsbibliothek. Hier entsteht eine Universität aus einem geistigen Zusammenhang, und ich bin sicher, daß mehr noch als das, was in dieser Universität geschieht, das Gehäuse die nächsten hundert Jahre überstehen wird. Kramers Bauen ist funktionell, billig und von einer fast zarten Form, wie ich Ähnliches sonst in Deutschland kaum kenne.«

Jetzt steht zu befürchten, daß der Teilumzug der Universität endlich die Gelegenheit bietet mit dem ungeliebten »Erbe« aufzuräumen und sich en passant einiger der meistgehaßten Gebäude, wie eben des Philosophicums, zu entledigen.

Heike Heer

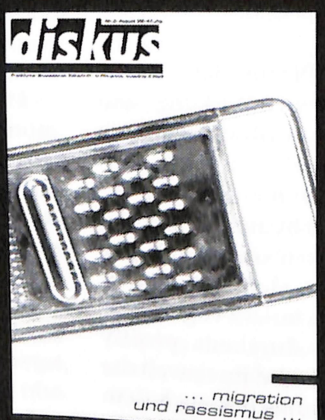
|1| Was dieser revisionistischen Position eine hübsche ironische Wendung verleiht, ist die Tatsache, daß gerade die »unheilvolle« Vergangenheit über-haupt erst die universitäre Nutzung des Gebäudes ermöglicht hat: Liebend gerne hätte die Bundesvermögensverwaltung das I.G. Farben-Haus an meistbietend verkauft, anstatt es für einen Dumpingpreis dem Land Hessen zu überlassen. Das Problem war nur, daß weder ein internationaler Konzern noch die Europäische Zentralbank sich mit dieser Adresse schmücken wollte.

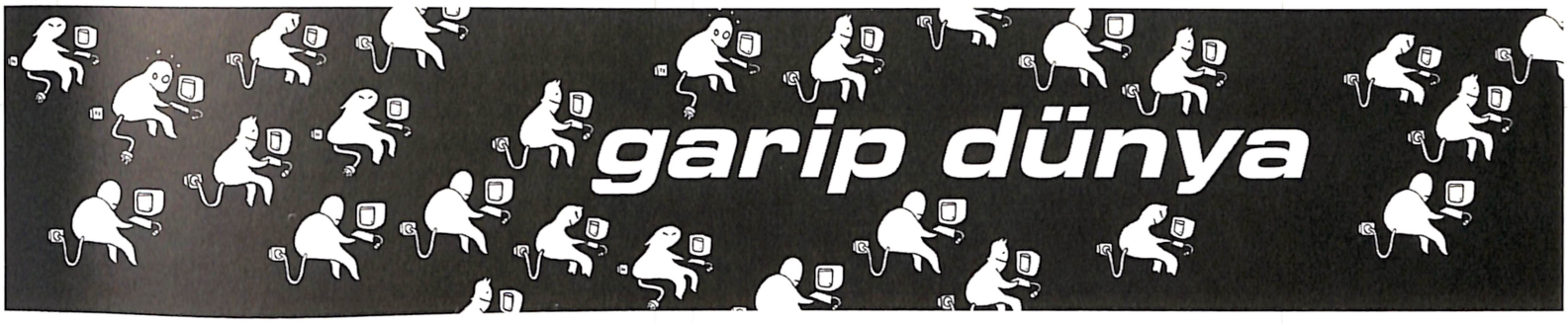
|2| Zum besseren Verständnis ist wohl eine niemand interessierende Fußnote zur Anlage barocker Schlösser nicht zu vermeiden. Also: Wichtigstes Element ist wohl die strenge Axialität und damit die Symmetrie des Ganzen. Je nach dem, ob das Schloß zusammen mit einer Stadt (wie etwa in Karlsruhe) oder unabhängig von ihr, bzw. später angelegt wurde (wie in Kassel), ergeben sich unterschiedliche räumliche Beziehungen. In Karlsruhe richtet sich die gesamte Stadtanlage auf das Schloß hin aus, in Kassel führt eine lange Allee zum Schloß. Wie dem auch sei, auf jeden Fall nähert man sich dem Schloß frontal von vorne direkt auf der verlängerten Mittelachse. Was man zuerst sieht, ist die prunkvoll gestaltete Schauseite, in der sich nicht unbedingt ein Eingang befinden muß. Vor dem Schloß liegt meist nur – wenn überhaupt – eine sehr kleine Gartenanlage, der eigentliche Garten – das Gartenparterre – liegt dahinter, ebenfalls streng symmetrisch an der Mittelachse ausgerichtet.

|3| Bartetzko, Dieter: Zwischen Freiheit und Bindung – Die versteinernde Moderne in Hans Poelzigs IG-Farben-Gebäude. S. 26, in: Schirren, Matthias (Hg.): Hans Poelzig. Die Pläne und Zeichnungen aus dem ehemaligen Verkehrs- und Baumuseum in Berlin. Berlin, 1989. S. 25 – 31

|4| Und wird doch einmal etwas renoviert – wie etwa in letzter Zeit das Hörsaalgebäude – kann einem angesichts des Resultats nur das kalte Grausen kommen.

Abomat!
1 Abo (= 4 Ausgaben) gibt's für 10 Mark
in Briefmarken oder kleinen Scheinen bei:
diskus Abomat · Mertonstr. 26 - 28 · 60325 Frankfurt/M
Rabatte für WiederverkäuferInnen auf Anfrage





Hab' meinen Club – Update: Frankfurt geht aus. *legal, illegal ...*

Vor nicht allzu langer Zeit herrschte in der Frankfurter Partyszene so etwas wie Aufbruchstimmung. Durch Partys in alten Lagerhallen, Kellern, Tankstellen oder unter Autobahnbrücken wurden, wenn auch immer nur für begrenzte Zeit, bewußt illegal Räume angeeignet. Durch die Form der illegalen Aneignung unterschieden sich diese Orte erheblich von ›legalen‹ Locations: So eröffneten schon die ökonomischen Bedingungen, unter denen die Partys realisiert wurden, die Möglichkeit, hergebrachte Partystrukturen in Frage zu stellen. Das Equipment stellte oft einen deutlichen Kontrast gegenüber der technologisch ausgerüsteten Großraumdisco dar. Kleine bewegliche Soundsystems, oft unterbrochen durch die Tankpausen der Generatoren, beschallten zu temporären Clubs transformierte Parks und Industriebrachen, um sich nach ihrer copgewaltsamen Auflösung an anderen Orten immer wieder neu zu formieren.

Die konstitutiven Ausschlußmechanismen etablierter Clubs wurden hier oft gebrochen, auf strikte Kleidercodes, rassistische und sexistische Türpolitik verzichtet. Die Konstellation aus unregelmäßigem Event, provisorischer Funktionalisierung des Raumes und quasi-konspirativer Ankündigungspraxis schien kommerzielle Ambitionen zu unterlaufen, Ausschlüsse durch überhöhte Eintritts- und Getränkepreise blieben die Ausnahme. Mit dieser Form entzogen sich diese Partys – zumindest partiell – den sozialen und ökonomischen Kontrollstrategien der Stadt, die die zunehmende Kriminalisierung der Partyszene und wiederholte Coprung einsätze zur Wiederherstellung ihrer territorialen Souveränität dagegen setzte.

Thematisiert wurde diese Entwicklung in den Frankfurter Nachttanzdemos, die '97 ihren Höhepunkt erreichten. Die Demos formulierten den breiten Protest gegen verschiedene Formen der Ausgrenzung und der ordnungspolitischen Restrukturierung des öffentlichen Raumes, die ihren Ausdruck als Sicherheitskonzepte in der Vertreibung von MigrantInnen und Obdachlosen, aber eben auch in der Zerschlagung der illegalen Partyszene fanden. Für dieses Anliegen war die illegale Demonstration adäquate Ausdrucksform, das Ordungsamt wählte Bullenparade mit Niederknüppelung und Copkessel als die seine. Die illegale Partyszene war damit aber alles andere als zerschlagen. Vielmehr wurde die illegale temporäre Aneignung von Raum nun zu einem politischen Handlungsinstrument gegenüber den städtischen Repressionsdiskursen Sauberkeits- und Sicherheitswahn, Drogen- und Userkriminalisierung.

Aus dieser Situation hätte eine Reihe von Szenarien widerständiger Praxisformen gegen Kontrolle und Disziplinierung hervorgehen können. Stattdessen machte sich eine gegenläufige Tendenz bemerkbar: Aus den Party- und Nachttanzdemo tragenden Zusammenhängen formierten sich Mach/kergrüppchen, die die illegale Struktur des Events zugunsten der sich ihnen bietenden Chance am Markt einzutauschen gewillt waren. Der ›Legalisiererflügel‹ der Partyszene bot sich nun der Stadt als Vermittlungspartner zur Subkultur an: Mit der gefälligen Gestattung der einen oder anderen ›Homebase‹ wäre eine Befriedung (sprich Entpolitisierung) zu erreichen.

Die Clublegalisierungswelle 98/99 verzahnte sich folgerichtig mit konsequenter Plättung der verbliebenen Illegalen, teilweise angestachelt durch Denunziationen der Etablierten (Nordisk-Schließung). Nun ist es sicher nicht das Wesentliche, die ›Schweine‹ im eigenen Sub auszumachen – wichtiger wäre die Reflexion der verbliebenen Möglichkeiten für Gegenkultur. So konnten Partys politisches Instrument insbesondere deswegen sein, weil sie die stadtarchitektonische Aufteilung in Arbeits-, Ruhe- und Freizeitzonen durchbrachen, während sich die Clubbetreiber in spe in die legalisierten und konzessionierten Erlebnisreservate einweisen lassen. So ist auf dem Gelände der Alten Brauerei explizit ein ›Untergrundclub‹ vorgesehen, bestimmend für den ›Untergrundcharakter‹ dürfte hier allerdings vorwiegend die topographische Lage im Untergeschoss des ›King Kamehameha Clubs‹ sein. Das geplante Ensemble an der Hanauer 186-198 wird mit einer Konzerthalle in einer von der Stadt gewünschten Zwischengröße zwischen Batschkapp und Festhalle abgerundet werden. Clubs folgen städtischer Planungslogik, unfähig den städtischen Umstrukturierungsmaßnahmen (Umnutzung des Güterbahnhofgeländes oder Umstrukturierung des Bahnhofsviertels) inhaltlich etwas entgegenzusetzen.

Es wird aber in diesem Sommer hoffentlich nicht bei passivem Unmut über Langeweile und Abzock an Bar und Kasse der bereits legalisierten Clubs bleiben ...

Oliver Groß & Claus Weiland

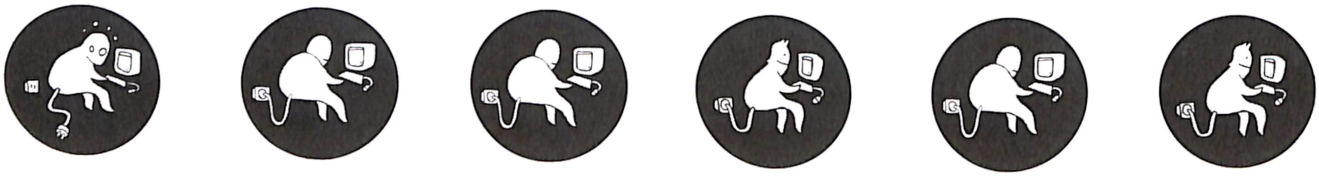
Stress und Utopie

Vom 19. bis 21. März trafen sich in Berlin 260 AktivistInnen und Interessierte, um verschiedene Diskussionen der Existenzgeldforderung kennenzulernen und gegenüberzustellen. Das Spektrum der teilnehmenden Gruppen reichte von gewerkschaftslinken Zusammenhängen über EuromarschiererInnen, Arbeitslosen-, Jobber-, und Sozialhilfe-Initiativen bis hin zu den überall vertretenen Spät-, Alt-, Ex- und Post-Autonomen.

Nach einer etwas mißlungenen Auftaktveranstaltung, auf deren Podium außer lauter KritikerInnen keine einzige Person saß, die den Ansatz hätte argumentativ vertreten wollen, konnten die unterschiedlichen Zugänge zum Thema in den vier Foren »Sozialstaatskritik«, »Ende der Lohnarbeit?«, »Feministische Ökonomiekritik« und »Prekarisierung« vermittelt werden. Dabei stellte sich heraus, daß die Idee, über solche Debatten wieder eine soziale (Aneignungs-)Bewegung ins Leben zu rufen bzw. die verschiedenen existenten Strukturen zum Thema unter dem gemeinsamen Label in einen intensiven Austauschprozeß zu bringen, unter den Konferenz-TeilnehmerInnen nicht unumstritten war. In den Diskussionen war unüberhörbar, daß es als durchaus problematisch gilt, wenn über das ambivalente Vehikel einer ›reformistischen Provokation‹ die eigentlich ›linken‹ Inhalte immer erst ex post in die Debatte eingebracht werden können. Eine garantierte Existenz an sich würde halt weder die Ideologie der Arbeit umwerfen, noch die patriarchale Rollenverteilung, noch das desaströse Management der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, und so weiter und so fort. Andererseits ist offensichtlich, daß eine Verwirklichung der Forderung keines dieser Felder unberührt lassen würde. Insofern spekuliert der Ansatz darauf, die Handlungsmöglichkeiten für linke Politik zu erweitern und gerade an den Unzulänglichkeiten der ›Reform‹ zu politisieren.

In diesem Spannungsfeld zwischen reformistischem Gesicht und utopischem Gehalt wird sich die Debatte wohl auch weiterhin bewegen. Berichte der einzelnen Foren, Einschätzungen, Beiträge können im Netz (www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen) gelesen und veröffentlicht werden.

Bodo Pallmer



Häßliche zweite Lohnarbeitswelt – eine Kopiervorlage für die Infoelite

Schon wieder ein neuer Beck! Dem Münchener Soziologieprofessor genügt offenbar die eigene *Edition zweite Moderne* (*Suhrkamp*) nicht. Nun ist in einer Reihe zur Expo 2000 ein Band mit 2/3 überwiegend bekannten Samples der Publiziermaschine Ulrich Beck und 1/3 Aufsätzen anderer AutorInnen erschienen. Alle Texte sind didaktisch aufbereitet, an den Rändern werden ›wichtige‹ Passagen noch mal grau hinterlegt wiederholt, etwa: »Ja, diese Umwälzungen sind machtvoll.«

Becks *Vision: Weltbürgergesellschaft* (die bei ihm eine europäische bleibt) findet nach 190 Seiten ihren Höhepunkt in zwölf Thesen, mit denen für neue Formen einer durch »Bürgergeld« entlohnten »Bürgerarbeit« plädiert wird. Die Begriffe Existenzgeld oder auch Grundeinkommen sind dagegen nicht im Register zu finden. Das ist kein Zufall, geht es Beck doch auch nicht um eine generelle Entkopplung von Lohnarbeit und Einkommen. Eine Kritik an seiner Kopiervorlage für die Infoelite könnte somit den Versuch beinhalten, die linke Forderung nach unabhängigem Existenzgeld für alle zu popularisieren.

Wolfgang Hörbe

Ulrich Beck: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt/M. (Campus) 1999; 255 S., 36,– DM

[Betr.: Kurzschluß des hysterischen Materialismus]

Ode an keinen Arbeitskreis

Überall
Kapital
Arbeitskreise
Hört
Hört
Ilona ja Ilona ist in keinem Kapital-Arbeitskreis
Wiebitte
Wiebitte
aber ja doch
kein Kapital-Arbeitskreis
wieso
aber ja
sage ich doch
Ilona ja Ilona ist in keinem Kapital-Arbeitskreis
Wozu
womit
was soll das
Aber ja doch
sie will
in wirklich
keinen
Kapital-Arbeitskreise sind die besten
die besten
wieso
wie kann das
wer weiß
Name ist Schall und Rauch

Gerd Endrekat und Dagmar
Jörg Hemmers aus Berlin
waren in Kapital-Arbeitskreisen
der Autor der Zahl

Kapital-Arbeitskreis?
Aber ja doch
aber ja aber ja aber ja sag ich doch Kapital-Arbeitskreis
Sie verstehen wohl kein Deutsch meine Dame
Sie will in keinen
Für Gaderobe wird nicht gehaftet
sie will in keinen Kapital-Arbeitskreis
aber jeder muß in einen Kapital-Arbeitskreis
sie will in keinen
jedermann war in einem
Kapital-Arbeitskreis
Kapital
Kapitel
Kaputt

Wer in keinem Kapital-Arbeitskreis ist geht kaputt
Warum willst du denn unbedingt kaputt gehen?
Auch Kaputte haben ein Recht auf Kapital-Arbeitskreise
Gerade Kaputte müssen einen Kapital-Arbeitskreis durchlaufen
Aber ja
das ist ihr Recht
Recht muß Recht bleiben

Niemand kaputt
Kaputte haben ein Recht
sie haben ein Recht auf
den roten echt roten zum Durchblick verhelfenden
Kapitalarbeitskreis

Vor Kapital-Arbeitskreisen sind alle Menschen gleich
Sie will keinen? wirklich keinen
o je ein Kapitalarbeitskreis
Arbeit und Kreise
arbeiten und kreisen arbeiten und kreisen arbeiten und
kreisen und kreisen
sie will in keinen
wir wollen daß sie
wir fordern von ihr
wir fordern unser gutes Recht
Die Internationale erkämpft das
Recht auf Arbeitskreise und Arbeitskreise und Arbeitskreise
und Arbeit und Arbeit
Warum
wozu
was soll das
was will sie
Red Army Fraction
Bakunin und Grotewohl
sie alle waren
sie haben Recht
Recht haben sie aber ja doch
aber ja
aber ja
warum
was heißt
was heißt recht
Beweis her
aber ja doch sie hat recht
auf keinen Kapitalarbeitskreis keinen Kapitalarbeitskreis
keinen Arbeitskreis keinen
Aber Kapitalarbeitskreise sind die besten

Peter-Paul Zahl
in: Die Glücklichen.
Schelmenroman, 1979

Speisetomaten, neutrale Information und das Wir-Gefühl

Über Gentechnik wissen wir ja viel zu wenig Bescheid, um mitreden zu können. Das finden zumindest die Hessische Landesregierung, die Hessische Technologiestiftung, der Verband der Chemischen Industrie und die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie, die darum im Januar und Februar eine gemeinsame »Informationsaktion« an hessischen Schulen durchgeführt haben. »Kernstück« der Aktion war das »BioTechMobil«, das »europaweit erste rollende Genlabor der Sicherheitsstufe S1«. Mit diesem Bus, der inzwischen in anderen Bundesländern unterwegs ist, soll ein »neutrales und wissenschaftlich fundiertes Informationsangebot zur Biotechnologie und Gentechnik« bereitgestellt werden. Neben bunten Postern finden sich dort auch Laborplätze, an denen wir z. B. das »Erbmaterial einer Speisetomate« isolieren können – und dabei erleben, daß

»die DNA ein schleimiges Material ist, das Fäden zieht«.

Solche Informationen sind wichtig. Es geht nämlich um nichts geringeres als den Standort. Auf dem zentralen Poster der Ausstellung wird Roman Herzog zitiert: »Die Welt wartet nicht auf Deutschland.« Zu den Standortfaktoren gehört, so verrät die Hessische Technologiestiftung in einer ausliegenden Broschüre, »die Stellung der Bevölkerung zu biotechnischer Forschung und Produktion«. Diese Stellung ist nun leider »nicht immer positiv«. Die Technologiestiftung weiß auch, warum das so ist: »Das Mißtrauen gegenüber den Experten, den Politikern und auch gegenüber der Industrie ist ein generelles gesellschaftliches Problem. Das ›Wir-Gefühl‹ fehlt. Um ein ›Wir-Gefühl‹ zu erzeugen, bedarf es einer gemeinsamen Sprache sowie der Anerkennung der Kompetenz des Partners. Den Dialog ehrlich zu führen und über Partizipation zumindest Transparenz zu schaffen sind Zukunftsziele, die beachtet und umgesetzt werden müssen.« Nehme ich eine Tomate auseinander, wird meine Kompetenz als Partner endlich mal anerkannt und durch diese Partizipation wird nun auch transparent, daß die DNA ein schleimiges Material ist. Ach so. Und dann fühl' ich mich so richtig Wir.

Sagen zwei Schüler auf die Frage, was sie von der Ausstellung halten: »Es steht ja so schön da: Die Welt wartet nicht auf Deutschland!« – »Ja, genau: Wir müssen konkurrenzfähig bleiben!«

Uta Schirmer

Freie Bürger für freie Fahrt

Als hätten die USA an der Grenze zu Mexiko nicht schon genug Probleme mit Leuten, die sich, andere oder Zigaretten unrechtmäßigerweise ins Land bringen wollen. Nun stehlen diese Leute den rechtschaffenen US-Bürgern und -Bürgerinnen auch noch die Zeit.

Der Grenzstreifen zwischen Kalifornien und Mexiko gehört zu den hochgerüstetsten in den USA. Neben den Standardsicherungen wie meterhohem Zaun, Stacheldraht und Videoüberwachung ist hier eine ganze Armee von Grenzern samt Luftüberwachung und Bodenerschütterungsmeldern im Einsatz und an den eigentlichen Übergängen ist das ganze Arsenal an High-Tech-Datenüberprüfungen aufgeboten – an der Grenze zu einem Land, mit dem die USA eine Wirtschaftsgemeinschaft bildet. Dummerweise geraten auch die respektablen Reisenden in den Sog dieses Bollwerks: Sicher, erst mal beim Grenzer angekommen, werden sie flott durchgewunken; aber das vorherige Schlangestehen, bis von all den anderen die Migrationspapiere überprüft, die Fingerabdrücke gecheckt und sämtliche Koffer durchwühlt sind – das dauert eben seine Zeit.

Doch die US-Grenzbehörden zeigen sich flexibel: Warum nicht den bislang nur praktisch gemachten Unterschied zwischen verdächtigen und unverdächtigen Leuten schlicht formalisieren? Entledigt des alten Ideologieballasts von formaler Gleichheit klassifiziert man seit Neuestem die einen als low-risk- und die anderen als high-risk-people und teilt ihnen unterschiedliche Fahrbahnen zu. Die, die glauben ersteren Ansprüchen genüge zu tun, können sich einmal gründlich erfassen lassen und sind fortan mit einem Sender im Auto ausgestattet.

Dieser übermittelt schon beim Heranfahren dem Grenzbeamten alle erforderlichen Daten und bannt ein Photo des low-riskers auf dessen Bildschirm; kurzer Abgleich zwischen Real- und Screen-Gesicht und schon ist die Grenze in wenigen Sekunden passiert. Die nötigen 130 $ für dieses Privileg zahlen die, die es sich leisten können, sicher gerne:

Es ist ja so praktisch. Und welch ein Genuß ist der Blick einer solchermaßen bestätigten rechtschaffenen Persönlichkeit in den Rückspiegel auf all die gewöhnlichen Leute, die noch einige Stunden und einige hoffentlich für immer jenseits des Grenzzauns verbringen werden.

Christian Sälzer

do it again, ben: class, race and gender

Ben Diettrich legt heuer in der »reihe antifaschistischer texte« (rat) des *unrast-Verlages* ein überaus anspruchsvolles Projekt vor: die (Wieder-)Aufnahme einer, wie er selbst schreibt, »Klassenstrukturanaylse« des globalisierten Kapitalismus unter dem Titel »Klassenfragmentierung im Postfordismus«. Dabei nimmt er verschiedene Diskussionsstränge auf: die Klassenklassiker Karl Marx und Max Weber voraussetzend, irgendwo zwischen strukturalistischer Marxlektüre à la Althusser/Wallerstein/Balibar, Karl Heinz Roths »Wiederkehr der Proletarität«, autonomen Diskussionen der Triple Oppression, Erik Olin Wright und der an Poulantzas angelehnten Regulationstheorie von Joachim Hirsch et al. (diese Aufzählung ist keineswegs vollständig).

Wenn auch nach meinem persönlichen Geschmack die diversen Ansätze der ›Kritischen Theorie‹ der sogenannten ›Frankfurter Schule‹ (Marcuse oder Sohn-Rethel) viel zu kurz kommen, schmälert das keineswegs den Stellenwert des weit entwickelten Theorieentwurfes von Diettrich. Ein erkenntnisleitendes Interesse des im soziologisch-empirischen Sinne theorielastigen, materialreichen und gerade deshalb sehr lesenswerten Werkes scheint mir die praktische Intervention in die bestehenden Verhältnisse zu sein – jenseits vereinfachender Schemata wie des Ökonomismus und des Geschichtsdeterminismus.
Zu kritisieren wäre, daß Ben Diettrich neuere Thesen um das (vermeintliche?) revolutionäre Subjekt der »ArbeiterInnenklasse«, wie sie exemplarisch der uruguayische Autor Juan Grompone in seinem Beitrag »Zur Dynamik der Klassen im Kommunistischen Manifest« anläßlich der Pariser Manifest-Konferenz der KPF 1998 oder von einer ganz anderen Warte Jürgen Elsässer in seinem vor der Bundestagswahl erschienenen »Braunbuch DVU« (in seinem Epilog versteckt) formulieren, nicht berücksichtigt; und in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht den sogar Marx selber zuweilen unterstellten Arbeitsfetischismus; so auch nicht die Einwürfe zu Marx' »Grundrissen« der »Post-«Operaisten wie des jüngst in Frankfurt gehörten Franco Bifo Berardi (http://www.copyriot.com/unefarce/artikel/forza.htm).

Aber wenn es gar nicht der Anspruch des Autors ist (und sein kann), sämtliche Diskussionen um das revolutionäre Subjekt aufzunehmen, wie wäre also Diettrichs Vorgehen in diesem Sinne zu kritisieren – woher nähme man also den Maßstab der Kritik dafür?

caro octan

Ben Diettrich: Klassenfragmentierung im Postfordismus. Geschlecht, Arbeit, Rassismus, Marginalisierung, Münster 1999; ca. 280 S., ca. 39,80 DM, reihe antifaschistischer texte (rat) im Unrast-Verlag

tracks + cracks zu kriTh & PoStru

Die Debatte um Kritische Theorie und radikalen Poststrukturalismus wird leider auch in linken Kreisen (etwa in *jungle world*) meist in einer unsäglich polemischen und redundanten Art und Weise geführt. Davon heben sich diese »theoretischen Lockerungsübungen« mit ihrem Anspruch, einen kontroversen aber produktiven Dialog zu führen, wohltuend ab – auch wenn die Korrespondenzen der Theorien nicht unbedingt direkt im Zentrum der einzelnen auf Vortragsmanuskripten basierenden Artikel stehen. Etwas verwunderlich ist allerdings, warum in dem Band die feministische Diskussion über passende Analysewerkzeuge zur Kritik/Dekonstruktion von Subjekt und Geschlecht nicht explizit thematisiert wird.

Zwischen Texten zu Adorno im ersten und Derrida und Deleuze im zweiten Teil wird der Situationismus Guy Debords als mögliches Bindeglied verortet. Es geht um Aktualisierungen klassischer Topoi: ein Beitrag zu Kulturindustrie in Zeiten des Pop & Post; Ansätze zur Reartikulation der Wertkritik jenseits einer »Refundamentalisierung der Kritischen Theorie als Werttheologie«. Wie poststrukturalistische Mikropolitiken höchst brauchbar zum »crack up« kapitalistischer Verhältnisse sein können, zeigt Katja Diefenbach in ihrem Beitrag zu Guattari, Deleuze und Foucault.

Wolfgang Hörbe

jour-fixe-initiative berlin (Hg.): Kritische Theorie und Poststrukturalismus. Theoretische Lockerungsübungen, Hamburg: Argument 1999; 144 S., 24,80 DM

Tausend Karten ohne Grenzen

T-Shirts, Baseballkappen, mousepads ... im Fanshop vor der Berliner Volksbühne konnten vom 4.–7. Februar diesen Jahres nicht nur diverse Artikel mit dem ominösen »D&G«-Label erworben werden. Hinter Glas gab es etwa den Original-Damenstrumpf eines verstorbenen Stars der Pariser Intellektuellenszene zu bewundern. Einige wagten gar, dessen ebenfalls ausgestellten abgetragenen Mantel in unbeobachtet geglaubten Momenten zärtlich zu berühren.

In den Räumen des Theaters reichten unterdessen unter dem Titel »1000 Plateaus – Karten für das nächste Jahrtausend« (www.milleplateaux.de) die Auseinandersetzungen mit den Gedanken von Félix Guattari und Gilles Deleuze von akademischem Genie-Kult bis zur experimentellen Adaption in Schrift, Sprache und Musik.

Den für mich spannendsten Vortrag im großen Theatersaal hielt Michael Hardt im Anschluß an Marx und Deleuze über die gegenwärtigen Bedingungen der Kommunikation zwischen weltweiten widerständigen Kämpfen. Auf der gleichen Bühne wurde nachts elektronische Musik – ›plateau techno‹ – zelebriert, getanzt, begehrt und gelauscht.

Im linken Seitenflügel des Gebäudes trafen sich die AktivistInnen von *kein mensch ist illegal* und *cross the border* um über Politikformen des für diesen Sommer geplanten zweiten Grenzcamps zu diskutieren. (www.contrast.org/borders) Über Filme und ausgelegte Flugschriften wurde diese Kampagne vielleicht auch solchen eher theoretisch interessierten KongreßbesucherInnen zugänglich, denen der Zusammenhang von rhizomatischer Geophilosophie und der Störung staatlicher Grenzregulierung nicht spontan einleuchtete. Am allabendlichen »elektronischen Lagerfeuer« wurde hier u. a. über das Verhältnis von Migration und immaterieller Arbeit debattiert. Dabei wurden immerhin produktive Fragen aufgeworfen, wozu es bei den meist klassisch-hermetischen Podiumsvorträgen gar nicht erst kam. So waren etwa bei dem Panel »Fluchthilfen: Politik und Kontrolle« m. E. lediglich die Überlegungen Joseph Vogls zum politischen Asyl anregend.

Zwischen den gleichzeitig verstreut stattfindenden Veranstaltungen gab es neben viel hektischer Bewegung auch Zonen, wie rund um die Büchertische von *b_books* (www.txt.de/b_books), wo sich mit Videoinstallationen und wechselnden DJs an den Platten eine flirrende Atmosphäre herstellte.

Bloß wo kamen all die vielen *Uli Knecht* her, die immer wieder versuchten, die teilweise bieder-offiziösen Aufführungen im Theater zu stören? Ein Quartier und Fluchtpunkt war wohl der *Schizowladen* auf dem Vorplatz.

Wolfgang Hörbe

Das System Hirsch

Im Frühjahr letzten Jahres feierte Joachim Hirsch, Soziologieprofessor an der Uni-Frankfurt seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurde, wie das so üblich ist in diesen Kreisen, ihm zu Ehren eine Tagung veranstaltet. Titel: »Kein Staat zu machen – Zur Kritik der Sozialwissenschaften«. Die dort gehaltenen Vorträge drängten dann, wiederum nicht unüblich, zur Veröffentlichung und sind seit Ende letzten Jahres in Gestalt eines gleichnamigen Buches erhältlich. Das Problem mit solchen Geburtstagsgeschenken ist freilich, daß sich die Frage auftut, wo der Zusammenhang sei zwischen den Texten und dem Schaffen des Beschenkten. So mag es mit jedem Sammelband gehen. Der vorliegende jedoch versprach durch den eigenen Anspruch, der sich auch im Titel niederschlägt, mehr zu sein als ein Theorie-Gemischtwarenladen, verfaßt von Kolleginnen und »Schülern«, die auf die eine oder andere Weise der theoretischen und politischen Arbeit von Hirsch verbunden sind.

Was nicht weiter schlimm wäre, wenn nicht der Eindruck entstünde, daß der Band nur deshalb stolze 500 Seiten umfaßt, weil die Herausgeber die politische Auseinandersetzung gescheut und einfach alles zusammengestellt haben, was irgendwie zum System Hirsch gehört. Schon eine Auswahl hätte als politische Intervention gedeutet werden können. Aber die war offenbar nicht gewollt.

Mit Interesse habe ich gleichwohl den Teil über »Die Linke an den Hochschulen« gelesen, zum einen, weil die Beschäftigung mit Politik an der Hochschule zumindest ansatzweise kontrovers verläuft. So ist hier der einzige Beitrag zu finden, der sich explizit kritisch mit dem »radikalen Reformismus« auseinandersetzt (Kunz/Oy: »Hochschule: (k)ein radikales Reformhaus«). Zum anderen vermittelte dieser Abschnitt – etwa in den Texten zum Hochschulstreik im Wintersemester 97/98 – noch am ehesten den Eindruck, daß die Frage, was es praktisch heißen kann, »keinen Staat zu machen«, überhaupt irgendjemanden ernsthaft interessiert.

Serhat Karakayalı

Christoph Görg/Roland Roth (Hg.) 1998: Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Münster: Westfälisches Dampfboot. 504 S., 58,– DM

KOSO-WARS
SPECIAL GIFT:
2 free trading cards
COLLECT 'EM ALL!

impressum

diskus
Frankfurter StudentInnen Zeitschrift

Heft Nr. 1, Mai 1999
48. Jahrgang

Anschrift:
Mertonstr. 26 –28, 60325 Frankfurt am Main

Fax:
(069) 70 20 39

e-mail:
diskus@copyriot.com

Webarchiv:
www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hörbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı, Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer (ViSdP), Alexandra Rau, Christian Sälzer, Uta Schirmer, Uli Spenkoch, Esther Uhlig, Katja Wießner

Bilder:
S. 8 und 10 – 13: Andreas Pingel
S. 32 – 33: Klub Zwei, *Vor der Information* 7/8

Layout:
studio byx & hoerbe

Druck:
Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Auflage: Achttausend
Erscheinungsweise: Vierteljährlich
In Frankfurt gratis, auswärts 5 Mark

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

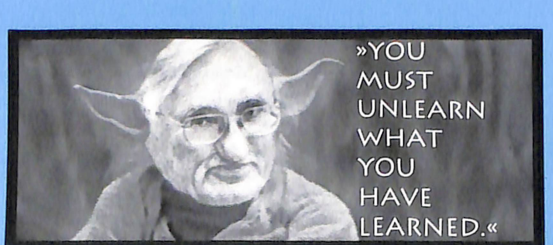
Druckerei
und **Verlagskollektiv Gutleut e.G.**

Schönstr. 8
60327 Frankfurt
www.druck-kollektiv.de

Druckerei und Verlagskollektiv Gutleut
Grafik

Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25
e-mail: post@druck-kollektiv.de

Druckerei und Verlag
kollektiv Gutleut e
Schönstr. 8 60327
Satz


»YOU
MUST
UNLEARN
WHAT
YOU
HAVE
LEARNED.«